

Union wirbt
etzt gezielt um
SPD-Wähler

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat am Montag eine Resolution angenommen, die die Union zu einer gezielten Werbung für SPD-Wähler auffordert. Die Resolution ist eine Reaktion auf die jüngsten Umfragen, die die CDU/CSU in der Bundestagswahl 1983 in Gefahr sieht. Die Union fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Stimmen der SPD-Wähler zu gewinnen.

Stolze fordert
Bahr zu
Klarstellung auf

Die Bundesregierung hat sich gestern mit der Forderung von SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Bahr auseinandergesetzt. Bahr fordert eine Klarstellung der Bundesregierung über die Haltung gegenüber der DDR. Die Bundesregierung hat darauf geantwortet, dass sie die Einheit Deutschlands anstrebt und die DDR als Teil Deutschlands betrachtet.

Umweltschäden in der „DDR“
nehmen gefährliches Ausmaß an

Waldsterben auch in der CSSR / Proteste werden unterdrückt

Die Umweltverschmutzung in der DDR nimmt ein gefährliches Ausmaß an. Die Bundesregierung hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um die Ursachen der Umweltverschmutzung zu klären. Die Untersuchung hat ergeben, dass die Umweltverschmutzung in der DDR auf die intensive Industrialisierung zurückzuführen ist. Die Bundesregierung fordert die DDR auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Umweltverschmutzung zu stoppen.

DER KOMMENTAR
31-Stunden-Woche

PETER GILLIES

Die Verfechter der 31-Stunden-Woche werden sich überrascht fühlen, wenn sie erfahren, dass in der deutschen Industrie nur noch 31,2 Stunden tatsächlich am Arbeitsplatz verbracht werden. Die Arbeitswoche mit 40 Stunden ist vom Sozialstaatsbürger korrigiert worden - um neun Stunden nach unten. Die 31-Stunden-Woche ist ein Ergebnis der hohen Arbeitslosigkeit in der DDR. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

ZITAT DES TAGES



Die sowjetische Friedensoffensive ist nur für den Export gedacht. Dies ist ein Zitat aus der Zeitung.

Mehr Kampfkraft

Die Sowjetunion hat ihre Kampfkraft erhöht. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Kampfkraft der Bundeswehr zu erhöhen.

Moskau treibt SS-20-Aufbau voran

Neue Erkenntnisse über die schnelle Transportierbarkeit der Rakete

Die Sowjetunion hat den Aufbau von SS-20-Raketen in Moskau vorangetrieben. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um den Aufbau von SS-20-Raketen zu stoppen.

„40 Stunden
stehen nur auf
dem Papier“

Rei Bonn

Die Beschäftigten in der deutschen Industrie arbeiten nach dem Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) pro Woche effektiv nur durchschnittlich 31 Stunden. Die 40-Stunden-Woche steht nur auf dem Papier. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitswoche auf 40 Stunden zu erhöhen.

„Lage verschärft“

Die Lage in der DDR ist verschärft. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Lage in der DDR zu verbessern.

Moskauer Kampagne

Die Sowjetunion hat eine Kampagne in Moskau gestartet. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Kampagne zu stoppen.

„Die IG Metall will sich jetzt bewegen“

WELT-Gespräch mit Arbeitgeber-Geschäftsführer Kirchner vor der vierten Tarifrunde

Die IG Metall will sich jetzt bewegen. Die Arbeitgeber-Geschäftsführer Kirchner hat in einem Gespräch mit der WELT erklärt, dass die IG Metall Maßnahmen ergreifen muss, um die Tariffrage zu lösen.

ste Geldbußen

Die Bundesregierung hat Geldbußen für die Nichtbefolgung von Vorschriften beschlossen. Die Geldbußen sollen die Einhaltung der Vorschriften fördern.

WIRTSCHAFT

Opec-Sitzung beantragt

Die Opec hat eine Sitzung beantragt. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Opec-Sitzung zu unterstützen.

Aktien fest

Die Aktienmärkte sind fest. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Aktienmärkte zu stabilisieren.

esprache mit Moskau

Die Bundesregierung hat eine Gesprächsrunde mit Moskau eröffnet. Die Gesprächsrunde soll die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der Sowjetunion verbessern.

WETTER

Heiter bis wolkig

Das Wetter ist heiter bis wolkig. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um das Wetter zu verbessern.

Zerbricht die PLO am Fes-Plan?

Radikalen Gruppen wird Antritt freigestellt / Habasch fordert Mubaraks Sturz

Die PLO ist zerbrochen. Die radikalen Gruppen der PLO haben sich von der PLO abgespalten. Die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die PLO zu unterstützen.

Wir machen Ihre
Ideen nief- und nagelfest.



NATEC Forschung + Entwicklung
in Ihrem Auftrag
Institut für naturwissenschaftlich-technische Dienste GmbH
Telefon 040/8827715 Wir wissen weiter

Heute in der WELT	
Feiern: Ohne Wein und aber - von Herbert Krenn	S. 2
Die Kreuzfahrt der Gutachter im Feld des Prozesses Bachmeier	S. 3
Arten werben um Berliner mit Nimm	S. 4
Der Grenzschutz wartet auf die Vende	S. 5
Rockfreie suchen wieder Indiens Führung	S. 6
Forum: Personalien und die Mel- tung von WELT-Lesern	S. 7
Reagans Wahlgegner haben kein glaubwürdiges Thema	S. 8
Wirtschaft: Mobile Immobilie - Von Hans Baumann	S. 9
Sport: Bundestrainer Derwall und die Experimente	S. 14
Fernsehen: Eine Bayerin mit Wi- dersprüchen - Veronika Fitz	S. 14
Kultur: Sensationelle Entdeckung der Krebsforschung	S. 15
Aus aller Welt: Flughafen - dunkle Wolken über Köln/Bonn	S. 16

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freund in der Not

Von Peter M.-Ranke

Amerika läßt Freunde nicht im Stich. Nach dem Sturz des Schah und der Geiselnahme von Teheran war seine Entschlossenheit ins Zwielfelt geraten. Im Fall des von Libyen bedrohten Sudan hat Washington jedoch demonstriert, daß es heute wieder schnell und stark zu reagieren vermag. Das ist nicht nur für Sudans Präsident Numeiri beruhigend, sondern auch für Mubarak in Kairo und Habre in Tschad, denen die politischen Wühlmanöver oder die militärischen Kraftakte Khadhafis gelten.

Wie ernst die Truppenkonzentrationen der Libyer bei den Kufra-Oasen zu werten sind, können Fachleute nach Auswertung der Aufklärung durch die vier Awacs-Maschinen feststellen. Durch libysche Umsturzmanöver ist Numeiri allemal bedroht. Ebenso auch Mubarak durch die libysche Unterstützung für die radikalen Moslems in Ägypten.

Aber die Entsendung der „Nimitz“ in die Syrte und der Awacs-Maschinen nach Ägypten reichen erst einmal aus, um Khadafi und seine Freunde zu warnen. Unterstrichen wird dies durch den Besuch des Pentagon-Staatssekretärs West und des Befehlshabers der „schnellen Eingreiftruppe“, General Kingston, in Kairo. Inzwischen hat auch US-General Walters in Sudan, in Somalia und Tunesien weitere Waffenhilfe zugesichert.

Der schnelle Einsatz von Flotte und Luftwaffe klärte die politische Lage und vereitelte den wahrscheinlichen Versuch, Freunde Amerikas zu destabilisieren und im Süden der NATO einen neuen Krisenherd zu schaffen. Das Geschimpfe aus Tripolis, Moskau und Damaskus zeigt, wer ein Interesse daran hat.

Moskauer Übereifer

Von Enno v. Loewenstern

Die nahenden Bundestagswahlen sind natürlich ausschließlich eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik. Wir wissen es. Wie schön, daß auch die UdSSR es weiß. Wird ihrer Führung doch nachgesagt, sie wisse das nicht so genau. Jetzt aber sandte sie uns einen umfänglichen Aufsatz ihrer Agentur Nowosti, der mit diesem Trompetenstoß beginnt.

Man möchte das Werk daraufhin aus der Hand legen. Denn was gibt es eigentlich nach dieser Einsicht anderes zu sagen als dieses: daß Moskau uns zur Wahl also nichts zu sagen hat? Gemach. Noch ist nicht geklärt, wer über die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik bestimmt.

„In diesem Zusammenhang erhebt sich in Moskau eine durchaus legitime Frage“, weist Nowosti eventuelle Zweifler zurecht. „Hat denn die jetzige Führung der Bundesrepublik eine eigene Politik auf dem Gebiet der Begrenzung der Kernwaffen, die den nationalen Interessen der Bundesrepublik Rechnung trägt? Ach ja, das „nationale Interesse“ oder wie man anderswo neuerdings öfter liest, „im deutschen Interesse“. Wer bestimmt nun darüber?

„CDU und CSU wollen allem Anschein nach die Bundesrepublik ganz bewußt zum nuklearen Schaffort führen“, klärt Moskau uns auf. Der „neuen Regierung“ nach dem 6. März hingegen wird in Frageform nahegelegt, die „unabhängige Entwicklung der Bundesrepublik“ in den Vordergrund zu stellen, „die den nationalen Interessen der Bundesrepublik“ entspreche. Also, wer jetzt noch nicht weiß, auf welche Weise wir von der NATO „unabhängig“ werden sollen, lernt's nie. Übrigens: was hat Vogel sich neulich wegen einer Bemerkung Reagans aufgeregt; welch vorbildliche Gelassenheit zeigt er gegenüber allen Liebesgrüßen aus Moskau! Fairerweise sollte dennoch jemand gegen diese ständigen Einmischungen in unsere inneren Angelegenheiten protestieren. Denn wenn Moskau so weitermacht, wählt bald wirklich niemand mehr die SPD.

Tod einer Partei

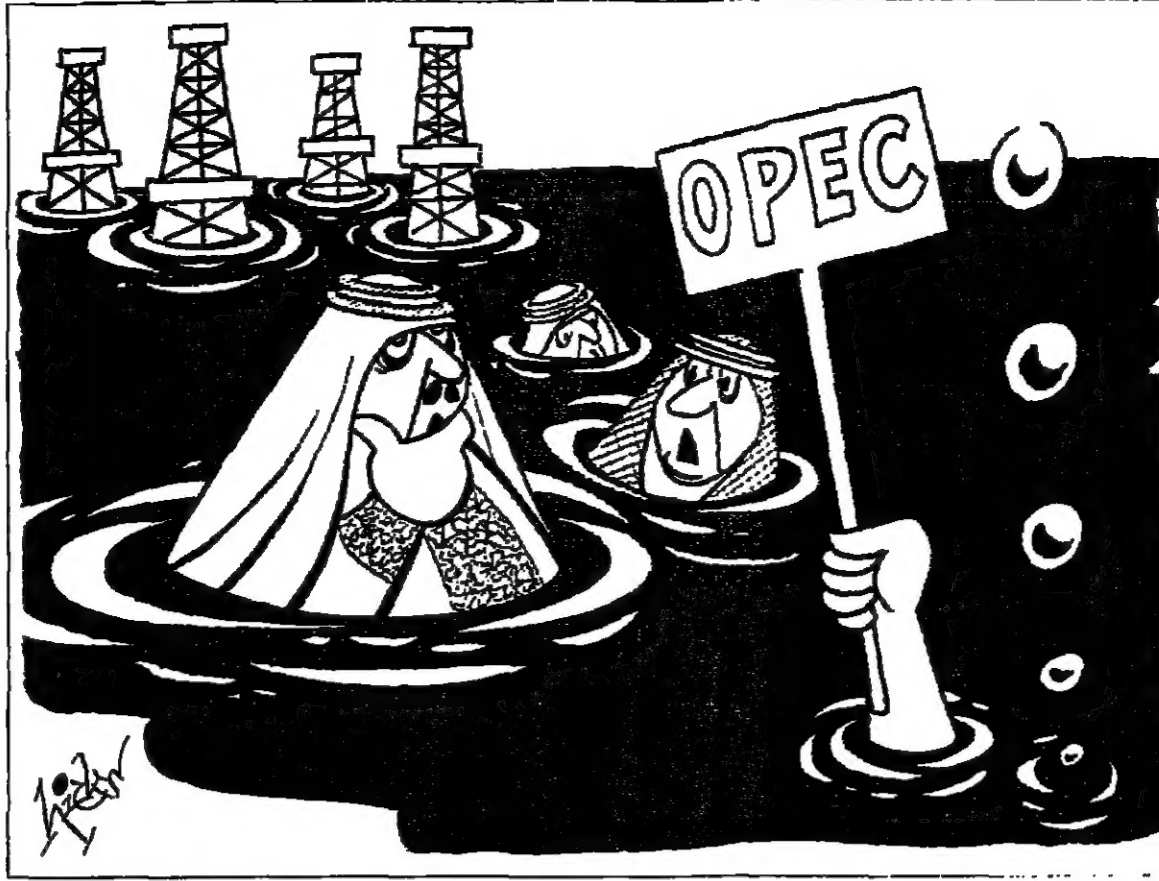
Von Rolf Götz

Sanft, wie er begonnen hatte, verkündete Landelino Lavilla, der vierte Präsident der ersten Regierungspartei des demokratischen Spaniens, dieser Tage seinen Rücktritt. Damit begann der letzte Akt der ohnehin in Auflösung begriffenen Union des Demokratischen Zentrums (UCD). Die Sammelpartei scheiterte an der Ausübung jener Macht, die einst das so ziemlich einzige gemeinsame Konzept ihrer Gruppen war.

Die UCD begann als künstliches Konglomerat von Parteien, die dem gesamten Spektrum des Deutschen Bundestages entsprachen. Sie verlor vor allem deshalb, weil ihre führenden Kräfte glaubten, ohne Rücksicht auf die vorsichtig-konservativen Vorstellungen ihrer Wähler einen eigenen Weg gehen zu können.

Die spanischen Wähler aber hatten sich längst an Europa orientiert. Die einen folgten sozialdemokratischen, die anderen bürgerlichen Leitlinien. Die UCD aber glaubte unter ihrem ersten Präsidenten Adolfo Suarez beides ignorieren zu können. Sie steuerte einen Kurs der Mitte, der schließlich mangels eigener Ideologie immer mehr nach links geriet. Links aber hatte sich die Sozialistische Arbeiterpartei etabliert, so daß die konservativen Zentrumswähler sich schließlich preisgegeben fühlten. Bei jeder Gelegenheit – Landes- und Gemeindevahlen – brachten sie dies zum Ausdruck.

Zu spät reagierte die UCD mit dem Wechsel an der Spitze von Partei und Regierung. Bei den letzten Parlamentswahlen Ende Oktober vergangenen Jahres bekam das von oben konstruierte Gebilde die Quittung der Basis: Die meisten der UCD-Wähler stimmten für die klar christdemokratisch orientierte Volksallianz. Dreieinhalb Millionen Zentrumswähler „borgte sich die Sozialistische Partei“ – der erhellende Ausdruck stammt von keinem Geringeren als dem sozialistischen Regierungschef Felipe Gonzales.



„Senken wir lieber die Preise oder die Ölförderung?“

ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Ohne Wenn und Aber

Von Herbert Kremp

Mit der dunklen, hegeliannischen Bemerkung, Sachfragen suchen sich ihre Mehrheit, versuchte der FDP-Vorsitzende Genscher seit dem Jahre 1981, dem Koalitionswechsel seiner Partei den Charakter einer über allem Menschenwillen waltenden historischen Notwendigkeit zu zuschreiben. Seitdem der Wechsel vollzogen ist, beherrscht eine mehr düstere als dunkle, außerordentlich diesseitige Frage das Denken der Liberalen: Wird es gelingen, die Schwelle der notwendigen fünf Prozent Zweitstimmen zu überschreiten? Die Antwort besteht in einem schlichten Imperativ: Jede Partei, die leben und überleben will, suche sich ihre Klientel.

Die Freien Demokraten haben daraus eine operative Schlussfolgerung gezogen. Sie präsentieren sich als deutsche Wirtschafts-Partei ohne Wenn und Aber. Ziel ihrer Ansprache sind dabei nicht nur Unternehmer verschiedener Größenordnung, Mittelstand und Selbstständige, also nicht einfach die „Großkopfeten“ in den modernen Wohnvierteln, sondern der Arbeitsbürger schlechthin, jenes praktisch veranlagte Menschenwesen, das frei nach Max Weber schafft, um zu mehr, und das riskiert, um etwas zu schaffen. Die Liberalen zielen also auf eine Mentalität, die es aus Natur oder Erziehung ablehnt, „andere“ die Arbeit tun zu lassen, die getan werden muß. Dieser zupackenden Mentalität eignet zwar keine Publizistik, aber verbietet sie weit.

Wir berühren damit einen der Gründe, warum heute, knapp zwei Wochen vor der Wahl, die FDP in so vieler Munde ist – aber keineswegs, um ausgespielt zu werden. Die Hör-Säle, in die der Winterfeldzug der Werberedner zwingt, sind gerammelt voll, wo immer liberale Vormänner ums Wort bitten – da ist Wirtschaftsminister Lambsdorff durchaus nicht der einzige Kassennagel von „Verrat“ an Schmidt und seiner Koalition ist nicht mehr die Rede, diesen letzten Hauptlings-Rauch hat der Wind verweht. Es geht praktisch und sachlich zu, Neugierde beginnt die immer noch vor-

handene Skepsis zu überwinden. Der Klientel entsprechend werden relativ hohe Werten darüber abgesprochen, ob die Liberalen mit 5,1 oder 7,9 Prozent in den Bundestag einziehen werden.

Die Mutmaßungen folgen den Windungen der „Positiv-Spirale“, eine bemerkenswerte Erscheinung, wenn man bedenkt, wie tief der Regierungswechsel die Partei nach unten gedrückt hatte. Der Parteitag in Berlin im vergangenen Jahr glich einer Versammlung von Totgeweihten. Unter dem Ärmel des Genscher in der Kuppel schien das Seil gerissen: freier Fall.

Die Lage war in der Tat einzigartig. 1949 war die Partei mit einem gemäßigt nationalen und wirtschaftsliberalen Programm ins Parlament eingezogen. 1961 hatte sie gegen Adenauer den Gipfel erreicht. 1969 war sie aus der Opposition auf die sozial-liberalen Sitze gerutscht, 1980 heimste sie den Anti-Strauß-Bonus ein, obwohl die alten Schläger „Ostpolitik“ und „Reformpolitik“ schon niemanden mehr zum Tanzen brachten. Nun aber, mit der Rückwendung zur Union, schienen alle Kraft und alles Ansehen verbraucht.

Wenn die Front wankt, wenn sie schon zerbröckelt, helfen nur außerordentliche Entschlüsse. Die entscheidende Frage, die in den wenigen Monaten zwischen dem verlustreichen Wendemanöver und dem 6. März beantwortet werden mußte, betraf einzig und allein die Zielgruppe, deren Interesse



Vom Segen der prinzipiellen Schärfe: Graf Lambsdorff. Foto: AP

mit dem Überlebens-Interesse der Partei in Einklang gebracht werden könnte. Die linksliberale Klientel, die Sozialliberalen Maihofers und Flachs, die lustig-permissiven Aufsteiger, die Minderheiten verschiedener Provenienz waren für immer verloren. Und verloren, im Sand von gestern vergraben war auch das Freiburger „historische Bündnis“ zwischen Liberalismus und Sozialismus, der ideologische Versuch, in Deutschland endlich die Bastille zu finden, die man erstürmen könnte.

Ein rascher Wähler-Wechsel aufgrund einer Ideen-Reform war also das Gebot, das aus dem Regierungswechsel gebieterisch resultierte. Und in dieser Herausforderung trat nun zutage, wie überlebt die Grundidee der sozial-liberalen Koalition schon war, wie fähig ihr Ende, wie tief verändert die politische, die gesellschaftliche und die außenpolitische Lage der Bundesrepublik. Daß an die Stelle gefälliger Verteilung die strenge Leistung im Rahmen einer Anreize, Belohnung, aber auch Strafen aussetzen, um die Talsohle zu überwinden, kann in prinzipieller Schärfe vielleicht wirklich nur eine Partei fördern, die nicht unter den vielfach-Zwängen einer soziologisch ausladenden Volkspartei steht. Die Führung der FDP hat dieses innenpolitische Gesetz offenbar als ihre Chance erkannt. Sie handelt danach.

Sie operiert gleichsam als ökonomisches Technokommando, unkonventionell und beweglich, und beruft sich dabei auf die außerordentliche Ausgangslage von 1949. Die Diskussion um die Zwangsabgabe und ihre Rückzahlung bewirkt das Feld sichtlich, jedenfalls mehr als die Tagesfragen nach dem künftigen Außenminister oder nach der Selbstauflösung des Bundestages. Wie scharf sich die FDP von der Union abgrenzt, interessiert die neue Klientel, die Genscher und Lambsdorff anvisieren, nicht in erster Linie. Ob die FDP oder die Grünen künftig einer der großen Volksparteien zum Regieren verhilft, bewegt ihre Gedanken: die Grundentscheidung, die künftige Beschaffenheit des Systems.

IM GESPRÄCH Abu Daud

Vom Mord zum Management

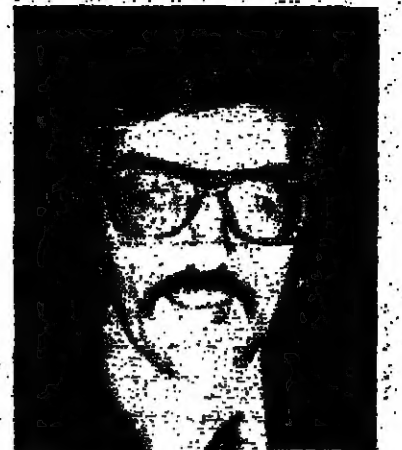
Von Jürgen Liminski

Mohamed Daud Odeh, genannt Abu Daud, ist nun auch Mitglied des palästinensischen Nationalrats. Damit, so frohlocken die Anhänger Arafats, werde der Flügel der „Gemäßigten“ um den PLO-Chef gestärkt.

Die biographischen Daten des Abu Daud weisen den Gefolgsmann Arafats jedoch nicht gerade als Taube aus. Der angeblich ehemalige Rechtsanwalt und Lehrer hat eine ereignisreiche terroristische Laufbahn hinter sich. Nach eigenem Eingeständnis war er einer der planenden und drahtziehenden Köpfe des Olympia-Massakers von München, bei dem am 5. September 1972 elf israelische Spitzensportler und ein deutscher Polizeibeamter ermordet wurden. Das Attentat plante er gemeinsam mit der Nummer zwei der El-Fatah, Abu Iyad. Die Fatah ist die Hausmacht Arafats in der PLO. Was zur Zeit seines Geständnisses kaum Aufmerksamkeit erregte: Planung und Vorbereitung spielten sich in der bulgarischen Hauptstadt Sofia ab.

Abu Daud war auch an dem Mord an dem jordanischen Ministerpräsidenten Wasfi Tell im Herbst 1971 beteiligt; seine Blutsprache reicht zurück bis auf die Untergrundkämpfe palästinensischer Banden mit der jordanischen Armee im September 1970, bei denen Tausende, auch unbeteiligte Zivilisten, wegen der Gewaltakte und Umsturzversuche der Palästinenser getötet wurden. Nach seiner Flucht aus Jordanien gründete Abu Daud im Einvernehmen mit Arafats die Sondereinheit der El-Fatah, „Schwarzer September“, die dann in München zuschlug.

Heute gehört der Mittvierziger zum mittleren Management des Terror-Multi PLO, spricht zum Politbüro der Fatah. In solcher Position legt man nur noch selten selber Hand an die Granate. Dagegen setzt man, womöglich nach Absprache im Politbüro, den Zeitpunkt für die Zündung fest. In



Blotspur von Jordanien nach München: „Gemäßigter“ Abu Daud. Foto: GAMA/STRA

dieser verantwortlichen Stellung reiste der Mitbegründer des „Schwarzen September“ seit Mitte der 70er Jahre durch Europa. In Paris wurde er im Januar 1977 erkannt und festgenommen, auf arabischen Druck jedoch nach Algerien gebracht und dort freigelassen. Der sanfte Druck der ihrerseits unter den Drohungen der PLO stehenden arabischen Potenzen auf den damaligen Staatspräsidenten Giscard reichte aus. Einige Jahre vorher hatte es noch zweier spektakulärer Geiselnahmen in Khartum und Paris bedurft, um den in Jordanien im Februar 1973 zum Tode Verurteilten zu befreien. Der palästinensische Nationalrat ist gewiß kein Alltägler für Terroristen. Daß der hartgesottene Freund Arafats auch heute noch über beachtlichen Einfluß verfügt und weiterhin tätig ist, zeigt das Attentat, das im August 1978 in Warschau auf ihn verübt wurde. Es war ein Höhepunkt der palästinensischen Richtungs- und Führungsrollen in der PLO. Mit ihm wird die Fatah-Flügel in dem zwar heftigen, insgesamt aber radikalen Milieu gestärkt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Vogels Brief an Reagan beschäftigt viele Zeitungen:

ALLGEMEINE

Teile der SPD proben bereits den Einstieg in den Ausstieg. An der Spitze Egon Bahr, für den das Nein zur Nachrüstung so festzustehen scheint wie das Ja zur atomwaffenfreien Zone. Daß die Kompromißbereitschaft der Sowjets dadurch nicht gerade gefördert wird, liegt auf der Hand. (Kassel)

Kölnische Rundschau

Die beschwörend klingenden Worte an die Adresse der Amerikaner gehen einher mit einer bundesweiten SPD-Kampagne, die an Intelligenz und politischer Brunnenvorgabe kaum zu überbieten ist. Wer Helmut Kohl wähle, bekomme „automatisch neue Raketen“, verkünden die Sozialdemokraten. Sie können diese Aussage nur wider besseres Wissen machen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Es ist natürlich das gute Recht auch eines oppositionellen Kandidaten, jederzeit an jeden Politiker der Welt Briefe zu schreiben. Wenn diese, wie beim Schreiben Vogels an US-Präsident Reagan, aber nur dazu dienen, die trüben Wahlkampfhypothese der SPD von der wirkungsvolleren Vertretung deutscher Interessen zu untermauern, dann liegt darin nicht zuletzt das Eingeständnis, daß auch diesem Kandidaten nichts Besseres einfällt – und daß er auf Publicity spekuliert. Andropow hat noch keinen Brief. Aber das könnte in feierlicher Höhepunkt der letzten Wahlkampfwoche werden. (Heidelberg)

FINANCIAL TIMES

Vogel sagt, daß ein „radikaler“ Schnitt in der Zahl sowjetischer Raketen (und damit die Beibehal-

tung einiger) ausreichen würde, um die Stationierung westlicher Raketen insgesamt abzuwenden. Die Briten und Franzosen sind darüber ebenso irritiert, wie über Vogels Beharren auf der Einbeziehung der Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens in die Gense Supermacht-Gespräche. Die Briten haben versucht, der SPD hinter den Kulissen klarzumachen, daß die Londoner Nuklearwaffen bereits in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über strategische Waffen (SALT I) einbezogen worden sind. Frankreich hat ähnliche Argumente vorgetragen... Aber das scheint von der SPD nicht akzeptiert worden zu sein. (London)

Hochener Volkszeitung

Die SPD war empört über eine Äußerung des US-Präsidenten Ronald Reagan. Er hatte vor schrecklichen Folgen für den Fall gewarnt, daß eine Bonner Regierung aus dem NATO-Doppelbeschluss aussteige. Wie anders ist die Reaktion der SPD zu verstehen, als daß der Ausstieg tatsächlich geplant ist?

WESTFALENPOST

Daß Vogel Zweifel aufkommen läßt, schwächt die deutsche Position. Dabei muß auch auffallen, daß bisher keiner der drei früheren SPD-Verteidigungsminister – Lauber, Helmut Schmidt, Apel – sie den von Vogel formulierten Urmutmaßungen angeschlossen hat... Ob Vogel mit dieser Art der Wählertrugs gut tut, wird sich am 6. März erweisen. Zumindest weckt er aber neue westliche Zweifel an der deutschen Verlässlichkeit. Die Sowjets ihrerseits werden in der Hoffnung bestärkt, die Deutschen doch noch weiche Kloppe und sich selbst beim Abbau der Raketen drücken zu könne. (Hagen)

Die UNO, Polens Diktatur und das Menschenrecht

Bisher bot das Genfer Gremium wenig Anlaß zur Hoffnung / Von Manfred Neuber

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen gilt nicht gerade als große Hoffnung der Unterdrückten; denn ihre Anhörungen in Genf sind schon zur Routine erstarrt. Wirksamen Schritten zur Linderung menschlichen Leids stellt sich nicht nur östliche Machtpolitik in den Weg, sie stoßen auch auf Anmaßung in der Dritten Welt.

In dieser Woche soll auf ihrer laufenden Jahreskonferenz die Lage in Polen untersucht werden. Wie nicht anders zu erwarten, wehren sich dagegen die östlichen Mitglieder der 43 Staaten umfassenden UNO-Kommission. Warschau versuchte im vorigen Jahr, durch einen Boykott sich dem Pranger zu entziehen.

Der neue Direktor des Zentrums für Menschenrechte, der Österreicher Kurt Herndl, glaubt in diesem Jahr generell eine größere Bereitschaft beschuldigter Regierungen feststellen zu können, über Verstöße gegen die Menschenrechte zu reden. Trifft das auch auf

Polen zu, das als erstes europäisches Land angeklagt wird (warum eigentlich bleiben die „DDR“ und die Sowjetunion tabu?), oder denkt er nur an Lateinamerika?

Die Zwangsbehandlung in psychiatrischen Anstalten der Sowjetunion ist ebenso verwerflich wie das spurlose Verschwinden von Regimegegnern unter Militärdiktaturen. Aber in Genf fragt keiner danach. Die Schlüsse an der Berliner Mauer sind genauso unmenschlich wie Hinrichtungen nach summarischen Verfahren in der Türkei. Doch ersteres bleibt hinter verschlossenen Türen.

Von dem Genfer Gremium mehr Taten zu erwarten, als die UNO-Vollversammlung zur Wahrung der Menschenrechte vermag, wäre ungerecht. Auch internationale Konventionen haben eine Tragödie wie die Massenausweisung aus Nigeria in diesen Tagen nicht verhindern können. Nur müssen die Vergehen überall auf der Erde genannt, darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

Die UNO-Menschenrechtskommission kann ihre Möglichkeit zum Einwirken allein aus der moralischen Legitimation beziehen. Wenn aber jedes Jahr von der Apartheid bis zum Zionismus fragwürdige Verurteilungen ausgesprochen werden, muß über die kritischen Randzonen des Sowjet-Imperiums – Afghanistan und Kambodscha – auch die Lage im Inneren des kommunistischen Herrschaftsbereichs (baltische Staaten) erörtert werden.

Nach dem Motto „Haltet den Dieb“ weist Moskau jedoch mit gespielter Entrüstung derartige „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ zurück. An seiner Hilflosigkeit angesichts der Haltung des Ostblocks scheiterte voriges Jahr Herndls Vorgänger als Chef des Zentrums für Menschenrechte, der eigenwillige Niederländer Theo van Boven. Immerhin wurde Herndl als Unter-Generalsekretär aufgewertet.

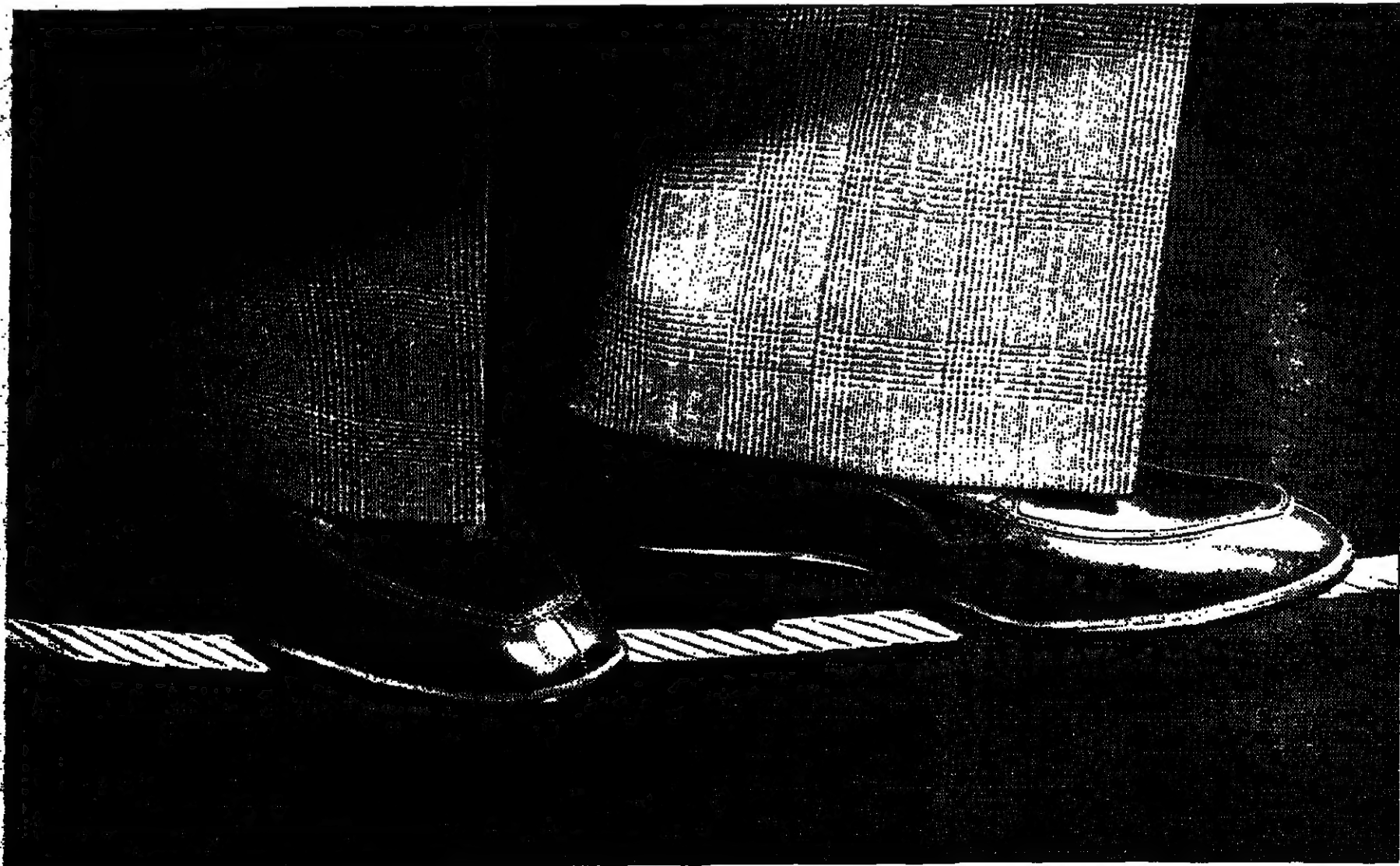
Gegen die Absicht westlicher

Nationen, einen UNO-Hochkommissar für Menschenrechte zu berufen, um Verstöße zügiger untersuchen zu können, legt sich vor allem die „DDR“ ins Zeug. In der Ostberliner Zeitschrift „Neue Justiz“ hieß es kürzlich, dies sei ein „interventionistisches Projekt“, das „entweder weltfremd oder nicht seriös“ sei. In Genf wird am Ende der Sitzungsperiode, voraussichtlich Mitte März, darüber abgestimmt werden.

Vor Jahresfrist hatte die Menschenrechtskommission mit 29 gegen acht Stimmen bei sechs Enthaltungen den Untersuchungsausschuß für Minderheiten beauftragt, eine Studie über ein Mandat für einen UNO-Kommissar für Menschenrechte – ähnlich dem Hochkommissar für Flüchtlinge – auszuarbeiten. Der Ausschuß beschloß bereits am 10. September 1982 den Text für die Fixierung eines solchen Mandates, was die „DDR“ als unzulässigen „Übereifer“ abqualifizierte. „Die Schaffung eines solchen Amtes dient nicht der

Förderung der Menschenrechte und der internationalen Zusammenarbeit der Staaten sondern stört diese Zusammenarbeit und leistet der Einmischung in innere Angelegenheiten Vorschub“, lamentiert das Sprachrohr des „DDR“-J-stizministeriums. Für eine solche Kontroll- und Durchsetzungsinstitution hätten die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen in der UNO-Charta kein Mandat erteilt.

Nach den Vorstellungen d Befürworter eines Menschenrechts-Kommissars soll er derzeit besondere Vollmacht erhalten, um seine Aufgaben gemäß den Weisungen d Vollversammlung, des Wirtschafts- und Sozialrates d Menschenrechtskommission wahrnehmen zu könne. Aber schon gegen dessen jährliche Berichte, sofern die ne Institution geschaffen wird, sträubt sich Ost-Berlin, weil: „für Propagandakampagnen beliebiger Art ausgenutzt werden“ könnten. Man hört d schlechte Gewissen schlagern



CSU nennt Vogel einen „Raketentänzer“

PETER SCHMALZ, München

Den Brief des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel zur Raketentrüstung bezeichnete der CSU-Landesvorstand gestern als „eine Beleidigung des amerikanischen Präsidenten“ und als eine politische Dummheit. Seine (Vogel) Behauptungen und Aufforderungen werden nur als peinlich empfunden. Sie zeugen von weltanschaulicher Unkenntnis und persönlicher Überheblichkeit“, erklärte die CSU.

Vogel glaube, Andropow und Reagan kommandieren und über die Verteidigungswaffen der Franzosen und Engländer verfügen zu können. Er täusche damit die Wähler über seine Wirkungsmöglichkeiten und werde zu einem Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik, heißt es in dem CSU-Papier. Der CSU-Vorsitzende Strauß nannte Vogel einen „Raketentänzer“.

Die SPD hat nach Ansicht von Strauß nicht die geringste Chance, die absolute Mehrheit zu erhalten, auch die Chance für eine Mehrheit mit den Grünen sei nur „hauchdünn“. Der CSU-Vorsitzende: „Die Wahlversprechen der SPD sind deshalb so utopisch, weil sie weiß, daß sie nie in die Verleihenheit kommen wird, diese in die Wirklichkeit umsetzen zu müssen.“ Nach dem Wahlergebn erwartet Strauß bei der SPD eine „Gewissensforschung“, die unter Umständen zu einer Abtreibung von den linken Teilen führen könnte. Strauß: „Die SPD muß wieder den Weg zur Realität finden.“

Mißbilligt wurde vom Landesvorstand, daß die FDP den Fortbestand der Koalition von der Bestimmung bestimmter Ministerämter abhängig mache. Strauß: „Man soll Ministerämter verteilen, wenn man die Wahl gewonnen hat.“ Mahnend fügt der CSU-Vorsitzende hinzu, man solle dann erst über Schenkungen sprechen. Da werden sich manche Schwierigkeiten ergeben.

Ebenfalls einstimmig beschloß der CSU-Vorstand eine Warnung an die FDP, die Frage der Rückzahlbarkeit der Investitionsabgabe, die von der CSU „Wohnungsbaubausgabe“ genannt wird, nicht des Stimmengangs wegen den Kanzler als Wahlhelfer abzustempeln, wenn sie ein ehrlicher Partner sein will. Strauß: „Herr Lambdowski soll aufhören, die Unwahrheit über diese Abgabe zu sagen.“

Stuttgart: Grüne stimmen mit der CDU

chh. Stuttgart

Die Grünen im Stuttgarter Landtag unterstützen, im Gegensatz zu den anderen Oppositionsparteien SPD und FDP, das neue Familienprogramm der CDU-Mehrheitsfraktion. Grünen-Sprecher Wolf-Dieter Hasenclever bezeichnete die CDU-Pläne als „zwar nicht der Weisheit letzter Schluss, jedoch einen Schritt in die richtige Richtung.“

Voraussichtlich vom 1. April an sollen Deutsche und EG-Ausländer in Baden-Württemberg ein „Familienlohn“ in Höhe von 4800 Mark verteilt auf zwei Jahre, erhalten. Voraussetzungen dafür sind, daß sich ein Elternteil ausschließlich um die Erziehung des Nachwuchses kümmert und das Nettoeinkommen der Familie 1800 Mark (vom 2. Kind an plus 200 Mark Freibetrag pro Kind) nicht übersteigt.

Der Finanzausschuß des Landtags hat während der Haushaltsberatungen auch für die kommenden zwei Jahre 200 000 Mark bewilligt, die der „Ernst-Friedrich-Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie“, die den Grünen nahesteht, zugute kommen.

DIE WELT (wupp 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U.S. is \$12.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Parteien werben um Berliner mit Stimme

186 000 besitzen einen westdeutschen Nebenwohnsitz

HANS-R. KARUTZ, Berlin

„Berlin tut gut“, sangen die Chorknaben aus Berlins Regierungsviertel Schöneberg am Sonntag vor 7000 Berlinern in der Deutschen Hallen: Helmut Kohl begann in der Stadt, die er schon immer mochte, seinen Wahlkampf-Schlußspurt durch 20 Städte. Zum erstenmal in dieser 1983er Kampagne kümmerte sich damit die Prominenz um die unbekanntesten Wähler der Republik, denn rund 300 000 Berliner können am 8. März theoretisch mitstimmen.

Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes besitzen 186 000 Berliner einen westdeutschen Nebenwohnsitz. 120 000 Preußen sind sogar mit Hauptwohnsitz in der übrigen Bundesrepublik gemeldet. Der Run auf die Unterlagen begann frühzeitig: bis zum 13. Februar nämlich mußten die „Zweit-Berliner“ ihren Antrag auf Eintragung ins Wahlverzeichnis an ihre westdeutsche Gemeinde abgeschickt haben. Über 30 000 mal verlangten in den vergangenen Wochen Berliner mit Wähler-Ambitionen von ihrem Berliner Einwohnermeldeamt die schriftliche Bestätigung, in der übrigen Bundesrepublik mit zweitem Wohnsitz gemeldet zu sein. Da auf diesem Formular bis zu vier Personen aufgeführt werden können und viele „Hauptwohnsitzler“ das Wahl-Wochenende vermutlich dabei verbringen, läßt sich eine Wahlbeteiligung von insgesamt 150 000 bis 200 000 Berliner mit Erst- und Zweitwohnsitz hochrechnen.

Angesichts der Tatsache, daß möglicherweise bei dieser Wahl einige zehntausend Kreuzchen im richtigen Feld über das Schicksal von Liberalen und Grünen entscheiden, sind die Berliner Wahlvoten besonders gefragt. Diese hohen Berliner Wählerzahlen - Braunschweig und Kassel können es jeweils nur auf eine Viertelmillion Bürger - kalkulieren die Wahlkampf-Manager der Parteien bei ihren spezifischen Berlin-Aktionen ein.

Der Kanzler ließ sich bei einem friedlich-freundlichen Sonntagsnachmittags-Vergnügen unter dem Titel „Ganz Berlin ist eine Familie“ wohlgenut von der Stimmung umhül-

len. Die Band intonierte den „Jäger aus Kurpfalz“, der Unions-Nachwuchs wirbelte statt der üblichen blauenweißen Hertha-Fans diesmal die schwarzrotgoldenen Halswärmer der CDU, und nur einigen Grüppchen im Oberen der Riesenrunds mangelte es am rechten Sinn für das Festival.

Hier, wo die Grenze jeden betrifft, mahnte der Kanzler: „Wir müssen jede nur denkbare Chance nutzen, um Deutsche mit Deutschen zueinander zu bringen.“ Auch dies sei einer der Gründe, „wenn ich mit Herrn Honecker telefoniere oder mit ihm Briefe wechsle“, auch wenn der tiefe Graben der Ideologie“ bleibe.

Auf Hilfe verzichtet hingegen gänzlich die FDP. Sie unternimmt nichts „Aufwendiges“, um FDP-Briefwähler zu motivieren. Die Stimulanz soll, möglichst noch vor dem 8. März, von dem längst fest verabredeten Koalitions-Bündnis der neuen „Mehrheit der Mitte“ seit dem CDU-Senat Richard von Weizsäcker ausgehen.

Die Sozialdemokraten - erst am Wahlvorabend mit ihrem traditionellen Berlin-Finale an der Spree präsent - stoßen vor allem in das reichlich besetzte „alternative“ Berlin-Umland. Seröse Wahlforer schenken schon 1981 ein Reservoir von 120 000 grün-alternativen Anhängern in der Stadt aus. Von ihnen ergatterte die „Alternative Liste“ vor zwei Jahren 90 000 oder 7,2 Prozent. Die SPD-Zielgruppen heißen: Studenten (rund 60 000, d. Red.), westdeutsche Zuwanderer und Wochenend-Touristen aus dem übrigen Bundesgebiet. Sie finden an den drei Vorwahlsonntagen die SPD-Postille „Zeit“ in der Hotel-Lobby vor. Die „Zeitung am Sonntag“ wird blindelweise eingeflogen und rings um den Kurstisch verteilt.

Die „Grüne Raupe“ der Partei mit den Sonnenblumen frist sich am 2. März bis nach Berlin durch. Dann parkt hier der Wahlkampf-Bus. Unter dem Motto „Ich steck uff grün“ laden die lokalen AL-Igel ihre Klientel zu Wolf Biermann und einem Kabarett ein. Dessen Scherze sollen, wie praktisch, drei Tage später auch Gäste des SPD-Treffens annehmen.

Wenn der Ölpreis weiter fällt

Konzerne warnen vor Verzicht auf die Weiterentwicklung von Alternativen Energien

HANS BAUMANN, Essen

Eigentlich hatte die Fachwelt von den Saudis erwartet, daß sie ihren Ölpreis von 34 Dollar je Faß (159 Liter) senken würden. Doch dann kamen ihnen die Engländer und Norweger zuvor. Um drei Dollar nahmen sie ihren Ölpreis auf offizielle 30,3 Dollar je Faß zurück. Prompt folgte Nigeria, das seit mehr Tagen keinen Tropfen Öl mehr exportiert hat, das aber nur dann am Weltmarkt bleiben kann, wenn es den Briten und den Norwegern folgt, weil diese die gleiche Ölqualität wie Nigeria anbieten.

Wer den Markt verlor, der weiß, daß die Rücknahme der Preise für Rohöl nur der offizielle Nachvollzug einer längeren vorgenommenen Preislenkung am Spotmarkt für Öl ist. Hier kann man sich seit Wochen zu Preisen um 28 Dollar für die etwas schlechtere Golf-Qualität bedienen. War es früher üblich, sich zu 90 Prozent an mittelfristige Lieferungen zu binden, so hat sich das Verhältnis fast umgekehrt. Der scharfe Wettbewerb läßt die Ölverarbeiter immer häufiger zu kostengünstigeren Spotmengen greifen. Langfristige Bindung ist nicht mehr opportun, sehr zum Schaden langfristiger Versorgungssicherheit.

Die Industrienationen sehen den Preisverfall bei Rohöl mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Ein niedriger Ölpreis könnte zu einem Konjunkturmotor werden, ebenso wie die Ölpreisspektionen 1973/74 und 1979/80 die Konjunktur lähmten. Die Sorgen mehren sich jedoch, daß der Preisverfall vielleicht erst bei Raten um 20 Dollar zum Stillstand kommt, wie es William Brown vom New Yorker Hudson Institute befürchtet.

Die Rolle der Opec

Rudolf von Bennigsen-Foerder, Chef der Veba und damit von Veba-Öl, äußert starke Bedenken, daß der Preisverfall die Opec-Sitzung in diesem Jahr zu einem Scheitern verurteilt. Er hat guten Grund dazu. Kaum hatte er einen Vertrag über die Verarbeitung von venezolanischem Schweröl aus dem Orinoco-Belt unterschrieben, ging der Rohölpreis in den Keller. Die vorgesehene Investition für die Schwerölverarbeitung werden nun erst einmal auf Eis gelegt werden müssen, denn bei Spotpreisen für Rohöl um 28 Dollar ist die Verarbeitung von Orinoco-Öl unwirtschaftlich.

Auch der Vorstand der Deut-

schen Shell AG warnt vor weiter fallenden Ölpreisen und vor einem endgültigen Zerfall der Opec, der 13 Ölförderstaaten angehört und die immer noch 43 Prozent der Weltöl-Produktion auf sich vereint und 70 Prozent des Welt-Ölhandels springt die Welt-Konjunktur an, und vieles spricht dafür, daß die Energiebedarfe schlagartig steigen. Und diesen kurzfristigen Bedarf kann nur eine Deckung: Die Opec, die seit 1973 rund 50 Prozent ihrer Produktion eingebüßt hat.

Shell und Veba zeichnen das gleiche Bild: Anstatt auf einem hohen Ölpreisniveau, das nach Auskunft der OECD inzwischen von den Industrienationen „verdaut“ worden ist, teure Alternativen Energien zu entwickeln, gleiten die Industrienationen auf einem fallenden Ölpreis zurück in die erpresserische Abhängigkeit der Opec-Staaten. Die richtige Politik „Weg vom Opec-Öl“ wird konterkariert von niedrigen Ölpreisen.

So sehr billiges Rohöl Konjunkturmotor sein kann, so sicher bräutet es neue Entwicklungen, die riesige Investitionen erforderlich machen würden: Kohlevererdung, Sonnenkollektoren, das Elektroauto, Kernenergie und Biogene. Der Generalsekretär der Opec selbst schätzt, daß heute bereits „Hunderte von Projekten“ wieder in den Schubladen verschwunden seien, die sich mit Alternativen Energien beschäftigten, und die es den Opec-Staaten ermöglicht hätten, haushälterischer mit ihrem Öl im Sinne ihrer Enkel umzugehen - das Hauptargument der Ölförderländer für die beiden drastischen Ölpreisschübe.

Gegen einen dramatischen Verfall der Ölpreise spricht aber auch der Zwang zahlreicher Ölförderländer, ihren Haushalt auszugleichen. Nigeria ist praktisch bankrott und nur ein Kredit über fünf Milliarden Dollar hat Mexiko in diesen Tagen vor dem „Aus“ bewahrt. Mit 90 Milliarden Dollar ist dieses junge Ölland bereits überschuldet.

Das Züngeln an der Waage dürfte wieder Saudi-Arabien sein. Dieser größte Ölproduzent der Welt könnte seine Förderung weiter drastisch zurücknehmen und so den Weltmarkt beruhigen. Finanziell kann das Land wegen seiner hohen Dollar-Reserven dazu in der Lage. Die zur Zeit laufenden Gespräche der Außenminister der sechs Golfstaaten werden nach Meinung Londoner Fachleute wahrscheinlich zu einer Abkehr vom Standard

von 34 Dollar je Faß führen und zu Produktionseinschränkungen, die auf einer bald schon erwarteten neuen Opec-Sitzung beschlossen werden könnten.

Von dieser neuen Opec-Sitzung erhofft man auch, daß sich Saudi-Arabien endgültig mit seiner Forderung nach Indexierung der Ölpreise durchsetzt, mit einer Anbindung der Preise an einen Fächer aus Inflationsraten und Preisentwicklungen für Güter aus den Industrienationen. Damit wäre der Ölpreis kalkulierbarer - und die Entwicklung von Alternativen Energien gesicherter.

Für den deutschen Markt muß vorerst jedoch mit weiterer Schwäche der Preise für Mineralölprodukte gerechnet werden, auch wenn die Konzerne nach wie vor Verluste zwischen 55 und 80 Mark je Tonne eingesetztes Rohöl hinnehmen müssen. Der Wettbewerb ist zu hart, als daß ein sinkender Rohölpreis nicht wenigstens teilweise in den Produkten an den Verbraucher weitergegeben werden müßte.

Ölsteuer als Regulativ

Mit sinkenden Heizölpreisen werden sich auch die Preise für Erdgas abwärtsbewegen, da sie über Preisklauseln an die Preise für Heizöl gebunden sind. Diese Preiskorrekturen werden halbjährlich vorgenommen, sowohl beim Gaseinkauf (Niederlande, Norwegen, Sowjetunion) als auch beim Gasverkauf (etwa an die verteilenden Stadtwerke oder an große Direktabnehmer in der Industrie). Da die Tarifautonomie bei den Stadtwerken liegt, müssen sie alle Halbjahre überprüfen, ob sie den Gaspreis entsprechend ihrer veränderten Bezugspreise korrigieren oder den Preis unverändert lassen. Preissenkungen für Erdgas hat es 1973, 1976, und 1979 gegeben, 1979 fielen die Preise um sieben Prozent.

In dem vielstimmigen Konzert um die Ölpreisentwicklung ist ein Instrument nicht mehr zu überhören. Die deutsche Industrie ist sicher, daß zur Weiterentwicklung von Alternativen Energien der Finanzminister nicht daran vorbeikommen kann, die Ölsteuer heraufzusetzen, falls die Ölpreise so verfallen, daß keine Energie-Innovation mehr möglich ist und der deutsche Steinkohlenbergbau gezwungen sein würde, wieder Zechen stillzulegen.

Affäre Franke: Wurden Millionen Mark „gewaschen“?

WERNER KAHLE, Bonn

Eine gegen das Haushalts- und das Beamtenrecht verstößende „Geldwäsche“ vermuten kirchliche Kreise in der Bundesrepublik als Ursache für die wenig aufschlußreiche Erklärung des ehemaligen Ministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), über den Verbleib von etwa 5,6 Millionen Mark an Bundesmitteln. Dabei soll es um Geldgeschäfte mit dem devisenunfähigen Geheimdienst der „DDR“ gegangen sein.

Soweit bekannt, gibt es zwischen Bonn und Ost-Berlin drei verschiedene Aktionen zum Freikauf von Häftlingen und zur Familienzusammenführung:

1. Seit zwei Jahrzehnten wird diskret ein bargeldloser Häftlingsfreikauf praktiziert. Ost-Berlin erhält als Gegenleistung dringend benötigte Waren. Bei diesen amtlich vereinbarten Freikaufaktionen zwischen der Bundesregierung und Ost-Berlin flossen in den letzten Jahren jährlich Leistungen im Wert von 70 bis 80 Millionen Mark in der Form von Warenlieferungen. Dafür wurden pro Jahr rund 1200 Häftlinge („DDR“-Einwohner) vorzeitig entlassen und in den Westen abgeschoben.

2. Ein etwa gleich hoher Betrag wurde von Bonn als Gegenleistung für Familienzusammenführungen aufgewendet.

3. Im Zusammenhang mit der ersten Aktion - Freikauf von Häftlingen - hatte der „DDR“-Geheim-

dienst über Unterhändler Ende der siebziger Jahre einen zusätzlichen Cash & Carry-Transfer angeregt. Um Gelder flüssig zu machen, bot sich eine „Geldwäsche“ an: Sobald Bundesmittel, beispielsweise eine Rate von 15 Millionen Mark, einer der in den Freikauf von Häftlingen eingeschalteten karitativen Organisationen mit dem Auftrag, Waren einzukaufen und für die Weiterleitung in den Osten Sorge zu tragen, überwiesen worden waren, konnte Bonn eine Reklamation anbringen. Etwas der Art: Eine Million Mark sei zuviel überwiesen worden - eine Beauftragung, die die Empfänger nicht nachprüfen konnten. Die Rückzahlung des - scheinbaren - Differenzbetrages konnte auf ein Konto erfolgen, über das der mit der Abwicklung der „humanitären Aktionen“ im Ministerium beauftragte Vertraute Frankes Verfügungsgewalt besaß.

Devisen für den Osten

Von diesem Konto ließ sich der abgezweigte Betrag dann auf ein weiteres Konto überweisen, das der Ostberliner Unterhändler im Westen eingerichtet hatte. Der Vertrauensmann des Staatsratsvorsitzenden Honecker, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, besaß als „DDR“-Beauftragter 1982 allein in West-Berlin drei Konten für Westmark-Einzahlungen. Mit der Überweisung von Beträgen, die vom Ministerium in bar von der karitativen Organisation zurückgefordert wor-

den waren, war es gleichsam durch die Hintertür möglich, der östlichen Seite Devisen zukommen zu lassen. Die Idee, so zu verfahren, entstammt vermutlich einem vom Osten seit Jahren geduldeten privaten Freikauf wobei eine limitierte Anzahl von „DDR“-Einwohnern von einem renommierten Berliner Anwalt gegen Bargeldsummen bis zu einer Million Mark durch die Mauer geschleust werden. Bürger aus der Bundesrepublik oder aus anderen westlichen Staaten bieten für die Genehmigung der Ausreise zuviel überwiesen worden - eine Beauftragung, die die Empfänger nicht nachprüfen konnten. Die Rückzahlung des - scheinbaren - Differenzbetrages konnte auf ein Konto erfolgen, über das der mit der Abwicklung der „humanitären Aktionen“ im Ministerium beauftragte Vertraute Frankes Verfügungsgewalt besaß.

In dem förmlichen Disziplinarverfahren, das der Bundesdisziplinaranwalt in der vergangenen Woche gegen Frankes Vertrauten, Ministerialdirektor a. D. Edgar Hirt, eröffnete, wird zu klären sein, ob der (ohne Laufbahnvoraussetzungen) in die Spitzenstellung beförderte Parteibuchkassierist Bargeldgeschäfte dieser Art abgewinkt hat. Wenn ja, so stellt sich die Frage, ob er aus eigener Entscheidung oder auf Weisung des Ministers handelte.

Sollte die Untersuchung eine Eigeninitiative ergeben, dann schließt sich die Frage an, was mit den nicht unerheblichen Zinsen der über die diversen Konten bewegten Gelder aus der gleichsam schwarzen Kasse des Ministeriums in den Haushaltsjahren 1979 bis

1982 geschehen ist. Behauptungen Hirts, zum Beispiel habe Südafrika 400 000 Mark erhalten, um zu verhindern, daß 1981 ein internationaler Agentenaustausch platze, hat der Botschafter Südafrikas in Bonn, Neil Peter van Heerden, kategorisch zurückgewiesen. „Die Südafrikaner bezeichneten es als „äußerst bedauerlich“, daß ihre Zustimmung zu dem Austausch, die nur auf deutsches Drängen gegeben worden sei, nunmehr mit Schmiergeldern in Verbindung gebracht werde. Der Botschafter bot an, die an den Vorbereitungen des Austausches beteiligten südafrikanischen Beamten dem dreiköpfigen Kontrollgremium des Bonner Haushaltsausschusses zu Aussagen zur Verfügung zu stellen.“

Verständnis für „DDR“-Nöte

Der ehemalige Minister Egon Franke steht offensichtlich vor den Scherben seiner „abenteuerlichen“ (Kontrollausschußmitglied Hoppe) Ost-West-Operation. Frankes Verhalten gegenüber dem international bekannten und erfahrenen Ost-Anwalt Vogel quitierte dieser zu Friede im „Stern“ mit der Bemerkung: „Ein Handschlag genügt.“ Kenner der Ost-West-Szene kommentieren, zuletzt sei eine Art grauer Geldpolitik, nach dem Motto „Wir ham's ja“ - ohne Konsultation des Bundesfinanzministeriums, des Haushaltsausschusses und des Parlaments - betrieben worden.

In dieser Woche will die Bonner Staatsanwaltschaft wegen der nicht geklärten Verwendung von mindestens 5,6 Millionen DM über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens entscheiden. „Ich weiß, wo die Millionen sind, aber ich sag's nicht“, zitierte die BILD-Zeitung Egon Franke.

Ostberliner Funktionäre rühmen unterdessen, der ehemalige Minister habe nicht nur stets Verständnis für die finanziellen Nöte der kommunistischen Genossen gezeigt, unter seiner Amtsführung habe das Ministerium auch ein offenes Ohr gehabt, wenn es darum ging, Kritik an Vorgängen im Arbeiter-und-Bauern-Staat abzuwehren. So wandte sich Franke am 3. Juli 1980 gegen Aktionen von Menschenrechtsorganisationen in der Bundesrepublik, die sich mit dem Schicksal von Häftlingen und ausreisewilligen „DDR“-Bürgern befaßten.

Egon Franke („eigentlich müßte man mir einen großen Orden umhängen“) war in seiner Amtszeit nicht nur bemüht, Schilderungen willkürlicher Verhaftungen und der Zustände in „DDR“-Zuchthäusern vor der Öffentlichkeit fernzuhalten. Parteigänger seines Ministeriums versuchten auch, Enttarnungen von „DDR“-Ministern und Mitgliedern des SED-Zentralkomitees, die ihre Mitgliedschaft in der Hitler-Partei verschwiegen hatten, zu verhindern.

Verleger Burda wird 80



Senator Franz Burda

Am 24. Februar vollendet der Oldenburger Verleger Franz Burda das 80. Lebensjahr. Zu seinem 60. Geburtstag schrieb ihm der damalige Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard: „Sie gehören zu jenen dynamischen Unternehmern, die das Wesentliche zum Wiederaufbau unseres Landes beitrugen.“ Dieser Satz hat heute noch mehr Gültigkeit als vor zwanzig Jahren.

Dem 1903 im badischen Philippsburg geborenen Franz Burda war der spätere Erfolg nicht vorbestimmt. „Bub, ich kann dir nichts geben. Du mußt schauen, wie du dich selber durchs Leben schlägst“, mit diesem Zuspruch entließ Vater Franz den Sohn ins Berufsleben. Und er hatte Erfolg. Nach kurzer praktischer Tätigkeit als Kaufmann studierte er Volkswirtschaft. Als der Vater, der in Offenbach eine kleine Druckerei besaß, erkrankte, trat er in der Betrieb ein und arbeitete dort auch selbst an den Druckmaschinen. Das hinderte ihn nicht, 1928 zu promovieren. Ein Jahr später bestand er die Gesellenprüfung als Buchdrucker. Der Meisterberuf folgte 1930.

Noch zu Lebzeiten des Vaters gründete der junge Franz Burda sein erstes Verlagsobjekt: Südas die südwestdeutsche Radiozeitung. Der Krieg unterbrach die Weiterentwicklung des Unternehmens, das 1939 bereits 800 Leute beschäftigte. 1945 mußte er neu anfangen. Er druckte zunächst Briefmarken und Schulbücher für die französische Besatzungszone. 1948 erschien die illustrierte Zeitschrift „Das Ufer“, aus der sich die „Bunte“, das heutige Flaggsschiff des Hauses, entwickelte. Wiede brachte er eine Rundfunkzeitschrift heraus, „Bild und Funk“.

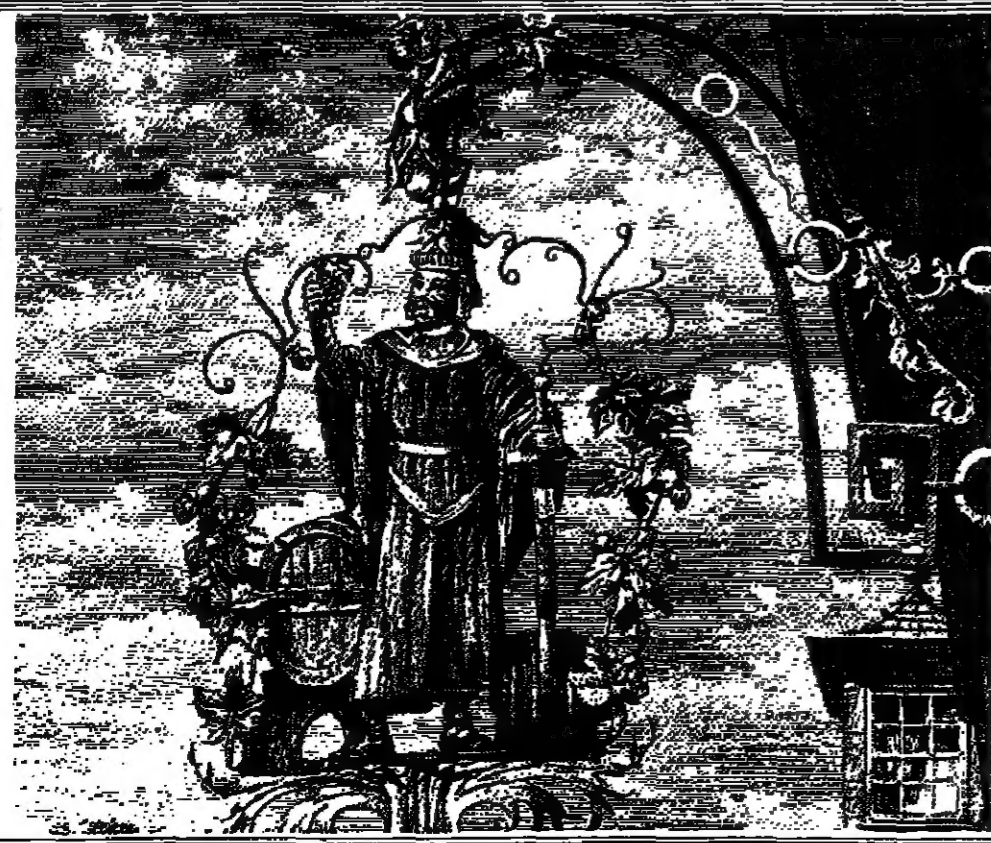
In Offenbach baute er ein modernes Druck- und Verlagszentrum eines der größten in Europa, auf Skeptische Fachleute hatten die seinen Erfolg an diesem Standort für unmöglich gehalten. Der wagetüchtige Unternehmer erwarb und richtete in Darmstadt und München weitere Betriebe. Mehr als 4500 Menschen sind heute bei Burda tätig. Der Umsatz des letzten Jahres lag über 850 Millionen Mark. In den USA betreibt Burda heute mit Meredith Corp. drei Druck-Druckereien.

Zu den Objekten „Bunte“, „Bild und Funk“ sind inzwischen „Das Haus“, „Freizeit-Revue“, „Pan“, „Mein schöner Garten“, „Ambiente“, „Meine Familie und ich“, „Freundin“ hinzugekommen. Alesamt erfolgreiche Blätter. „Mein Frau ist meine beste Freundin“, sag Franz Burda häufig. Gemeint ist die Anne-Burda-Verlag mit Mod Zeitschriften.

Seit Anfang dieses Jahres ist Burda mit 24,9 Prozent am Spriger-Konzern beteiligt. Franz Burda, Professor und Ehrensenator, blickt auf ein großes Lebenswerk.

HEINZ PENTZLI

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Ein sagenhafter König

Wohl jedermann hat schon von ihm gehört, von Gambirius, dem gekrönten Schutzherrn der ehrbaren Brauergilde. Doch niemals hat ihn je ein Mensch gesehen, obwohl er zur Zeit Karls des Großen in Flandern geherrscht haben soll, als Sagenfigur allerdings, der später, im 16. Jahrhundert, fogar die Erfindung des Bierbrauens angedichtet wurde. Indes ist eines ziemlich sicher: Der Name Gambirius entstammt dem von Tacitus in seiner „Germania“ bezeugten Germanenflamen der Gambrii-Extstiel

später ist dann die Sage eines Königs „Gambirius“ entstanden, woraus, durch einen Druckfehler, zuletzt Gambirius wurde.

Abtrünnig: Gasthausführer mit der Darstellung des legendären Gambirius wird man nur selten erblicken - „sein“ Getränk jedoch ist fast überall zu haben, wie auch der Asbach Uralt, der aber im Gegensatz zum Bier beileibe kein Durstlöcher ist, sondern schlichtgenüßig genossen werden sollte...

Asbach Uralt

Im Asbach Uralt ist der Geist des Weines!

هكذا على الأقل

Der Grenzschutz wartet auf die Wende

Von H. KAMPHAUSEN

Ohne ein ausreichendes Maß an innerer Sicherheit, gibt es kein Leben in Freiheit. Eine freie demokratische Gesellschaft hat gesicherte stabile Verhältnisse zur Voraussetzung. Das sagte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Freitag letzter Woche bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts des Bundesgrenzschutzes für 1982. Er unterstrich damit die Bedeutung des BGS als Polizei des Bundes. Auf die Schwierigkeiten, mit der diese Polizeitruppe seit einigen Jahren durch die Maßnahmen seiner Vorgänger konfrontiert ist, wog der Minister kein ein.

„Die Abteilungen (im BGS) verfügen noch nicht einmal über den Personalbestand an Einsatzkräften in Hundertschaften, der für die Wahrnehmung der täglichen regulären Standortdienste erforderlich ist.“ Diese Feststellung eines Abteilungsleiters im BGS ist etwas mehr als ein Jahr alt. Sie hat an Aktualität bis heute nichts verloren. Bei militanten Demonstrationen, denen die jeweiligen Landespolizeien nicht mehr gewachsen sind, muß die Bundespolizei helfen. Sie hilft auch, aber die zur Verfügung gestellten Einheiten sind zusammengestoppelt. Führer und Unterführer kennen sich kaum. Die Mannschaften innerhalb einer Hundertschaft sind sich oft fremd. Aber gerade in einem Verband gewachsene Erfahrung zwischen Führer und Unterführer und die kameradschaftlichen Bindungen der Wachmeister aus den Hundertschaften einer Abteilung sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen und damit auch verlustarmen Einsatz einer Polizeitruppe.

Heterogene Hundertschaften

Als Beispiel sei nur an den Einsatz an der geplanten Startbahn West des Flughafens Frankfurt vom November 1981 erinnert. Damals setzte sich eine Grenzschutzabteilung aus einer Hundertschaft des (GSK) Nord mit Zügen aus Lüneburg, Goslar und Gifhorn; einer Hundertschaft des GSK Mitte mit Zügen aus Hersfeld und Fulda und einer Hundertschaft des GSK Süd mit Zügen aus Rosenheim und Coburg zusammen. Aber selbst die Züge aus den einzelnen BGS-Standorten kamen nicht etwa aus jeweils einer Hundertschaft. Sie

mußten aus der gesamten Abteilung zusammengestellt werden.

Kritische Streitpunkte in der Innenpolitik gibt es im Augenblick mehr als genug, die vom harten Kern der außerparlamentarischen Opposition zu militanten Massendemonstrationen benutzt werden können. Bei dem derzeitigen sehr liberalen Demonstrationsrecht ist es, wie die Erfahrung lehrt, leicht, eine friedliche Demonstration zu einer unfriedlichen umzufunktionieren. Wenn aber heute schon nur zusammengestoppelte Verbände zum Einsatz kommen, wie soll das erst werden, wenn die Unruhen auf der Straße noch größer, noch militanter und noch zahlreicher werden.

Maihofers BGS-Reform

Zweieinhalb Jahrzehnte lang war der BGS, so sah ihn die Öffentlichkeit, das absolut zuverlässige Instrument des Bundes für die innere Sicherheit. Der Schutz der Grenze zum gesellschaftspolitisch anderen Lager, einer allseitigen Nahtstelle im Nachkriegsdeutschland, war ihm anvertraut. Und er stand darüber hinaus immer bereit, den Landespolizeien zu helfen, wenn die Lage es erforderte. Diese Aufgabe war den Kommandogruppen und Abteilungen im Rahmen des BGS-Gesetzes delegiert. Die Einheiten, obwohl bis in die siebziger Jahre nie planstellenmäßig voll aufgestellt, waren jederzeit in der Lage, den Erfordernissen zu entsprechen. Das änderte sich, als mit dem Regierungswechsel 1980 andere Kriterien für die Bundespolizei maßgebend wurden.

Unter Bundesinnenminister Werner Maihofer, dem Vater des Freiburger Programms der FDP, begann die Veränderung. Dem Druck der Gewerkschaft der Polizei, den BGS den Landespolizeien in jeder Hinsicht anzugleichen, das entsprach auch den Forderungen der SPD, die zum BGS immer ein leicht gestörtes Verhältnis hatte, gab das Ministerium nach. Der BGS wurde in den nachfolgenden Jahren verändert; in der äußeren Form, aber auch im Geiste. Das ging langsam aber sicher an die Substanz der Bundespolizei.

Ein Ziel war es wohl, den Korpsgeist dieser Polizeitruppe zu zerstören. Und so traurig es stimmen mag, dieses Ziel ist weitgehend erreicht. 1976 wurde das Gesetz über die Personalstruktur des Bundes-

grenzschutzes verabschiedet, und damit war die entscheidende Weiche gestellt. Die Ausbildung der Polizeivollzugsbeamten neuen Rechts nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ignorierte von vornherein alle Forderungen, die ein Polizeiverband stellen muß. Trotzdem sollte der Truppencharakter des BGS erhalten bleiben, wie Professor Maihofer noch 1975 im Fernsehen versichert. Darüber hinaus ging man von Voraussetzungen aus, die sich in der Praxis nicht realisieren ließen.

Ein grundsätzlicher Fehler des Strukturänderungsgesetzes liegt im psychologischen Bereich. Polizeivollzugsbeamter im BGS ist seit 1976 ein Lebenszeitberuf, d. h., der junge Beamte wird bis zu seinem 60. Lebensjahr im Polizeidienst tätig sein. Seine Ausbildung beträgt zweieinhalb Jahre. Er wird dabei zum perfekten Einzelkämpfer ausgebildet. Aber nach Abschluß dieser Ausbildung - er ist dann in der Regel zwischen 19 und 21 Jahre alt - muß er ins Glied treten und Truppendienst machen. Zwangsläufig fühlt er sich unterfordert: Wache vor Regierungs- oder Parlamentsgebäuden, Wachdienst auf Flughäfen oder Demonstrationsschlächen, wie in Brokdorf und Frankfurt, stellen an seine Ausbildung zum Einzelkämpfer wohl kaum Anforderungen. Er strebt also der Zeit zu, in der er seine Kenntnisse voll ausschöpfen kann; das ist der Fall, wenn er als Einzelkämpfer von den Ländern übernommen wird. Aber nur, wenn der BGS pro Jahr 800 Polizeivollzugsbeamte an die Landespolizeien abgeben kann, ist gewährleistet, daß die Polizeitruppe des Bundes nicht überaltert.

Problem der Überalterung

Die Länder des Bundes müßten also bereit sein, einen Teil ihres Polizeinachwuchses aus dem BGS zu übernehmen. Konkrete Absprachen mit den Landesinnenministern waren aber beim Erlass des Strukturänderungsgesetzes nicht getroffen worden. Heute scheint es so, als ob noch nicht einmal 400 BGS-Polizisten von den Ländern übernommen werden können. Das bedeutet aber, daß der BGS in spätestens zehn Jahren zu einer Polizeitruppe wird, die in der Altersstruktur der preußischen Armee bei Jena und Auerstedt entsprechen wird. Das Durchschnittsalter bei den Angehörigen des Mitt-

leren Dienstes im BGS würde dann bei ca. 40 Jahren liegen, heute beträgt es 28,3 Jahre.

Noch ein anderes Problem hat sich in letzter Zeit ergeben: Die Zahl junger Polizeivollzugsbeamter im BGS, die noch während ihrer Ausbildung, bzw. kurz danach, den Dienst aus eigenem Entschluß wieder verlassen, ist nach 1976 außerordentlich angestiegen. Nach Berechnungen des Innenministeriums sind es 22 Prozent, nach anderen Berechnungen 38 Prozent. Über die Gründe wissen die Verantwortlichen nichts. Erst im Juli 1982 hat das Innenministerium die Verbände aufgefordert, Informationen darüber zu sammeln. Vielleicht liegt es daran, daß das Bild des BGS, wie es im Laufe der letzten drei Jahrzehnte in der Öffentlichkeit entstanden ist, mit der heutigen Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmt.

Verlorener Korpsgeist

BGS, das war für viele der jungen Freiwilligen eine Polizeitruppe mit Gemeinschaftsgefühl, Kameradschaft und Korpsgeist, in der man geschlossen jede Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Zonengrenze aufnehmen konnte. Die zweieinhalb Ausbildungsjahre lassen Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe oder Hundertschaft heute gar nicht erst aufkommen. Frühestens nach der Ausbildung, also nach zweieinhalb Jahren, kommt der junge Beamte zu einer Abteilung, bei der er, wenn er Glück hat, länger bleiben kann, aber bis dahin ist von dem ersten Eilan seines Strebens nach Kameradschaft und Gemeinschaftsgefühl nichts mehr vorhanden.

Wenn der BGS seinen Truppencharakter verliert, und wir sind auf dem besten Wege dazu, auch wenn es noch anders auf dem Papier steht und behauptet wird, dann hat er seinen Einsatzwert und weitgehend seine Daseinsberechtigung verloren. Dieser Ausführung eines verdienten Abteilungsleiters im BGS ist nichts hinzuzufügen.

Die Haushaltslage des Bundes nach der Mißwirtschaft der vergangenen 13 Jahre ist schwierig. Darauf wies der Bundesinnenminister am Freitag hin. Trotzdem gibt es für den neuen Minister auch ohne finanziellen Aufwand Möglichkeiten, genug aufzuzeigen, daß auch für den BGS die Wende in Sicht ist.

Warschau: KP schlägt neue Taktik ein

DW-AP, Warschau
Die polnische Führung schlägt eine neue Taktik ein, um die bislang mitgliederschwachen neuen Betriebsgewerkschaften aufzuwerten: Die Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sollen verstärkt zu einem Eintritt veranlaßt werden.

Der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski wies in einem Interview mit der ungarischen Nachrichtenagentur MTI darauf hin, daß zur Zeit nur 200 000 Parteigenossen Mitglieder der neuen Gewerkschaften seien. Dies werde sich natürlich ändern, sagte Rakowski, wenn die Partei, wozu sie das Recht habe, ihre Mitglieder auffordere, den Gewerkschaften beizutreten. Bislang habe auch für Parteimitglieder der Grundsatz gegolten, keine überleitenden Schritte zu tun. Rakowski: „Ich persönlich bin der Ansicht, daß es an der Zeit ist, von dieser These abzugehen und den Parteimitgliedern, die schließlich die politische Vorhut sind, davon zu überzeugen, daß sie auch in den neuen Gewerkschaften eine aktive Rolle spielen, das heißt, ihnen beitreten müssen.“

Lucas Pires neuer Parteichef

dpa, Lissabon
Der portugiesische Kulturminister Francisco Lucas Pires ist vom „Demokratisch-Sozialen Zentrum“ (CDS) zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Sein Vorgänger, der ehemalige Außenminister Freitas do Amaral, war im Dezember zurückgetreten.

Der 35jährige Anwalt Lucas Pires gilt als Repräsentant der Reformflügel des CDS, der sich in einer „Palast-Revolution“ gegen den bisher von Anhängern des zurückgetretenen Parteichefs beherrschten Parteiapparat durchsetzen konnte. Ausschlaggebend für den Sieg der Reformer war, daß sich auch der einflussreiche ehemalige Handelsminister Basilio Horta ihnen anschloß.

Ebenso turbulent verlief am Wochenende eine Sitzung der Führungskommission des sozialdemokratischen Koalitionspartners: Regierungschef Francisco Pinto Balsemão wäre beinahe von der Liste der Wahlkandidaten gestrichen worden. Der Regional-Regierungschef von Madeira, Alberto João Jardim, bezeichnete die Sitzung als einen „Betrug der Parteibarone“, die den in Meinungsumfragen führenden oppositionellen Sozialisten „die Macht übergeben wollten“.

Labours Parteiführung ist ohne Alternative

Die Umstände erlauben keinen Wechsel an der Spitze

FRITZ WIRTH, London
Die Spekulationen über die Zukunft des Labour-Parteichefs Michael Foot haben in der Parteiführung eine Serie fast panikartiger Reaktionen ausgelöst. Mit Ausnahme des Parteirebellen Tony Benn gaben in den letzten 48 Stunden alle führenden Parteifunktionäre, die als Nachfolger Foots in Frage kämen, öffentliche Loyalitätsadressen für ihren in Bedrängnis geratenen Parteichef ab. Michael Foot schließlich ging selbst ungebeten zur BBC, um in einer Rundfunksendung diese gesamten Spekulationen über einen angeblich bevorstehenden Führungswechsel in der Partei als eine „Erfindung der konservativen Presse“ zu brandmarken.

Wie also steht es wirklich um die Zukunft der Parteiführung. Es trifft zu, daß besonders die britischen Sonntagszeitungen dazu neigen, politische Spekulationen überzuheizen und oft härter zu verkaufen als es den Tatsachen entspricht. Das ist ohne Zweifel auch in dieser jüngsten Foot-Affäre geschehen. Ebenso fragwürdig jedoch ist der Versuch Foots, diese Führungskrise als eine Erfindung von Fleet Street darzustellen. Tatsächlich basiert diese Krise auf schwer widerlegbaren Fakten. Foot wird seit vielen Monaten von allen britischen Meinungsforschungsinstituten als ein höchst unpopulärer und inkompetenter Oppositionsführer ausgewiesen und das hat unübersehbare Spuren der Desillusion in der Labourfraktion und in den Gewerkschaften hinterlassen, die vor zwei Jahren im wesentlichen für die Wahl Foots verantwortlich waren.

Das Wahlkampf-Risiko

Die jüngsten Loyalitätsadressen eines Denis Healey, John Silkin und Peter Shore, die alle zu den aussichtsreichen Kandidaten für das Amt Foots gelten, können kaum darüber hinwegtäuschen. Keiner dieser drei Männer kann es sich leisten, in diesem Führungskampf mit dem Dolch im Gewande erappt zu werden, es würde seine eigenen Chancen im Kampf um die Nachfolge nahezu auf den Nullpunkt reduzieren. Die Treuebündnisse waren deshalb in erster Linie als taktische Manöver zu verstehen.

Tatsächlich spricht im Augenblick alles dafür, daß Foot noch für geraume Zeit im Amt bleiben und seine Partei in den bevorstehenden Wahlkampf führen wird. Zwei Fak-

toren bestimmen dabei entscheidend seine Überlebenschancen. Einmal arbeitet die Zeit für ihn und zum anderen befindet sich unter seinen Nachfolge-Kandidaten niemand, der ein Ende der internen Richtungskämpfe garantieren könnte, die die bisherige Amtszeit Foots so sehr überschatteten.

Da allgemein spätestens bis zum Oktober dieses Jahres Neuwahlen in Großbritannien erwartet werden, könnte ein Führungswechsel in der Labour Party katastrophale Folgen haben. Die Neuwahl des Parteichefs würde wegen der komplizierten Prozedur mindestens drei Monate dauern. Diese Wahl würde die von Foot mühsam gekitteten Risse in der Partei unverzüglich wieder aufbrechen. Zugleich wäre die Versuchung für Frau Thatcher unwiderstehlich, den Termin für Neuwahlen genau in dieser Führungskrise hineinzuplanieren. Mit anderen Worten: Je näher der Wahltermin rückt, um so geringer werden die Chancen für die Labour Party, noch die Pferde an der Parteispitze zu wechseln.

Der fehlende Kronprinz

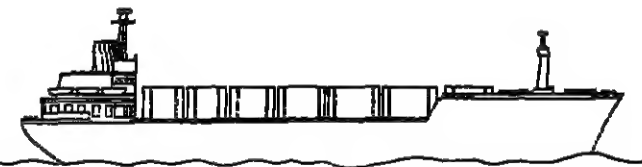
Dazu kommt, daß es bis zur Stunde keinen natürlichen Kronprinzen für Foot gibt. Peter Shore hat seine Wahlchancen kürzlich selbst durch ein Wirtschaftsprogramm reduziert, das eine 30prozentige Pfundabwertung vorsieht. Diesen Mann als neuen Parteichef vorzuführen, würde automatisch die falschen Signale in die Londoner City schicken und Anlaß zu schweren Finanzkrisen um das Pfund geben. John Silkin ist nach wie vor bei der Masse der britischen Wähler ein unbeschriebenes Blatt. Die Wahl von Denis Healey würde automatisch die Parteilinke in Aufruhr bringen, obwohl Healey selbst in den letzten Wochen mit atemberaubenden Salti aus dem Stand versucht hat, sich besonders in der Abrüstungsfrage dem uniliterarischen Trend in seiner Partei anzunähern.

Wie verzweifelt die Suche nach einem geeigneten Foot-Nachfolger ist, beweist die Tatsache, daß einige Labour-Abgeordnete sogar wieder den ehemaligen Labour-Premier James Callaghan ins Gespräch gebracht haben. Callaghan selbst fühlt sich durch diese Spekulationen geschmeichelt, hat aber keine ernsthaften Absichten, noch einmal die Arena zu betreten. Deshalb bleibt vorerst keine andere Wahl: Labour muß lernen, mit Michael Foot zu leben.

24 Stunden BfG: Auslandsge­schäft.



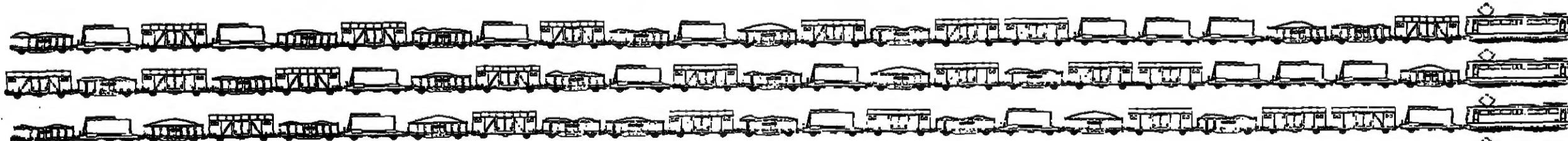
Pro Tag ein Flugzeug mit 30 t Ladegewicht.



Pro Tag ein Frachter mit 10.000 BRT.



Pro Tag 2 Güterschleppkähne mit 3000 t Tragfähigkeit.



Pro Tag 74 Güterwagen mit 30 t Nutzlast.



Pro Tag 158 LKW's mit 25 t Nutzlast.

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1981.

Was unsere Kunden mit unserer Hilfe über die deutsche Grenze exportieren und importieren, verursacht einigen Verkehr. Unsere Abbildung zeigt den durchschnittlichen Warenverkehr pro Tag, um-

gerechnet auf die verschiedenen Transportmittel.

Knapp die Hälfte unseres Auslandsge­schäfts wickeln wir mit europäischen Ländern ab.

Weitere wichtige Partner sind Nordamerika und Asien. Damit wir unsere Kunden im Ausland besser betreuen können, sind wir mit eigenen Niederlassungen, Tochtergesellschaften und

über Korrespondenzbanken weltweit vertreten.

Nutzen Sie unsere internationalen Erfahrungen für Ihr Auslandsge­schäft.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

Parteien der Mitte verweigern sich Palme

Von REINER GATERMANN

Schwedens sozialdemokratische Minderheitsregierung begann ihre dreijährige Amtsperiode im Oktober vergangenen Jahres mit einem furiosen Start. Auch wenn man nicht versprach, Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz bald abbauen zu können, und andeutete, daß der Lebensstandard weiter sinken werde, so schufen die Sozialdemokraten mit Olof Palme an der Spitze und mit Finanzminister Kjell-Olof Feldt als dem nüchtern waltenden Kassenhüter während des Wahlkampfes dennoch so große Erwartungen bei ihren Anhängern, daß sie bereits vor einer der überforderten Aufgaben standen.

Das Kabinett ist inzwischen in die Sackgasse geraten. Es muß inzwischen eingesehen haben, daß seine Politik nicht die rechte Medizin ist, die das Land aus dem Dilemma herausführen kann. Aber noch wichtiger dürfte sein:

SCHWEDEN

Die enttäuschten Anhänger machen den Sozialdemokraten das Leben immer schwerer.

Olof Palme sucht nun sein Heil in der Zusammenarbeit mit den beiden Parteien der Mitte, dem der Landwirtschaft nahestehenden Zentrum mit dem früheren Ministerpräsidenten Thorbjörn Fälldin an der Spitze, und mit der liberalen Volkspartei, die weiterhin ihre Wunden nach dem Wahldebakel und dem Streit um den Parteivorstand leckt. Aber auch die neue „Politik der ausgestreckten Hand“ ist zumindest vorläufig fehlschlagen. Beide Parteien zeigten Palme die kalte Schulter. Nicht zu Unrecht stellen sie fest, daß die Sozialdemokraten ihre kooperative Seite nur dann zeigen, wenn sie Hilfe brauchen, im übrigen aber strikt ihrer Parteilinie folgen und sich nicht scheuen, sich im Notfall bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer auch auf die Kommunisten zu stützen. Die stellvertretende Vorsitzende der Volkspartei, Birgit Friggebo, stellte sogar die Person Palme als größtes Hindernis für eine Zusammenarbeit in den Vordergrund. Ihm sei nicht zu trauen.

Nach sechsjähriger Unterbrechung finden nunmehr wieder die wöchentlichen informellen Treffen der Parteiführer statt. Nun dürfen auch die Kommunisten teilnehmen – ausgenommen, es geht um außen- und sicherheitspolitische Themen. Palme will auch in einem anderen Kreis, mit dem Zentrum und mit den Liberalen, über alle aktuellen Fragen offen diskutieren, um eventuell eine gemeinsame Basis zu finden. Aber einer vertrauensvollen Zusammenarbeit stehen hauptsächlich zwei Dinge im Wege: Die beiden Parteien der Mitte sind schwer enttäuscht darüber, daß die Sozialdemokraten sich nach dem Regierungswechsel nicht an die Absprachen der beiden Regierungsparteien, Volkspartei und Zentrum, im Frühjahr 1981 unter Ausschaltung des dritten Regierungspartners, den Konservativen, geeinigt hatten, verließen das Kabinett, jetzt können die beiden früheren Partner nur konstatieren, daß sich Palme nicht an das Abkommen gehalten hat. Das zweite offenbar unüberwindbare Hindernis sind die Arbeitnehmerfonds, die die nicht-sozialistischen Parteien weiterhin strikt ablehnen, an denen die Sozialdemokraten aber unbeirrt festhalten.

Auf der Negativ-Liste stehen außerdem: Die Steuerreform hat ihren ursprünglichen Zweck verfehlt; die Exporterwartungen, die man an die 16-Prozent-Abwertung der Schwedenskrone knüpfte, wurden wahrscheinlich zu optimistisch angesetzt. Enttäuschung herrscht auch bei den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den staatlichen Krisenunternehmen – Werften und Gruben – weil die Erwartungen sich nicht realisieren lassen. Und schließlich sind die Tarifverhandlungen, deren schneller Abschluß wichtiger Bestandteil des gesamtwirtschaftlichen Genesungsprozesses sein sollte, zusammengebrochen. Für den 27. Februar wurden die ersten Streiks angekündigt.

Auch unter Sozialdemokraten mehren sich die Stimmen derer, die davon überzeugt sind, daß das Tabu des schwedischen Wohlfahrtsstaats, der öffentliche Sozialsektor, nicht länger ungeschoren bleiben kann. Spätestens im Haushaltsjahr 1984/85 muß auch hier der Rotstift angesetzt werden, so wie es die letzte bürgerliche Regierung bereits vorbereitet hatte.

Auch außenpolitisch kann Palme bisher keine größeren Erfolge verbuchen. Sein Vorschlag, in Mitteleuropa eine kernwaffenfreie Zone einzurichten, fand bisher nur im Moskauer Lager Zustimmung, was ihn kaum zufriedenstellen dürfte. Die Erneuerung der Einladung an Fidel Castro, Stockholm zu besuchen, erregte kein größeres Aufsehen, offenbar weil es äußerst fraglich ist, ob er überhaupt kommen will. Dagegen erregte die Einladung an Yassir Arafat einige Gemüter. Als im Mai 1981 eine Delegation der israelischen Arbeiterpartei unter Führung von Simon Peres von den schwedischen Sozialdemokraten und dem Gewerkschaftsbund eingeladen worden war, machte die Partei einen Rückzieher: Man könne die Sicherheit der Gäste nicht garantieren, hieß es. Daß man Arafat gegenüber keine Bedenken hat, ist befriedigend.

Zu den außenpolitischen Aktivitäten Palmes gehört auch ein offizieller Besuch in Brüssel, der die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft in eine neue Phase führen soll. Palme schwebt eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Kooperation vor, die politische Neutralität soll davon nicht berührt werden. Beobachter sehen darin nichts weiter als die Vorbereitung auf eine neue Exportoffensive Stockholms. Die Annäherung an die EG, von der manche Zeitung in der schwedischen Hauptstadt spricht, wird die außenpolitischen Unterschiede der beiden Regierungsparteien, Volkspartei und Zentrum, im Frühjahr 1981 unter Ausschaltung

Blockfreie suchen wieder Indiens Führung

Vorbereitungen auf das Gipfeltreffen im März / Wirtschaftsfragen, Afghanistan und Kambodscha als Hauptthemen

Von M. WEIDENHILLER

Mit Superlativen will Indien brillieren, wenn es Anfang März als Gastgeber zur siebten Gipfelkonferenz der Blockfreien bittet. Nie kamen mehr Staats- und Regierungschefs nach Neu-Delhi, mindestens 90 werden erwartet. Die Hauptstadt putzt sich heraus, organisatorische Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen werden getroffen. Der Wunsch nach perfektem Ablauf und äußerem Glanz beherrscht die Szene.

Länder unterschiedlichster politischer und sozialer Ordnung werden sich einfinden, um Streitigkeiten in den eigenen Reihen beizulegen und an der Lösung internationaler Probleme mitzuarbeiten. Es werden wieder Fragen gestellt werden wie: Lassen sich die Lücken zwischen Theorie und Praxis der Bündnislosigkeit mit der Anpassung an eine sich wandelnde Welt rechtfertigen? Welche Herausforderungen bringen die nächsten Jahre?

Disqualifikation bei Annäherung an Moskau

Bagdad schied wegen des Krieges mit Iran aus der Konferenz aus. Daß Indien sie ausschließt, zeugt vom Vertrauen der Mitglieder der Bewegung, auch der Hoffnung, mit Delhis Autorität eine neue Solidarität zu finden und Geschlossenheit zu demonstrieren. Ist es der Auftakt zu einer neuen Führungsrolle Indiens, das unter Nehru zu den Gründerstaaten zählte und für

die nächsten drei Jahre den Vorsitz übernehmen wird?

Nehrus charismatische Persönlichkeit und die moralische Stärke, die das Land aus dem Freiheitskampf bezog, haben Indien an die Spitze der Blockfreien getragen. Durch die Annäherung an Moskau, besiegelt durch einen Freundschaftsvertrag, disqualifizierte es sich. Die einst kraftvolle Stimme war schwach geworden. Seine Haltung zu Afghanistan, die Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes in Kambodscha schließlich führten zu Befremdung, ja Isolierung im Lager der Blockfreien.

Gleichwohl erfüllt Indien nicht nur aufgrund seiner Größe und Bevölkerungszahl die Prämissen einer „natürlichen“ Führung. Es ist unter den Entwicklungsländern eines der ärmsten, aber industriell weit fortgeschritten; es blieb dem demokratischen System im Grundgesetz verpflichtet; es enthält sich extremer Ansichten in der Nord-Süd-Frage. Freilich fand die Aussöhnung mit China noch nicht statt, ist das Verhältnis zu Pakistan belastet. Ein spürbarer Wandel trat hingegen in den Beziehungen zu den USA ein. Trotz starker Abhängigkeit von Moskau legt Indira Gandhi Wert auf Distanz.

Blockfreiheit, wiederholen die Ministerpräsidentin und ihre Minister immer wieder, sei nicht mit Neutralität zu verwechseln und bedeute keineswegs Passivität. Vielmehr drücke sie eine souveräne Außenpolitik aus. Die eigenen Interessen kommen dabei aber nicht zu kurz.

Die Wurzeln der Blockfreiheit reichen auf den indischen Freiheitskampf und das Prinzip des

gewaltlosen Kampfes zurück. Als Indien das britische Kolonialregime abgeschüttelt hatte, faßte Nehru den Entschluß, sich keinem der beiden Blöcke anzuschließen, ihnen aber freundschaftlich verbunden zu bleiben. Er warb für diese Idee und setzte auf asiatische Solidarität. 1961 fand schließlich in Belgrad die erste Zusammenkunft aller blockfreien Staaten statt. Aus der Versammlung von 25 sind mittlerweile 95 geworden, knapp zwei Drittel der Mitglieder der Vereinten Nationen.

Wirtschaftliche Interessen liefern auseinander

Die Détente der siebziger Jahre milderte die Ost-West-Spannung. Schon damals galten die Blockfreien als eine bedeutsame Kraft in den internationalen Beziehungen. Als aber neue Machtzentren entstanden und regionale Machtgruppen sich herausbildeten, regten sich Zweifel am Sinn und Wert der Blockfreiheit in einer multipolaren Welt.

Immer mehr regionale Konflikte entstanden, auch solche unter den Mitgliedsländern, wie der Krieg Iran – Irak oder der Konflikt Vietnam – Kambodscha. Auch liefen die wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsländer auseinander, und ihre politische Entwicklung trennte sie eher, als daß sie sie verband. Schließlich führte auch der zunehmende Druck der Großmächte zu tiefgreifenden Kontroversen. Kuba und Vietnam beispielsweise versuchten, die Blockfreien als „natürliche Verbündete“ der Sowjetunion einzuspannen.

Trotzdem stellen sich den Blockfreien, so Indiens Außenminister Rao, in den achtziger Jahren „neue Herausforderungen und Aufgaben“. Auf vier Bereiche konzentrierte die Bewegung bisher ihre Ziele: Überwindung des Kolonialismus und der Fremdherrschaft, Gleichberechtigung aller Staaten, Erhaltung des Friedens und die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Schon auf dem dritten Gipfel in Lusaka im Jahre 1970 hatte Frau Gandhi die Mitgliedsländer aufgefordert, die „unvollendete Revolution“ an der Wirtschaftsförderung fortzusetzen. Heute sind es noch immer Wirtschaftsprobleme, die einer befriedigenden Lösung harren. Die Bemühungen Indiens konzentrierten sich – und nicht erst jetzt – darauf, eine einheitliche Haltung hinsichtlich des Nord-Süd-Dialogs zu erarbeiten. Auf vielen internationalen Foren hat Frau Gandhi eine engere Kooperation mit den Industrieländern gefordert und eine „gerechte Verteilung der Ressourcen“ angemahnt. Gleichzeitig appellierte sie auch an die Entwicklungsländer, stärker miteinander zusammenzuarbeiten. Indien selbst geht dabei seit Jahren mit gutem Beispiel voran.

Neben Wirtschaftsfragen werden Afghanistan, Kambodscha und der Golfkrieg den Gipfel beherrschen und zu harten Diskussionen führen. Wie schon bei der Außenministerkonferenz 1982 wird Frau Gandhi Masterstroke der „Konferenz-Diplomatie“ vollbringen müssen. Um das Terrain vorzubereiten hat sie bereits Emissäre zu Konsultationen in die Mitgliedsländer entsandt.

Mexiko und Guatemala im Streit

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Unbekannte drangen in ein Lager guatemaltesischer Flüchtlinge bei La Trinitaria im mexikanischen Bundesstaat Chiapas ein und richteten ein Blutbad an. Vier Bewohner des Lagers wurden getötet, einer wurde entführt. Die mexikanische Regierung vermutet – wahrscheinlich, ohne es beweisen zu können – daß die Täter guatemalteische Soldaten waren. Zu einer Erklärung, deren scharfer Ton von Mexikos Präsident Miguel de la Madrid und seinem Verteidigungsminister General Juan Arellano gutgeheißen worden war, ließ der Mexikos Regierung habe „alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Unverletzbarkeit unserer Grenze, territoriale Integrität und unsere Souveränität zu gewährleisten“. Gleichzeitig forderte Mexiko seinen Nachbarn auf, den Überfall zu untersuchen und „ausreichende Garantien“ dafür zu geben, daß sich solche unglückseligen Zwischenfälle nicht wiederholen.

Guatemalas Botschafter in Mexiko, Ex-Präsident Julio Cesar Montenegro, bestreitet jede Schuld seiner Regierung. Er soll Mexiko aufgefodert haben, seine Vermutungen zu beweisen. Präsident Rios Montt schickte seinen Wirtschaftsminister Julio Mathew nach Mexiko, der ankündigte, daß Rios Montt eine Kommission in die Lager schicken werde und die etwa 30 000 Flüchtlinge überzeugen wolle, nach Guatemala zurückzukehren.

Solche Grenzzwischenfälle sind seit dem vergangenen Jahr mehrmals vorgekommen, und Mexiko protestiert nicht zum ersten Mal.

Mexiko hält gegenüber Guatemala eine Trumpfkarte in der Hand: seine Haltung in der Belize-Frage, über die England, Guatemala und Belize in New York verhandeln. Guatemala hat seine Ansprüche abermals erheblich – aber wahrscheinlich nicht genügend – zurückgeschraubt. Es ist jetzt bereit, die Unabhängigkeit Belizes anzuerkennen, wenn Belize seine von nur etwa 12 000 meist spanisch sprechenden Mayas bewohnte Südpfanzzone Toledo an Guatemala abtrifft. Guatemala erhielt damit in Punta Gorda einen Zugang zum Karibischen Meer. Aber das ist etwa ein Achtel des Territoriums Belizes, das nur wenig größer als Hessen ist. Belize lehnte, von Großbritannien unterstützt, ab, das einen Kompromiß vorschlug: Ein Landstreifen am Meer, zu dem Territorium sowohl Belize wie Guatemala gehört, solle in Zukunft von beiden Ländern gemeinsam benutzt werden. Das aber lehnt Guatemala als unannehmbar ab.

Belize, dessen Ministerpräsident George Price erklärte, er werde nicht einen Fuß seines Gebietes aufgeben, sieht heute die Möglichkeit eines Kompromisses darin, Guatemala gewisse Hafenrechte in Punta Gorda einzuräumen. Hier nun könnte Mexiko sich einschalten, das an Belizes Nordprovinzen Corozal und Orange Walk grenzt. Mexiko hatte lange Jahre hindurch Gebietsforderungen gegenüber Belize erhoben, die es erst vor wenigen Jahren als eine Geste des guten Willens gegenüber Guatemala aufgab. Es könnte aber seine Ansprüche gegenüber Belize wieder vorbringen. Es würde damit die Hoffnung Rios Montts zerstören, während seiner Regierungszeit zu einem annehmbaren Abkommen mit Belize zu gelangen. (SAD)

Im Geiste der Partei

DOSAAB – Militärpatriotische Erziehung in der UdSSR

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Die Aktivierungskampagne, mit der die sowjetische Parteiführung unter Jurij Andropow seit Monaten die gesellschaftlichen Organisationen des Landes zu höheren Leistungen antreibt, hat nun auch den Verband für vormilitärische Erziehung erfaßt.

Dieser Organisation mit der unhandlichen Bezeichnung „Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung von Armee, Luftfahrt und Flotte“ (DOSAAF) gehören in der Sowjetunion 103 (103) Millionen Menschen an, die Meist als passive Mitglieder. Obwohl die „Verteidigungsgesellschaft“, wie sie gewöhnlich kurz umschrieben wird, vorzugsweise die Jugend militärisch ausbilden soll, ist sie der Bevölkerung hauptsächlich als eine der wichtigsten Sportorganisationen vertraut. Zu technischen Sportarten wie Segel- und Drachenfiegen, Fallschirmspringen, Motorboot- und Motorsport kann in großen Teilen des Landes nur DOSAAF den Zugang verschaffen. Außerdem ist die Organisation die größte Fahrschule der Sowjetunion: Wer einen Führerschein erwerben will, erhält dort seine Ausbildung.

Das Zentralkomitee der KPdSU hat in einer „Grüßbotschaft“ an die in Moskau stattfindende Gesamtstaatliche Tagung der Gesellschaft deutlich gemacht, daß DOSAAF seine militärischen und ideologischen Aufgaben wieder in den Vordergrund rücken soll. Es sei die Pflicht des Verbandes, militärische Kenntnisse unter der Bevölkerung zu verbreiten und die „militärpa-

triotische Erziehung“ zu betreiben. Denn angesichts der aggressiven Machenschaften des Imperialismus, ließ die Parteiführung wissen, müsse die Erziehung des Volkes „im Geiste hoher Wachsamkeit“ verstärkt werden.

Flottenadmiral Jegorow, der Vorsitzende von DOSAAF, gelobte, der Verband werde seine Aufgaben „im Lichte der Forderungen der KPdSU“ erfüllen. Die militärpolitische Bedeutung von DOSAAF wurde durch die Teilnahme des ersten stellvertretenden Verteidigungsministers Marschall Sokolow und des Chefs der politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, General Jepschew, an der Tagung unterstrichen. Aus den Reden ging hervor, daß neben der organisatorischen und erzieherischen Arbeit das Zusammenwirken mit dem Militär, mit Gewerkschaften und staatlichem Jugendverband weiter verstärkt werden soll. Die Gesellschaft DOSAAF wurde in diesem Sinn von der Partei auch beauftragt, die technische Berufsvorbereitung junger Menschen zu verbessern und den Wehrsport auszubauen.

Admiral Jegorow trug auch die Begründung vor, die von der Partei bereits vorgegeben worden war: Die Imperialisten, vor allem die USA, verschärfen die internationale Lage und mischten sich in die inneren Angelegenheiten anderer Völker ein. Folglich müsse die Sowjetunion alles unternehmen, um Arbeit und Leben ihrer Bevölkerung zu verteidigen, und entsprechend müßten auch die 103 Millionen Mitglieder von DOSAAF aktiviert werden.

Teilerfolg in Peking

Nakasones Emissär wieder in Tokio / Distanz zu Moskau

FRED de la TROBE/DW, Tokio

Zur beiderseitigen Zufriedenheit ist der Besuch des Generalsekretärs der Liberaldemokratischen Partei Japans, Susumu Nikaido, in Peking verlaufen. Nikaido hatte sich als Sonderbotschafter von Premier Nakasone vier Tage lang in der Volksrepublik aufgehalten; KP-Chef Hu Yaobang versicherte, der Besuch Nikaidos sei es wert, „in die Annalen der Entwicklung der chinesisch-japanischen Beziehungen“ einzugehen. Von chinesischer Seite kam die Sorge über eine mögliche Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen in Sibirien zum Ausdruck. Nikaido hob hervor, daß die Stärkung des japanischen Militärpotentials nicht gegen dritte Länder gerichtet sei, sondern ausschließlich der Verteidigung Japans diene.

Der einzig strittige Punkt war offensichtlich Südkorea. Die chinesischen Gesprächspartner vertraten die Ansicht, daß weder der Besuch Nakasones in Seoul noch die amerikanisch-südkoreanischen Manöver und auch nicht die japanische Milliardenhilfe für Südkorea zur Erhaltung von Frieden und Stabilität beitragen würden.

Nakasone ist es in den ersten Monaten seiner Regierung gelungen, die Spannungen zwischen Japan und seinen westlichen Partnern abzubauen. Auch die seit Jahren gestörten Beziehungen zu Südkorea brachte er ins Lot. Nikaido konnte aber bei seinem Peking-Besuch chinesischen Unbehagen über die gefestigten Bande zw-

ischen Tokio und Seoul nicht ausräumen.

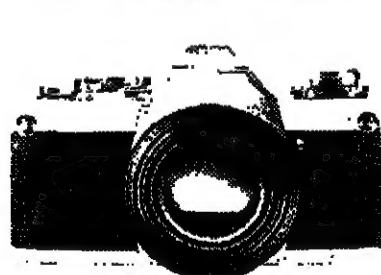
Das Klima zum anderen großen kommunistischen Nachbarn, der Sowjetunion, ist weiterhin eisig. Fischereiminister Wladimir Kamenszew hält sich gegenwärtig als erstes sowjetisches Regierungsmitglied seit der Invasion Afghanistans vor drei Jahren zu Verhandlungen über einen neuen Fischereivertrag in Tokio auf.

Eine 230 Mann starke Delegation der japanischen Industrie- und Handelskammer wird morgen unter der Führung ihres Präsidenten Shigeo Nagano auf sowjetische Einladung nach Moskau reisen, um den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten neuen Auftrieb zu geben. Ministerpräsident Nakasone gab Nagano den Auftrag, er möge den Wunsch des japanischen Volkes nach rascher Rückgabe der von den Sowjets nach 1945 besetzten vier Inseln nördlich von Hokkaido übermitteln.

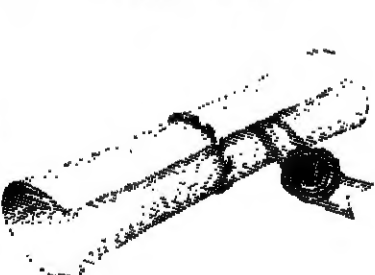
Ein hoher Beamter im japanischen Außenministerium warnte darüber hinaus die Delegation vor „übermäßigen“ Geschäftsabschlüssen mit den Sowjets. Der japanische Staat werde dafür wahrscheinlich keine Kredite bereitstellen. Moskau könnte versuchen, fortgeschrittene westliche Techniken für militärische Zwecke zu mißbrauchen.

Unabhängige Beobachter in Tokio sind allerdings der Ansicht, daß diese Warnungen auch mit Blickrichtung Washington erfolglos seien, um amerikanischen Mißbehagen über die japanisch-sowjetischen Wirtschaftskontakte nicht aufkommen zu lassen. (SAD)

TRANSPORTPROBLEME WERDEN AB SOFORT VOM IC-KURIERDIENST GELÖST. STÜNDLICH!



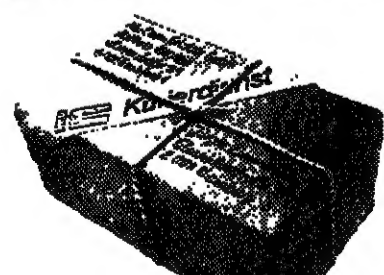
Bonn-Augsburg
ab 6.17 Uhr im IC-Stundentakt



Würzburg-Koblenz
ab 7.02 Uhr im IC-Stundentakt



Frankfurt-Hamburg
ab 7.23 Uhr im IC-Stundentakt



Düsseldorf-Stuttgart
ab 6.30 Uhr im IC-Stundentakt



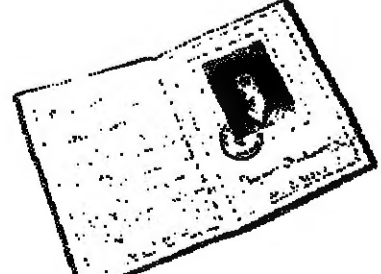
Hannover-Bonn
ab 6.53 Uhr im IC-Stundentakt



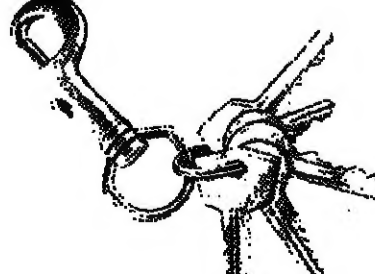
München-Dortmund
ab 5.43 Uhr im IC-Stundentakt



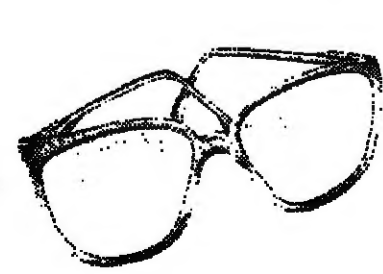
Essen-Helldorf
ab 6.02 Uhr im IC-Stundentakt



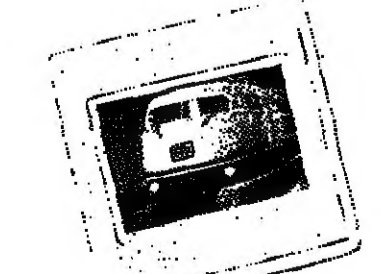
Bremen-Duisburg
ab 6.40 Uhr im IC-Stundentakt



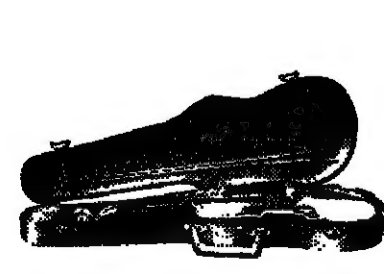
Köln-Koblenz
ab 5.57 Uhr im IC-Stundentakt



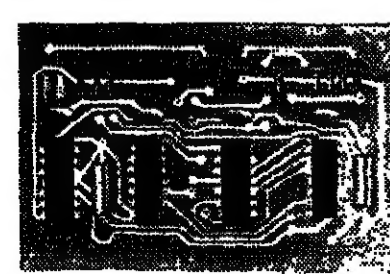
Karlsruhe-Wuppertal-Elberfeld
ab 6.56 Uhr im IC-Stundentakt



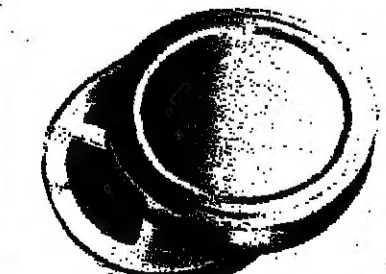
Ulm-Münster
ab 6.59 Uhr im IC-Stundentakt



Freiburg-Bochum
ab 5.31 Uhr im IC-Stundentakt



Wiesbaden-Nürnberg
ab 9.00 Uhr im IC-Stundentakt



Osnabrück-Mannheim
ab 7.38 Uhr im IC-Stundentakt

Das sind die Kleinigkeiten, die Ihnen an sich Probleme machen können. Immer dann nämlich, wenn Sie so ein gutes Stück auf dem schnellsten Weg von A nach B schaffen müssen. Aber wie gesagt, dies können Sie jetzt problemlos über die Bühne bringen. Jede Stunde. Mit dem IC-Kurierdienst der Bahn. Der nimmt Ihre wichtigen Sendungen mit. Und liefert sie fahrplanmäßig am Zielort ab. IC-Kuriergut ist am Gepäckschalter abzugeben. In ganz eiligen Fällen können Sie Ihr Päckchen sogar bis eine Minute vor Abfahrt

direkt an den Zug bringen. Immer mit der ausgefüllten Kuriergutkarte. Und der Empfänger bekommt es schon 15 Minuten nach Ankunft. Er kann es aber auch direkt am Zug abholen. IC-Kuriergut: Sendungen bis 10 kg. Umfang inkl. Länge bis 2 m, wobei die Länge maximal 1 m betragen darf. Für 100,- DM pro Stück. Zwischen 34 IC-Bahnhöfen.

DB Die Bahn

هكذا على التوالي

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Polemik und Realität

Es fällt doch sehr auf, wie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Gerhard Jahn, seine Stellung als Präsident des Deutschen Mieterbundes drastisch zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht. Ebenso kann ich den Kandidaten der SPD, Hans-Jochen Vogel, überhaupt nicht verstehen, wenn er behauptet, das Mietrecht sei durch die neue Bundesregierung verschlechtert worden.

Nach meinem Verständnis ist genau das Gegenteil der Fall. Während es früher für den Vermieter möglich war, eine niedrigere Miete sprunghaft, z. B. sofort um 100 Prozent in einem Jahr, auf die ortsübliche Miete zu erhöhen, kann die Miete nach dem neuen Mietrecht nur noch um 30 Prozent – und zwar für einen Zeitraum von drei Jahren – steigen. Sie darf in keinem Fall höher sein als die ortsübliche Miete. Der Kündigungsschutz bleibt bestehen. Das gilt auch für Staffelmietverträge, die frei vereinbart werden können und nicht gegen den Willen des Mieters möglich sind.

Zeitmietverträge schaffen die Möglichkeit, leerstehenden Wohnraum für eine begrenzte Zeit evtl. an Studenten zu vermieten, so daß das leidige Ärgernis über Hausbesetzungen bald der Vergangenheit angehören dürfte. Das neue Mietrecht wird außerdem zusammen mit den Förderungsmaßnahmen für die Bauwirtschaft das Wohnungsangebot erhöhen und Arbeitsplätze für die Bauwirtschaft schaffen bzw. erhalten.

Unter H.-J. Vogel würden solche Vorteile wieder entfallen, weil er im Falle eines Wahlsieges für die SPD das neue Mietrecht wieder rückgängig machen will. Schon als Bundesbauminister war er gescheitert, weil sich in jener Zeit das Wohnungsangebot zum ersten Mal drastisch verringerte. Auch als Regierender Bürgermeister von Berlin war er gescheitert, weil er mit den Hausbesetzern nicht fertig wurde. Will er jetzt auch noch die Arbeitslosigkeit von zusätzlich ca. 200 000 Bauarbeitern in Kauf nehmen?

Karl-Heinz Ohnesorge, Bremen 66

dem gebe, was er vom Staat, d. h. von den Steuerzahlern zugewendet bekommt. Infolge der über Jahrzehnten, (nicht erst seit 1968!) hochgezückelten Wohlstandsmoralität wird dieser fundamentale Unterschied zwischen mehr abgeben müssen und weniger empfangen dürfen, verwischt und damit der Leistungswille der Schaffenden weiter abgebaut.

Gerhard Heydt, Eschweiler

Bahr schweigt

„Bahr, der Zauberkocher“, WELT vom 17. Februar

Es gab auch einen Bahr, der den mit Pauken und Trompeten in Szene gesetzten Abzug der „DDR“ als Abrüstungsvorleistung der UdSSR feierte. (Diese Einheit tauchte dann in der Tschechoslowakei wieder auf.)

Inzwischen hat die UdSSR wieder einmal ein Versprechen nicht gehalten. Sie verspricht feierlich, allein für die Aufnahme von Abrüstungsgesprächen in Genf ihr damaliges SS-20-Raketen-Potential von ca. 260 Abschussrampen nicht weiter zu erhöhen, die weitere Produktion also einzustellen. Inzwischen wird schon Monate lang in Genf verhandelt. Die SS-20-Abschussrampen wurden in dieser Zeit auf nachweislich 340 erhöht. Ich habe Bahr nicht protestieren hören oder von der UdSSR die Einhaltung ihres Versprechens verlangen hören.

Horst O. Schumann, Hamburg 22

Aus hohem Mund

Sehr geehrte Damen und Herren, die markanten und von hohem Geist getragenen Aussprüche des Herrn Außenministers Genscher (siehe die WELT vom 8. 2. 1983) sollten nie in Vergessenheit geraten; deshalb wiederhole ich: 1. Genscher zu Shamir (Amtskollege aus Israel): „Ihr Frieden ist unser Frieden.“ 2. Genscher-Zitat des Tages (zur Anspruchsmentalität): „Am Ende würde der stufenlose Übergang vom BAföG zur Rente stehen.“

In diesem, unserem Vaterland bin ich ein kleiner Bürger, auch ein bescheidener und recht zufriedener Rentner, zähle also zu dem Kreis von Millionen, die zu so bedeutenden Persönlichkeiten in Bonn emporschauen.

Und mir sind diese beiden Aussprüche besonders aufgefallen. Ich empfehle, wiederholt diese Sätze aus hohem Bonner Mund zu lesen. Kaum vorstellbar, daß Genschers Partei nicht die von ihm erhofften und durch sein Handeln erwünschten Wahlstimmen erhalten könnte!

Mit freundlichen Grüßen
Curt Schimshäuser, Speyer / Rhein

Entgleisung

„Leserbrief: Im Auge des Beschauers“, WELT vom 3. Februar

Welchen „Gott“ meinte der Herr Pfarrer von St. Martin in Ebingen eigentlich, der dem „braven Mann“ Schubert „helfen und seine Sache zum Sieg führen“ möge? Dieser „Gott“ wird gebeten, ein Urteil des Bundesgerichtshofes zu beeinflussen. Merkwürdig diese Entgleisung, welche von einem kirchlichen Amtsträger da verkauft wird!

Mit freundlichen Grüßen
Wulfried Neubauer, Spangenberg

Wort des Tages

„Einen festen Charakter erwerben heißt, viele und gründliche Erfahrungen über die Unzulänglichkeiten und Verhältnisse des Lebens gewinnen.“
Stendhal, franz. Autor (1783–1842)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Formen des Zusammenlebens

„Lieber manchmal Kleinstadt als ganz allein im Dschungel“, WELT vom 5. Februar

Der Bericht von Dröschner über den Kampf des Gorilla-Männchens für seine Horde ist außerordentlich interessant. Die Erklärung für dieses Verhalten kann jedoch nicht ganz befriedigen. Dröschner spricht von einer „bahnbrechenden“ Arbeit von Professor I. Eibl-Eibesfeldt, gibt aber die Quelle leider nicht näher an. Jedenfalls beruht die wiederergebene Erklärung für das Verhalten des Gorillas auf der bekannten Version der Evolution und Selektionstheorie, nach der es einen „genetischen“ Egoismus gäbe, gegenüber dem alles altruistische Verhalten als schwer erklärbares Rätsel erscheinen muß. Die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser These muß aber immer mehr bezweifelt werden.

Hier bringt nun das Buch von Günther Stier: Bausteine für den dritten Weg, Grundlagen einer irdischen Gesellschaftsordnung (Olms, Hildesheim 1982), eine wirklich bahnbrechende, ergänzende These, die kurz so zusammengefaßt werden könnte: Jede lebende Einheit verhält sich nach außen egoistisch-ausbeutend, nach innen fürsorgend. So verhält sich ein Muttertier selbstverständlich phylogenetisch fürsorgend gegenüber

dem Embryo in ihrer Leiblichen Einheit. Durch die Trennung bei der Geburt endet diese Einheit aber nicht völlig, sondern wirkt fort in Form des physiologischen Nährens und tätigen Fütterns. Zwischen Mutter und Kind bleibt eine „überindividuelle“ Einheit. Und eine solche besteht auch, in sich stufenweise abschwächender Form, zwischen allen Angehörigen einer Rasse und Art.

So weit, wie die Einheit noch wirksam ist, treten fürsorgliche Verhaltensformen auf, wozu auch der Kampf zum Schutz der Einheit gehört. Die sehr stark abgeschwächte „latente“ Einheit bildet dann die Grundlage für das grundsätzlich friedliche Verhalten innerhalb einer Art, das nur durch Konkurrenz gestört wird. Ausbeutung innerhalb der Art, besonders der Kannibalismus, ist nach Stier ein „Einbruch außersozial notwendigen Verhaltens“, nämlich des Fressens, in den innerartlichen Friedensbereich.

Auf dieser Grundlage bringt Dr. Stier eine völlig neuartige Beurteilung nicht nur des tierischen Verhaltens, sondern auch der menschlichen Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte.

Prof. Kurt Flebig, Hamburg 70

Fataler Sachverhalt

„Die Polen und das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung“, WELT vom 5. Februar

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode, Bundesminister Dr. Zimmermann hat mit seinen zutreffenden Ausführungen eine erfreuliche Diskussion ausgelöst. Ebenso ist ihrer richtigen Bewertung der Verträge von Moskau und Warschau eine breite Resonanz zu wünschen. Die polnische Seite muß sich auch verhalten lassen, daß sie mit Art. IV des Warschauer Vertrages frühere Vereinbarungen anerkannt hat, also auch Art. 7 des Deutschlandvertrages, der die Grenzregelung bis zu einer frei vereinbarten Friedensvertraglichen Regelung aufschiebt.

Dabei ist zu beachten, daß sogar die vier Alliierten am 5. Juni 1945 (Berliner Erklärung) eine Annexion deutschen Gebietes ausdrücklich verneinten und die Grenzen Deutschlands später festlegen wollten, wozu es nie gekommen ist. Es verbleibt der fatale Sachverhalt, daß die sozial-liberale Regierung 1970 vorgab, nur „im Namen der Bundesrepublik Deutschland“ zu handeln, obwohl ihr das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 mit dem Grundvertragsurteil erneut und bindend die Identität der Bundesrepublik

mit dem fortbestehenden Deutschen Reich auferlegte. Es bleibt zu prüfen, inwieweit dieser innerstaatliche Verfassungsverstoß der Regierung auch völkerrechtlich relevant ist (Wiener Vertragsrechtskonvention). Allen Überlegungen vorrangig, auch beim Prager Vertrag, ist der zwingende Völkerrechtssatz der Selbstbestimmung, wie er in Art. I der Menschenrechtspakte von 1966 verankert ist. Hier arbeitet die Zeit sogar für uns. Dies bedeutet, daß nur die legitime – deutsche – Bevölkerung der Vertreibungsgebiete entscheiden kann.

Roland Schnürch, Düsseldorf 13

Der Unterschied

„FDP besteht auf Rückzahlung der Anleihe“, WELT vom 7. Februar

Man kann natürlich über die Zwangsanleihe selber und auch über die Frage der Rückzahlbarkeit so oder so diskutieren. Bedenklich ist es jedoch, wie leichtfertig – oder gar mutwillig! – über den doch wesentlichen Unterschied hinweggegangen wird, der darin liegt, daß es doch grundsätzlich etwas anderes ist, ob ich jemanden noch mehr von dem nehme, von dem was er als Steuerzahler selber erarbeitet hat oder ob ich jemandem etwas weniger von

Personalien

tages und seinem Pendant in der französischen Nationalversammlung geben. Ausschußvorsitzender in Frankreich ist Maurice Faure, der schon bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge mitarbeitete. Nach den Wahlen am 6. März sollen sich die Ausschüsse zu einer ersten gemeinsamen Sitzung mit einer substantiellen Tagesordnung treffen. Die Rechtsausschüsse beider Parlamente arbeiten schon seit Jahren zusammen. Auch diese Zusammenarbeit geht auf Carl Otto Lenz zurück, der früher den Rechtsausschuß des Bundestages leitete.

EHRUNGEN

Hubertus Prinz zu Löwenstein, Präsident des Freien Deutschen Autorenverbandes und seinerzeit als Verfolger des nationalsozialistischen Regimes 12 Jahre im politischen Exil, wurde von Papst Johannes Paul II. in einer Audienz empfangen. Der Papst dankte Prinz zu Löwenstein für seine Initiative, die er seinerzeit ergriffen hatte, um nach 900 Jahren die griechisch-orthodoxe und die römisch-katholische Kirche wieder zusammenzuführen. 1967 hatten sich Athenagoras I., der Patriarch von Konstantinopel, und Papst Paul VI. zu einem gemeinsamen Gottesdienst in St. Peter in Rom zusammengefunden. Bei seinem jetzigen Rom-Besuch traf Prinz zu Löwenstein auch mit Pater Pierre

Duprey zusammen, Leiter des Sekretariats für die christliche Glaubenseinheit. Dr. Walter Gehlhoff, deutscher Botschafter beim Vatikan, lud zu Ehren seines deutschen Gastes zu einem Essen ein, an dem auch der frühere Vatikan-Botschafter Dr. Alexander Böker teilnahm. Exilgefährte von Prinz zu Löwenstein während der NS-Zeit in den USA, der Freie Deutsche Autorenverband wird am 23. Februar zehn Jahre alt. Seine Ursprünge reichen weiter zurück, bis in die Weimarer Zeit. Deter der Autorenverband setzt die Tradition des „Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller“ der zwanziger Jahre fort. Der Autorenverband sieht sich außerdem in der Tradition der Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil, zu der Thomas Mann und Siegmund Freud gehörten. Auch nach dem Krieg fanden prominente Schriftsteller im Exil zum Freien Deutschen Autorenverband. Zu ihnen zählen Alexander Solschenizyn, Wladimir Maximow und Wladimir Bukowski.

Professor Dr. Peter Karlson, Leiter der medizinischen Abteilung für Experimentelle Medizin an der Universität Marburg, wurde von der Fakultät für Theoretische Medizin der Universität Ulm mit dem Ehrendoktor der Humanbiologie ausgezeichnet.

SIEMENS

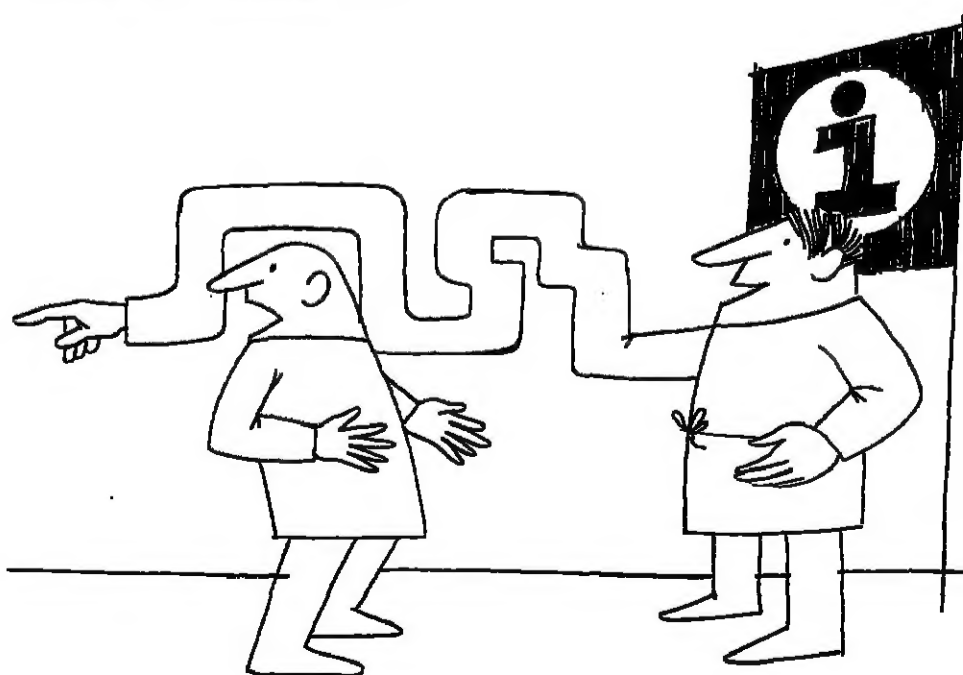
Auch die Messe nutzt Siemens-Computer. Für Besucherinformationen bis ins Detail.

Details über Aussteller und ihre Produkte, über Fachtagungen und ihre Termine, über Servicestellen, Gaststätten, Verkehrsverbindungen ... je größer eine Messe, umso mehr muß ein DV-Informationssystem leisten.

Auf der Hannover Messe, der größten Industrieausstellung der Welt, gibt ein Siemens-Computer diese Auskünfte durch EBI, das Besucher-Informationssystem. In deutsch, englisch und französisch erscheinen alle gewünschten Informationen auf dem Bildschirm und können in Sekundenschnelle ausgedruckt werden – zur schnelleren und genaueren Orientierung der Messebesucher.

Wie auf Messen und Ausstellungen arbeiten Siemens-Computer als Datenbank- und Informationssysteme – SESAM®, UDS, GOLEM®/PASSAT®, PRISMA® – in vielen Bereichen: in Musik- und Filmarchiven, im Justiz- und Patentwesen, bei Hafenbehörden, Polizei, Presseamt ...

Mehr Informationen über SESAM, UDS, GOLEM/PASSAT, PRISMA: Siemens AG, Infoservice 131/9 Postfach 156, 8510 Fürth



Siemens-Computer sind überall zu Hause

Südwest-DGB: Zentralstelle für Aufsichtsräte

Fortsetzung von Seite 1

mit noch größerem Überhang in die Durchschnittsrechnung von 3,5 Prozent ein.

Kirchner: „Wenn allerdings die IG Metall die Position 3,5 Prozent mit diesem Verständnis vertritt – nämlich daß es sich hierbei um eine Orientierung handelt, bei der die Tarifabschlüsse wesentlich niedriger liegen muß – dann wäre diese Verhaltensweise in der Tat ein wichtiger und hilfreicher Schritt in die richtige Richtung.“

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes unterstreicht, daß die Forderung nach drei Leermatrimonial, sondern eine zwingende Notwendigkeit ist. Es gehe darum, in den entscheidenden Monaten des Frühjahrs den Firmen eine Verschnaufpause einzuräumen. Schließlich seien diese dann eher in der Lage, Arbeitnehmer in Kurzarbeit weiter „durchzuziehen“ und in einer prekär gewordenen Lage keine weiteren Entlassungen vorzunehmen; sie seien ja bereit, „alle Ausbildungsplatzreserven zu mobilisieren“. Hinzu komme, daß aus den geburtenstarken Jahrgängen jetzt eine große Zahl ausgebildeter Facharbeiter zur Übernahme anstehe. Die Verschärfung der Erhöhung um einige Monate sei also durchaus auch als Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung zu sehen.

Energisch wies Kirchner die Vorwürfe des für Tarifpolitik zuständigen Vorstandsmitglieds der IG Metall Hans Janßen zurück, daß die Arbeitgeber mit ihrer angeblichen Verzögerungspolitik einen Beitrag zur Stärkung der ihnen nahestehenden politischen Kräfte leisten wollten. Diese Äußerungen Janßens seien „völlig abwegig und deplaciert“. Er wolle keine Retourkutsche starten, verweise aber auf einen Artikel des Gewerkschaftsfunktionärs, in dem „sehr stark versucht wird, die Lohnrunde und auch die Mobilisierungskampagne nach Auslaufen der Friedenspflicht in den Dienst der gewerkschaftlichen Sympathie für die SPD zu stellen.“ (WELT v. 15. 2. 83).

Zwar seien die Arbeitgeber zu einem Abschluß vor dem 6. März bereit, da für sie die Tarifpolitik ohne Rücksicht auf Wahltermine gestaltet werde. Was ganz sicher anstehe, sei eine Serie von Warnstreiks der IG Metall unmittelbar nach dem Auslaufen der Friedenspflicht am 28. Februar. Dafür gebe es bei der Gewerkschaft schon „konkrete Aufmarschpläne“.

Frankreichs Bürgerliche holen in Übersee auf

Mehrheit der Mandate in Réunion und Guadeloupe

A. GRAF KAGENECK, Paris
Zwei Wochen vor den französischen Gemeindevahlen hat ein Test den Wahlstrategen beider Lager eine annähernd gleiche Kräfteverteilung zwischen der Rechten und der Linken vor Augen geführt.

Bei den ersten direkten Wahlen zu einem Lokalparlament (Regionalrat) in den vier überseeischen Departements Réunion (Indischer Ozean), Guayana (Südamerika), Martinique und Guadeloupe (Antillen) konnten die Regierungsparteien und die Opposition jeweils in zwei Departements eine knappe Mehrheit der Sitze für sich entscheiden. In Guayana und Martinique siegte die Pariser Regierungskoalition, in Réunion und Guadeloupe fiel die Mehrheit der Sitze an die oppositionellen Gaullisten und Giscardisten.

Unsicher ist noch, welches Lager den Vorsitz in den jeweiligen Lokalparlamenten erhalten wird, da kleinere Splitterparteien hier den Ausschlag nach links oder rechts geben könnten. Insgesamt erhielt die Linke 80 Sitze, die Rechte 72,

das Zentrum fünf Sitze.

Diese ersten direkten und nach dem Verhältniswahlrecht organisierten Wahlen in den überseeischen Departements waren auf Betreiben der Pariser Linksregierung zustande gekommen, die das Wahlrecht der überseeischen Bevölkerung gegenüber dem der Wähler im „Mutterland“ nicht einschränken wollte. In Frankreich waren 1982 unter den von den Sozialisten erlassenen Dezentralisierungsgesetzen zum ersten Mal Lokalparlamente mit erhöhten örtlichen Vollmachten direkt gewählt worden.

Die Opposition, vor allem die Gaullisten, hatten vor gleichartigen Wahlen in den Überseedepartements gewarnt, weil sie Unabhängigkeitsbestrebungen der Lokalbevölkerung wecken oder verstärken könnten. Diese Furcht erwies sich auch nach dem Urteil von Rechtspolitikern als unbegründet. Dagegen kann die Linke darauf hinweisen, daß sie in den traditionell rechtswählenden Überseedepartements ein überraschend gutes Ergebnis erzielt hat.

Moskau läßt Kontroll-Frage offen

Neue Vorschläge für MBFR-Verhandlungen überprüft: Zentrale Punkte ungeklärt

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die neuen Vorschläge, die von der Sowjetunion in der vergangenen Woche bei den Wiener Truppenabbau-Verhandlungen MBFR gemacht wurden, führen nach einer ersten Bonner Analyse an der Sache kaum weiter. Grund: Noch immer sei die grundsätzliche Frage der Überprüfung offengeblieben.

Die in ihrer Wirkung auf die westliche Öffentlichkeit genau kalkulierte Offerte sieht für dieses Jahr einen ersten Truppenreduzierungsschritt vor: 13 000 amerikanische und 20 000 sowjetische Soldaten sollen aus Mitteleuropa abgezogen werden. In einem zweiten Schritt ist die Verringerung der Truppen der übrigen Paktestaaten im sogenannten „Reduzierungsraum“ bis zu einer Höchstgrenze von jeweils 900 000 Mann auf beiden Seiten vorgesehen. Innerhalb dieser Obergrenze von 900 000 Mann soll nach dem Moskauer Vorschlag die Zahl der Landstreitkräfte auf jeweils 700 000 Mann beschränkt werden.

Obwohl die Prüfung des sowjetischen Vorschlags bei der NATO noch nicht beendet ist, haben die

westlichen Analysen schon eine ganze Reihe verschiedener Schwächen ergeben. Danach dürfte schon jetzt feststehen, daß auf der Grundlage der Moskauer Offerte kein Abkommen zum Abbau der konventionell gerüsteten Land- und Luftstreitkräfte im sogenannten „Reduzierungsraum“ zustande kommen dürfte. Diesem Raum gehören auf westlicher Seite die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, Belgien und Luxemburg an, auf östlicher Seite die „DDR“, Polen und die Tschechoslowakei.

Von westlicher Seite wird vor allem bemängelt, daß die Frage der Überprüfung eines solchen Truppenabbaus nicht ausreichend geklärt ist. Nach den sowjetischen Vorschlägen sollen die Reduzierungsschritte erst einmal unternommen werden. Jede Seite soll anschließend für sich kontrollieren, ob die Verminderung den Vereinbarungen entspricht.

Diesem Vorschlag wird der Westen unter keinen Umständen zustimmen. Denn er hat die Überprüfung der Truppenstärken vor, während und nach einer Reduzierung

zu einer der zentralen MBFR-Fragen überhaupt gemacht. Sie steht unter dem Stichwort „Daten-Diskussion“. Der Westen hatte – zuletzt im vergangenen Sommer – vorgeschlagen, zur Überprüfung der einzelnen Schritte bei einer Truppenverminderung unter anderem ständige Beobachter an „Durchlaufpunkten“ vorzusehen.

Im übrigen will der Westen, bevor es überhaupt zu Reduzierungsabkommen kommt, erst einmal eine Einigung mit dem Osten darüber erzielen, welche Stärke die einzelnen Truppen in der „Reduzierungszone“ haben. Denn bisher besteht in den Berechnungen über die Truppenstärke des Warschauer Paktes zwischen West und Ost eine Differenz von 160 000 Mann.

Diese Frage spielt auch seit Jahren in der innenpolitischen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Rolle. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Herbert Wehner, hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) wegen dessen Beharrlichkeit in der Daten-Frage einst die „Fliegenbeinzählerei“ bezichtigt.

Shultz schließt Stufenlösung in Genf nicht aus

AFP/dpa/AP, Washington
Der amerikanische Außenminister George Shultz schließt eine stufenweise Einigung mit der Sowjetunion über die Stationierung stromar Mittelstreckenraketen in Europa nicht mehr aus.

Einen Vorschlag über eine Einigung in mehreren Stappen hatte der ehemalige französische Staatspräsident Giscard d'Estaing in der Pariser Tageszeitung „Le Monde“ gemacht. Shultz erklärte in einem Interview der US-Fernsehgeseilschaft ABC, nach einem möglichen Scheitern der Genfer Verhandlungen könnten die Sowjets auch nach Beginn der Stationierung der Pershing-2-Raketen in den NATO-Ländern noch über den Abbau ihres eigenen Mittelstreckenpotentials entscheiden, ehe sämtliche NATO-Raketen stationiert seien.

Die USA hätten bei den Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa „sehr gute Vorschläge auf den Verhandlungstisch gelegt“, aber aus Moskau keine positive Reaktion erhalten, sagte Shultz. Trotz des Ausbleibens solcher Reaktionen werde mit den Sowjets weiterverhandelt.

Gesagt

„Wer Deutschland zutraut, daß es wankelmütig zwischen Ost und West sein könne oder beide gegeneinander ausspielen wolle, der weiß nicht, was wir wissen: Der Stalinismus kennt keine Verbündeten, sondern nur Opfer.“

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt in einem Rundfunkinterview 1982.

„Unser Frieden wird auch nicht besser dadurch, daß wir unsere Interessen denen unserer Verbündeten und Freunde unterwerfen. Sondern wir müssen unsere eigenen Interessen klar und deutlich und ohne Überheblichkeit auf der anderen Seite gleichermaßen im Westen wie im Osten vertreten.“

Helmut Schmidt am 12. Februar 1983 auf einer SPD-Wahlveranstaltung in Regensburg.

Reagans Wahlgegner haben kein glaubwürdiges Thema

TH. KIELINGER, Washington

In den USA ist es wieder einmal soweit: Die Klir der Präsidentschaftskandidaten der Opposition kann beginnen. Alle vier Jahre kündigt sich das altbekannte Schauspiel an, zu einem festen Zeitpunkt, dem Beginn des dritten Amtsjahrs des regierenden Präsidenten. Warum so früh?

Es muß wohl so früh sein: Denn die Kandidaten leiden alle in verschiedenen Graden unter einem Mangel, der in der kontinentalen Ausdehnung des Landes und seiner interessenspolitischen und ethnischen Zerküftung begründet ist. Man kennt sie noch nicht oder nicht mehr.

Dieses Phänomen mag Europäer zunächst überraschen. Walter Mondale, Präsident Carters ehemaliger Vize, ein unbekannter Mann? Nun, unbekannt mag er nicht sein, aber die „name recognition“ reicht bei der tagespolitischen Vergesslichkeit der Amerikaner nicht unbedingt über Jahre nach einer Amtszeit hinaus. Schnell verschwindet der Name, der heute noch die Schlagzeilen beherrscht, hat sein Träger erst einmal die

Bühne Washingtons verlassen. Das gilt selbst für ehemalige Präsidenten wie Carter – das große Vergessen bestraft nachträglich den glücklosen Mann.

Wer weiß in Alabama, wer im Nachbarstaat Florida vor Jahren Gouverneur war und jetzt – wie Reuben Askew – als Präsidentschaftskandidat glaubt antreten zu müssen? Da steht es für John Glenn, einen der Kandidaten, schon günstiger: Er war wenigstens etwas Besseres als nur Politiker; er erreichte 1982 als erster Amerikaner den Weltraum.

Und weil es so schwer ist, bekannt zu werden oder zu bleiben, möchte man die Vorwahlen, die Delegierten-Abstimmungen, als frühes gutes Ergebnis dort gilt als sicherster Weg beim Vormarsch in der Wahlergebnis.

Fest als Kandidaten der Demokraten erklärt haben sich bisher zwei Senatoren: Alan Cranston (88) aus Kalifornien und Gary Hart (45) aus Colorado. Heute wird Walter Mondale (55) offiziell seinen Wahlkampf eröffnen, den er bereits seit Monaten führt. Ihm folgt am Mittwoch Reuben Askew (54), Florida

ehemaliger Gouverneur. Innerhalb des nächsten Monats werden die Senatoren Ernest Hollings (61) aus South Carolina, Dale Bumpers (57) aus Arkansas und John Glenn (61) aus Ohio ihre Kandidatur eröffnen.

Innen allen scheint sich – ein Novum in der Geschichte – der erste farbige Politiker als Präsidentschaftskandidat zugesellen zu wollen: Jesse Jackson (45) aus Chicago, eine führende (und sprachgewaltige) Erscheinung in der Bürgerrechtsbewegung.

Im Gegensatz zur Zeit vor vier Jahren, als das Mißvergnügen an Jimmy Carter sogar die eigene Partei erfaßt hatte und zur Gegenkandidatur Edward Kennedys im Lager der Demokraten führte, ist die Kritik an derzeitigen Präsidenten allerdings keine existentielle Bedrohung für den Mann im Weißen Haus. Der Unwille über Reagan, durch Rezession und Arbeitslosigkeit, hat noch zu keinem landesweit hörbaren Ruf nach einer politischen „Wende“ geführt.

Natürlich: Man nimmt Anstoß am Ausmaß des Verteidigungsetats, an den Härtefällen des Wirtschaftsprogramms. Aber mit der Grundrichtung der Präsidentschaft

Reagans identifiziert sich „Middle America“ nach wie vor: mit der Wiederbelebung amerikanischer Stärke und der verstärkten Entfaltung der Privatinitiative, des privatwirtschaftlich orientierten Wachstums.

Die demokratischen Präsidentschaftsanwärter haben daher auch kein glaubwürdiges Thema anzubieten, das sie vereinen oder das einen Gegenpol zu Ronald Reagan aufladen könnte. Walter Mondale verspricht der Autoindustrie und anderen Industriezweigen mehr Protektionismus und reißt auf einer „Kauf amerikanisch“-Welle. Gary Hart, ein Töner im rhetorischen Stil John F. Kennedys, unschmeichelt die neue Technologie als sein Lieblingsthema, als habe er es bei den französischen Sozialisten abgekauft.

Alan Cranston widmet sich fast ausschließlich dem Thema eines nuklearen „Einfrierens“. Er will, ähnlich wie Hart, als Präsident sofort nach Genf eilen und mit den Sowjets ein Abkommen zum totalen Produktions- und Teststopp aller Nuklearwaffen verhandeln. John Glenn, der ehemalige Astronaut, würde nicht so weit gehen. Er

liegt, von Kostenkorrekturen abgesehen, in der Verteidigungspolitik mehr auf der Linie Präsident Reagan.

Aber mit der Summe von Einzelkritiken ist Ronald Reagan nicht um die Macht zu bringen. Zudem hat der beschlagene Politiker in ihm längst einige der traditionellen Felder des demokratischen Themenangebots besetzt. Reagan zeigt sich kompromissbereit bei der Suche nach einem maßvollen Arbeitsbeschaffungsprogramm: 4,3 Milliarden Dollar wäre er bereit dafür auszugeben, auch wenn sein Herz nicht unbedingt an derlei Feuerwehrraketen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hängt.

Das Feld der Präsidentschaftskandidaten auf der Seite der Opposition ist groß, aber die Sehnsucht der Amerikaner nach schon wieder einem Wechsel im höchsten Staatsamt derzeit doch eher gering. Wer genau hinhört, spürt eine gewisse Ermüdung im Lande, die den immer neuen Anläufen, die die Republik seit dem Ende der Eisenhower-Ara unternommen hat. Bei Ronald Reagan würde man sich schon gern einfinden, ihm eine zweite Amtszeit zubilligen.

EP/MS 3.1650

Wer kooperiert, der profitiert.

Mit der Post bekommen Sie Ihre Versandprobleme besser in den Griff: egal, ob Sie nur 10 oder 500 Pakete pro Woche versenden. Speziell für Selbstbucher gibt es zum Beispiel das Wirtschaftspaket – bis 20 kg – zu einem besonders günstigen Tarif. Und Sie

erhalten von der Post einen spürbaren finanziellen Ausgleich im Rahmen individueller Kooperationsverträge. Sprechen Sie doch mal mit dem Fachmann – Ihrem Kundenberater beim Postamt. Die Rufnummer steht im Telefonbuch unter Post.



... und ab geht die Post.

هكذا على التل

Donnerstag, 22. Februar 1983
Nr. 44

Altes Thema

HH - Meyer-Abich, Energie- und Umweltberater in der sogenannten Regierungskommission der SPD-Kandidatenwahl, hat ein altes Thema neu beleuchtet. Von den knapp 80 000 Megawatt (MW) Kraftwerksleistung der öffentlichen Versorgung sind 1982 in der Spitze lediglich 53 000 MW beansprucht worden, erklärte er.

Für Vogels Energieexperten ergibt sich daraus zwingend, dass die Schlußfolgerung: "Gewaltige Überkapazitäten." Zwischen dieser Aussage und der Forderung, etwa die Hälfte der Kraftwerke zu schließen, liegt nur noch ein - logischer? - Schritt.

Meyer-Abich hält, wenn er sich im Wahlkampf schon nicht auf die bloßen Kompetenzfragen einlassen wollte, immerhin daran erinnern können, daß die Öl- und Gasversorgung auch aus der Stromerzeugung ein unterernehmender Energiepolitiker umstrittenen Ziel ist.

Läßt man also für einen Moment bewußt außer acht, daß Megawatt nicht gleich Megawatt ist, so hätte Meyer-Abich seine Zuhörer zum Beispiel darauf aufmerksam machen können, daß über 20 000 MW des deutschen Kraftwerksparcs allein auf Öl- und gasbefeuerte Anlagen entfallen.

Alles "gewaltige Überkapazitäten"? So kann man argumentieren. Nur sollte man dann schon aus Gründen der Redlichkeit hinzufügen, daß diese Anlagen mit dem

Preis-Konzession

dos. - Die Stadt Hannover, die zu den am höchsten verschuldeten Kommunen der Bundesrepublik gehört, hat Schwierigkeiten, den Haushaltsansatz für 1983 in Höhe von rund 2,2 Milliarden Mark zu finanzieren. Immerwährender Ausfall von Abgaben und Steuern: auch vom Land sind geringere Zuwendungen zu erwarten. In dieser Situation erinnern sich die Stadtverordneten einmal mehr ihres Goldes, des Eigenbetriebs Stadtwerke.

Das Versorgungsunternehmen sollte die Strompreise um 5,8 Prozent erhöhen, damit die Konzessionsabgabe wie geplant auf 84 Millionen Mark ansteigt. Diese Vorstellungen sind nun nicht ganz realisiert worden. Der Aufsichtsrat genehmigte, nur um 4,3 Prozent höhere Preise. Aller Voraussicht nach werden die Stadtwerke lediglich 78 Millionen Mark Konzessionsabgabe erwirtschaften.

Der Vorgang spiegelt die Abhängigkeiten wider, denen die Preisfindung für Strom und andere städtische Leistungen unterworfen sind. Die Wirtschaftlichkeit entscheidet längst nicht mehr. Vor diesem Hintergrund sollten die hannoverschen Stadtwerke-Kunden illusionslos bleiben: Die nächste Preiserhöhung kommt so bald und sicher wie das Amen in der Kirche.

Mobile Immobilie

Von HANS BAUMANN

Wie war noch nicht geboren, da wurde sie bereits totgeboren, die Internationale Immobilien-Messe. Nun lebt sie bereits im achten Jahr - kräftiger als je zuvor. 10 Aussteller aus sieben Nationen bieten Immobilien aller Art, von Reihenhäusern im Ruhrgebiet bis zur Länderei im Zentrum von Santa oder im Zentrum von San Diego.

Die Kruz der Immobilie ist, daß sie eben immobil ist. Ein Château oder eine Länderei liegt sich eben nicht so leicht verschieben wie eine Farm in Alberta. Die Immobilien-Messe muß also ohne das eigentliche Messegut auskommen, sie ist auf die detaillierte Information und auf die Beschreibung des angebotenen Objektes, gehört, sondern auch die Möglichkeiten seiner Finanzierung und die Darstellung der Renditechancen.

Und obwohl die Objekte fehlen, ist die Immobilien-Messe zu einem "virtuellen Marktplatz" geworden. Der Grund liegt auf der Hand: Eigentum an Grund und Boden ist heute jeder haben. Eigene vier Hände gelten nach wie vor als Hort der materiellen Geborgenheit. Was an wenigsten bekannt sein dürfte: Heute schon sind 40 Prozent der und 25 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik und in Westeuropa in privater Hand, sie werden also von ihren Eigentümern genutzt. In der Schweiz und in den Niederlanden liegt dieser Anteil bei 60 Prozent.

Für die großen Anleger ist es heute selbstverständlich, daß sie einen gut geführten Portefeuille auch Immobilien liegen. Und auch ein kleiner Mann hat es sich inzwischen herangeworfen, daß die Immobilie die größte Sicherheit gegen Inflationen bietet, daß die langfristige Rentabilität sichert, daß ihr Wert nicht durch Inflationen unterlaufen werden kann, daß sie bei allen Industrieländern - und damit bei Wertpapieren - nicht der Fall sein kann.

Vor diesem Hintergrund wird das große Interesse an der Immobilien-Messe in Essen verständlich. Obenswert ist auch, daß man die Messe um einen kleinen Kongress bereichert, um die Transparenz der nordamerikanischen Märkte, die einzigen außereuropäischen, die mit ihrer gesicherten wirtschaftlichen Freiheit und ihren Wachstumschancen Kapital aus Europa an ihre Immobilienmärkte locken.

Die Internationale Immobilien-Messe bietet aber auch Anlaß zu Kritik. Es ist zwar lobenswert, daß der Ring Deutscher Makler mit einem repräsentativen Stand auf der Messe vertreten ist. Bedauerlich ist aber, daß man die Ausrichtung der von Jahr zu Jahr wechselnden Messen der Essener Lokalverband überläßt. Wo sonst, wenn nicht auf einer solchen Großveranstaltung, hätte der Ring Gelegenheit, die Nähe des Publikums zu suchen, jenes Publikum, für das im Wort "Makler" noch der Begriff des Maklers schwingt. Längst hat der Ring erkannt, daß Image-Pflege zu seinen vorrangigsten Aufgaben gehört. Der neue Präsident des Rings, Rudolf Huebenthal, hat diesen Punkt vorn auf seine Prioritätenliste gesetzt.

Warum also, so muß man fragen, gab es in Essen anläßlich der Messe kein Podiumsgespräch mit anschließender breiter Diskussion? Es gibt zwar den jährlichen Maklerkongress, eine interne Veranstaltung, bei der man unter sich bleibt. Ein Blick in den auf einen Jahresumsatz von rund 40 Milliarden Mark geschätzten Markt der Immobilien aber gibt es für das breite - interessierte - Publikum nicht.

Dabei haben die Makler längst erkannt, daß ihre Dienstleistung nicht den allerbesten Ruf genießt, daß er vielmehr weit hinter dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Immobilien-Makerei herhinkt. Es gälte also, die "Ware" des Maklers besser an den Mann zu bringen, für sie zu werben, also auch für den Berufsstand. Wo könnte man das besser, als bei dem breiten Publikum, das in der Essen-Messe auftritt?

Öffentliche Auftritte der Makler hätten auch Effekte nach innen. Nach wie vor tragen sich Makler bei Hotelbesuchen als "Kaufmann" ein. In den eigenen Reihen hat der Wort Makler den Klang des Unseriösen. Und das wird sich nicht ändern, wenn die Makler den Weg in die Öffentlichkeit scheuen. Im verborgenen können sie an ihren Ruf nicht polieren.

In Essen wurde also die Chance vertan, die Immobilien durch die, die mit ihr handeln, mobil zu machen. So bleibt der Makler Gefangener des Images eines Vermittlers, ohne gefestigtes Selbstvertrauen, ohne Werbung für seinen Berufsstand. Wer korrigiert endlich das Bild des Maklers, den man sich immer noch als ein Schlitzloch vorstellt, das mit Kartei und Telefon großes Geld verdient?

UMWELTPOLITIK / Großfeuerungsanlagen sollen künftig sauberer arbeiten

Das Bundeskabinett will am Mittwoch Gesetz zur Luftreinhaltung beschließen

Die Bundesregierung wird morgen mit der Großfeuerungsanlagenverordnung eine weitere wichtige Umweltschutzmaßnahme verabschieden. Das federführende Bundesinnenministerium schätzt die auf die Elektrizitätswirtschaft als Hauptbetroffenen zukommenden Kosten "bis 1993 auf sechs bis zwölf Milliarden Mark und die Auswirkung auf den Strompreis im Bundesdurchschnitt auf 0,5 bis knapp einen Pfennig je Kilowattstunde.

Die Bundesregierung sieht in der Verordnung "ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Luftverschmutzung und das Waldsterben". Nach dem augenblicklichen Wissensstand der Experten sei anzunehmen, daß Luftverunreinigungen - vor allem Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid - beim Waldsterben eine wesentliche Rolle spielen". Nach der Novellierung der Immissionsvorschriften der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) will die Bundesregierung nunmehr "in strikter Anwendung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips die Luftverunreinigungen an der Quelle bekämpfen und die Emission aller relevanten Luftschadstoffe deutlich "reduzieren".

Großfeuerungsanlagen wie Kraft- und Fernheizwerke verursachen nach Meinung des Innenministeriums allein mehr als drei Viertel der Schwefeldioxidemissionen in der Bundesrepublik. Darüber hinaus seien sie in einem nicht unerheblichen Maße auch für die Emission von Stickstoffdioxid und Schwermetallen verantwortlich. Die neue Verordnung soll die Emissionen dieser Schadstoffe durch die Einführung bundes einheitlicher und rechtsverbindlicher Grenzwerte "spürbar herab-

setzen", für Schwefeldioxid zum Beispiel auf 400 Milligramm pro Kubikmeter Abfluß.

Besondere Gewicht wird der Einbeziehung der Altanlagen beigemessen, "von denen das Hauptemissionspotential ausgeht". Alle großen Neuanlagen (ab 50 Megawatt Feuerungsleistung, bei Gas ab 100 Megawatt) müssen ab Inkrafttreten der Verordnung (die noch der Zustimmung des Bundesrats bedarf) mit einer Rauchgasentschwefelung ausgerüstet sein. Kleinanlagen dürfen nur noch schwachem Brennstoffe verwenden. "Ältere" Anlagen (das sind im wesentlichen Modelle der sechziger Jahre) dürfen nur noch bis zu längstens zehn Jahren oder aber mit verminderter Kapazität betrieben werden. Altanlagen "neueren Datums" müssen spätestens in einem Zeitraum von fünf Jahren auf Rauchgasentschwefelung oder schwachem Brennstoffe umgerüstet werden.

In den Übergangsbestimmungen (Paragraph 37) ist berücksichtigt, daß in der fünfjährigen Übergangsfrist "aufgrund des Umfangs der bei Altanlagen erforderlichen Nachrüstungen und Umbauarbeiten" bei den Herstellern Engpässe auftreten könnten. Dafür sei der Betreiber dann nicht verantwort-

lich zu machen, wenn er nachweislich die notwendigen Maßnahmen "unverzüglich" eingeleitet habe. Bei entsprechend begründeten Anträgen sind befristete Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Es wird eingeräumt, daß die Erhöhung der Strom- und Wärmekosten auch zu Preissteigerungen führt, "die entweder die Verbraucher direkt oder indirekt über mögliche Preissteigerungen bei energieintensiven Produktionen treffen". Ihr Ausmaß vermag das Innenministerium allerdings nicht zu quantifizieren. Im übrigen würden sich diese Erhöhungen auf mehrere Jahre verteilen.

Betrachtet man den Strompreis als Mischpreis aller aus Kernenergie, Wasserkraft und fossilen Brennstoffen erzeugten Elektrizität, so veranschlagt das Innenministerium die Mehrkosten für Aus- und Nachrüstungsmaßnahmen auf etwa 0,5 bis knapp einen Pfennig je Kilowattstunde. Allerdings würden die Auswirkungen auf das Stromkostenniveau in den einzelnen Energieversorgungsgebieten je nach Kraftwerkspark sehr unterschiedlich ausfallen.

Die Elektrizitätswirtschaft akzeptiert zwar die "scharfen Anforderungen" der Verordnung für Neuanlagen. Bei der Nachrüstung der Altanlagen mit Investitionen von voraussichtlich mindestens sechs Milliarden Mark sieht sie dagegen, wie Horst Mager von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) gegenüber der WELT erklärte (16. Februar), keine Relation "zu einem denkbaren Nutzen für die Umwelt, vor allem die Wälder".

AUF EIN WORT



Es ist viel die Rede von sozialer Verantwortung, sozialer Symmetrie, sozialem Konsens. Wirklich sozial ist in der gegenwärtigen Phase aber nur eins: nämlich das, was tatsächlich eine wirtschaftliche Belebung einleitet.

Dr. Karl-Heinz Kürten, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Duisburg. FOTO: WOLFF & FRANGE

Hermes Bank geschlossen

AP, Hamburg
Die Hamburger Hermes Bank KG ist vom Bundesaufsichtsrat für das Kreditwesen in Berlin übergeben worden. Einer Pressemitteilung des Amtes zufolge wurde der Beschluß am 18. Februar gefaßt. Verbunden damit ist ein Veräußerungs- und Zahlungsversprechen sowie die Schließung für den Verkehr mit der Kundschaft. Wie es in der Mitteilung hieß, wurde die vorübergehende Schließung notwendig, weil bei einer Prüfung ein erheblicher, bisher ungeklärter Wertberichtigungsbedarf im Kreditgeschäft festgestellt wurde. Nach Angaben des Bundesaufsichtsrats hatte das Bankhaus am 31. Januar eine Bilanzsumme von rund 115 Millionen Mark und Kundeneinlagen von rund 100 Millionen Mark. Die Bank gehört der Einlageversicherung des Bundesverbandes Deutscher Banken an.

STAHL-NEUORDNUNG

Bundesregierung will keine Vorweghilfen gewähren

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Vorweghilfen für Stahlunternehmen, die alleinstufige Exporte von Verlusten dienen, kommen zur Plankierung der angestrebten Umstrukturierung in diesem Bereich für die Bundesregierung nicht in Betracht. Dies hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern auf einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages noch einmal deutlich gemacht. Heute trifft Lambsdorff wieder mit den Vorständen von Klockner, Hoesch und Salzgitter zusammen, die sich nach dem Vorschlag der drei unabhängigen Moderatoren zur Gruppe "Ruhr" zusammenschließen sollen. Wie Lambsdorff betonte, gestaltet sich diese Zusammenführung schwierig, während die Gruppe "Rhein" von Thyssen und Krupp "auf gutem Wege" zu sein scheint.

Da die EG-Kommission bis zum

30. Juni über die Beihilfen entscheiden muß und auf einer dreitägigen Sitzung am Freitag, dem 25. März, dränge die Zeit, die Bundesregierung habe daher die Unternehmen gebeten, bis Ende Februar Grobkonzepte zu übermitteln.

Bei den Hilfen zur Restrukturierung sollte soweit als möglich auf bestehende Instrumente, vor allem auf die Investitionshilfe, zurückgegriffen werden. Es könne aber auch unter anderem an die Förderung zusätzlicher Maßnahmen im Rahmen des Stahlforschungsprogramms gedacht werden.

Zurückhaltend äußerte sich Lambsdorff zu dem Vorschlag der Stahl-Moderatoren nach weiteren Schutzmaßnahmen gegen subventionierte Niedrigpreiseinfuhren. Denn die Stahlkrisenmaßnahmen seien in letzter Zeit verschärft worden. Aber selbst diese Maßnahmen hielten sich nicht an die vereinbarten Quoten.

DEISENMARKT

Die Senkung der Ölpreise setzt Pfundkurs unter Druck

WILHELM FURLER, London
Die britische Währung ist zum Wochenende wegen der verwirrenden Entwicklung der Ölpreise einzelner produzierender Länder erneut stark unter Druck geraten. Bereits in den Vormittagsstunden des gestrigen Montag fiel das Pfund Sterling in London gegenüber den meisten führenden ausländischen Währungen auf seinen niedrigsten Wert seit mehr als vier Jahren. Verantwortlich für die neuerliche Pfundschwäche ist in erster Linie die Entscheidung Nigerias, den Preis für sein Rohöl um 5,50 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) auf 30 Dollar zu senken. Gleichzeitig hat die nigerianische Regierung mitteilen lassen, daß sie jeder weiteren Ölpreisreduzierung der BNOC unmittelbar folgen wird. Diese Politik Nigerias hat nach Ansicht Londoner Ölexperten erhebliche Auswirkungen auf das Ölpreisgefüge der Opec.

Wurde Saudi-Arabien die bisherige Preisdifferenz aufgrund der unterschiedlichen Ölqualität gegenüber nigerianischem Öl 34 Dollar auf 27 Dollar je Barrel reduziert.

Da das Pfund Sterling als "Nordsee-Währung" von anderen Währungen grundsätzlich dann abgehängt wird, wenn die Ölpreise unter Druck geraten, weil die geringere Deviseneinnahmen und eine Verschlechterung der Handelsbilanz bedeutet, haben die Devisenmärkte am gestrigen Montag so heftig reagiert. Bis zum Mittag fiel das Pfund gegenüber dem Dollar in London um mehr als einen halben Cent auf 1,538 Dollar. Gegenüber der D-Mark schwächte sich das Pfund von 3,7025 (Freitag) auf 3,68 D-Mark ab. Damit ist das Pfund um nur noch zwei Tausendstel von seinem bisher niedrigsten Kursstand gegenüber der D-Mark vom Herbst 1978 entfernt. In Frankfurt fiel der Pfundkurs von 3,7140 auf 3,6840 Mark.

BRASILIEN

Starke Abwertung gefährdet Abwicklung des IWF-Kredits

H.A. SIEBERT, Washington
Überrascht hat beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington die massive Abwertung des brasilianischen Cruzeiro um 30 Prozent, die gestern in Kraft getreten ist. Befürchtet wird, daß die anderen hochverschuldeten Entwicklungsländer ebenfalls diese Notbremse ziehen und es zu einem Abwertungswettbewerb kommt. Der zweite drastische Schritt in etwas mehr als drei Jahren - im Dezember 1979 hatte Brasilien den Cruzeiro um den gleichen Prozentsatz abgewertet - erschwert zweifellos die Abwicklung des IWF-Beistandskredits in Höhe von umgerechnet 4,9 Milliarden Dollar.

Wie es aussieht, hat die brasilianische Regierung mindestens zwei Versprechen nicht eingehalten. So einigte sie sich im Dezember mit einem angereichten IWF-Team auf "kleine" Abwertungen, zum Beispiel um jeweils 2,4 Prozent wie noch am vergangenen Freitag - in etwa zweiwöchigen Abständen. Nach der vereinbarten Strategie wollte man klotzige Abwertungen dadurch vermeiden, daß der Satz über den monatlichen Inflationsrate lag. Der Cruzeiro ist an den US-Dollar gekoppelt.

Eine wichtige Voraussetzung für den IWF-Beistand war die Zusage, die Inflationsrate der letzten drei Jahre 105,7 Prozent ausmachte, schnell abzubauen. Die kräftige Abwertung bewirkt jedoch das Gegenteil: bei so wichtigen Importerzeugnissen wie Weizen und Benzin. Immerhin stieg die Inflationsrate nach der Abwertung im Dezember 1979 von 77 auf 110 Prozent. In einer

schwierigen Lage befinden sich außerdem die brasilianischen Unternehmen, die dem Aufruf der Regierung gefolgt sind und neue Dollar-kredite aufgenommen haben. Ihre Schulden erhöht sich schlagartig um ein Drittel. Ohne flankierende Maßnahmen droht in Brasilien jetzt eine Pleitewelle. Eigentlich müßte Brasilien die Körperschaftsteuern und Zinsen, die 250 bis 350 Prozent betragen, herabsetzen.

Offensichtlich ist die brasilianische Regierung in Panik geraten, als ihr Gesundheitsprogramm, das auf eine rapide Ausweitung der Exporte basiert, nicht funktionierte. So sollte 1983 ein Handelsüberschuß von rund sechs Milliarden Dollar erreicht werden. Trotz scharf reduzierter Importe betrug er im Januar jedoch statt 450 nur 155 Millionen Dollar. Nicht erfüllt hat sich auch die Hoffnung, daß die Auslandsbanken ihre Interbank-Kreditlinien für Brasilien (sieben bis zehn Milliarden Dollar) erneuerten. Vor allem einige Regionalbanken in den USA zogen nicht mit. Damit ist eine dritte Bedingung für den dringend benötigten IWF-Beistandskredit - höhere Interbankkreditlinien bei den Auslandsbanken, von dem das Zahlungsbilanzgleichgewicht aber abhängt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Konjunkturindikatoren zeigen wieder nach oben

Brüssel (dpa/VWD) - Die weltweite Rezession ist nach Ansicht der New Yorker Wirtschaftsforschungsgesellschaft "The Conference Board" beendet. Wie das von den großen US-Unternehmen getragene Institut in seiner jüngsten Prognose weiter feststellt, deuten erstmals seit einhundert Jahren die Konjunkturindikatoren der westlichen Welt wieder nach oben. Es wird jedoch eingeräumt, daß sich lediglich der japanische und der amerikanische Indikator deutlich mit einer Jahreszuwachsrate von acht beziehungsweise fünf Prozent verbessert hat. In Großbritannien und der Bundesrepublik stieg der Index um drei Prozent, in Italien um zwei und in Frankreich beziehungsweise Kanada um jeweils ein Prozent.

Kali und Salz entläßt

Kassel (dos) - Die Kali und Salz (K+S), Kassel, wird in dem Werk Siegfried-Giesse die Mitarbeiterzahl von bisher 570 auf 300 Beschäftigte verringern. Dies ist auf einer Belegschaftsversammlung bekannt geworden. Der Vorstand begründet den Abbau mit "nachhaltigen Absatzminderungen und Ertragsrückläufen", die eine Produktionsumstellung notwendig machen. Den ausscheidenden Mitarbeitern sollen Arbeitsplätze in anderen Werken von K+S in Niedersachsen und Hessen angeboten werden.

Peru sucht Kredite

Lima (VWD) - Peru will in diesem Jahr internationale Kredite in Höhe von bis zu drei Milliarden Dollar aufnehmen, um eine Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten zu vermeiden. Finanzminister Carlos Rodriguez Pastor erklärte, die Aussichten auf Kreditzusagen seien gut. Der Internationale Währungsfonds und andere Kreditgeber hätten sich von der Entschlossenheit der Regierung, die öffentlichen Ausgaben zu verringern, überzeugen können. Perus Auslandsverschuldung hat sich im vergangenen Jahr um 13 Prozent auf rund 11,2 Milliarden Dollar erhöht.

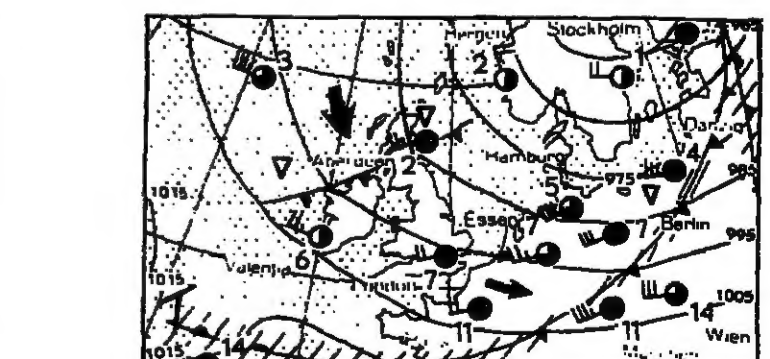
Treffen in Bonn

Bonn (Rei) - Zu einem informellen Treffen kamen gestern die EG-Arbeits- und Sozialminister in Bonn zusammen, um über Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zu beraten. Die EG möchte auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung gern initiativ werden, doch leisten Großbritannien und Dänemark Widerstand. Im Gespräch sind vor allem eine flexible Gestaltung der Arbeitszeiten und die Entdiskriminierung der Teilzeitarbeit.

Mineralölabsatz gesunken

Frankfurt (AP) - Um fünf Prozent ist der Absatz der vier wichtigsten Mineralölprodukte 1982 in der Bundesrepublik nach Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Wie das Amt in Eschborn bei Frankfurt mitteilte, entstand auch 1982 das größte Absatzminus mit 11,6 Prozent auf 14 Millionen Tonnen wieder beim schweren Heizöl. An leichtem Heizöl wurden 6,4 Prozent weniger abgesetzt als im Jahr zuvor (63,4 auf 60,4 Millionen Tonnen). Bei Motorbenzin stieg der Verbrauch um

Indonesien will Kredit
Djakarta (AFP) - Indonesien will beim Internationalen Währungsfonds einen Kredit von mindestens 600 Millionen Dollar beantragen, verlautet in Djakarta. Indonesien, der größte Erdölexporteur Asiens, muß für das am 31. März zu Ende gehende Finanzjahr 1982/83 mit einem Zahlungsbilanzdefizit von 7,5 Milliarden Dollar rechnen. Die öffentliche und private Verschuldung Indonesiens wird auf 26 Milliarden Dollar geschätzt. Die Finanzlage Indonesiens, dessen Exporteinnahmen zu 70 Prozent auf Überkäufe beruhen, dürfte sich in den nächsten Monaten angesichts der unausweichlichen Preissteigerung der Indonesien verkauft sein Öl noch zu über 34 Dollar pro Barrel - weiter verschlechtern.



Thema Nr. 2 sind wir.

Nach dem Wetter ist unser Thema das wichtigste Thema im Betrieb: Das Mittagessen.

Was essen wir heute? Wo essen wir heute? Die Vorhersage für heute: Heiter. Denn mit uns kann jeder essen, was er will. Da schiebt sich nicht das geringste Wölkchen dazwischen.

Erkundigen Sie sich mal nach dem Dinner-Service von Langnese-Iglo. Unsere Prognose: Sie rufen glatt an.

Sofort-Beratung: 040/34 90 24 97
Iglo-Dinner-Service:
Tiefkühlkost für jede Betriebsgröße.
Langnese-Iglo GmbH,
Dammthorwall 15, 2000 Hamburg 36.



ENVITEC '83

Wichtige Aufgabe Umweltschutz

HARALD POSNY, Düsseldorf
Als die nach der Friedenssicherung wichtigste politische Aufgabe der Menschheit in den kommenden Jahrzehnten hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann den Umweltschutz bezeichnet. Bei der Eröffnung der 4. Internationalen Messe und Kongress „Technik im Umweltschutz“ - Envitec '83 - (21. bis 25. Februar) in Düsseldorf kündigte der Minister an, während des deutschen Vorsitzes im EG-Ministerrat im ersten Halbjahr 1983 die dringend erforderliche Harmonisierung von verbindlichen Umweltschutzanforderungen voranzutreiben.

Die EG-Kommission bereite auf Vorschlag der Bundesregierung zur Zeit eine Grundsatzrichtlinie vor, die den Mitgliedsstaaten, die Bekämpfung der Luftverschmutzung an der Quelle nach dem heutigen Stand der Technik vorschreibt. Dies sei zugleich ein Beitrag der EG zur internationalen Genfer Luftreinhalte-Konvention, die in den nächsten Wochen endlich in Kraft trete und auch die Ostblockstaaten mit einschließe.

In der Bundesrepublik hat nach den Worten Zimmermanns vorerst die Luftreinhaltung unbedingte Priorität. Mit der neuen TA Luft würden neue bzw. wirkungsvollere Immissionswerte eingeführt.

Auf der Envitec zeigen knapp 500 Aussteller aus dem In- und Ausland Problemlösungen aus den Bereichen Luft- und Wasserreinhaltung, Lärminderung und Abfallbehandlung.

NIEDERLANDE / Düstere Prognose der OECD

Zunehmende Arbeitslosigkeit

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die jüngste Wirtschaftsentwicklung der Niederlande bezeichnet das OECD-Sekretariat als durchweg „enttäuschend“. Nur die Preisentwicklung verlief günstig: Im Dezember betrug die holländische Inflationsrate auf Jahresbasis 4,3 Prozent und war die drittniedrigste in der OECD nach der japanischen (1,8 Prozent) und der US-amerikanischen (3,9 Prozent).

Dagegen hat sich die Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent 1979 auf elf Prozent 1982 erhöht. Unter Berücksichtigung der „versteckten Unterbeschäftigung“ weist Holland die stärkste Arbeitslosigkeit von sämtlichen westlichen Industriestaaten auf, heißt es in dem OECD-Bericht. Im laufenden Jahr wird danach der Anteil der arbeitslosen Holländer an der arbeitstätigen Bevölkerung des Landes bis auf 15,3 Prozent zunehmen.

Diese düstere Prognose stützt sich auf die Annahme einer weiteren Schrumpfung des niederländischen Bruttosozialprodukts um 1,4 Prozent, nachdem es sich schon 1982 und 1981 um jeweils 1,2 Prozent vermindert hatte. Zwar wird dem Land vor allem wegen der erwarteten Besserung der deutschen Konjunktur eine bescheidene Belebung seiner Exporte (real plus 0,6 Prozent) in Aussicht gestellt. Dagegen dürfte sich der Verbrauchsrückgang der Holländer von real zwei auf 3,5 Prozent beschleunigen.

Wegen der Importschwäche sowie der starken Erdgasexporte war der holländische Leistungsbilanz

überschüssig allerdings von 7,8 Milliarden Gulden 1981 auf 16,5 Milliarden 1982 (fast 15 Milliarden Mark) kräftig gestiegen und konnte in diesem Jahr 30 Milliarden Gulden erreichen. Aber gleichzeitig verschlechterte sich die Rentabilität der Wirtschaft außerhalb des Energiesektors in „gefährlicher Weise“. Die OECD-Experten erklären dies vor allem mit dem Produktivitätsschwund infolge eines zu hohen Lohnkostenanstiegs.

Eine Reihe sozialer Leistungen müßten dringend abgebaut werden, um der Wirtschaft wie auch den Staatsfinanzen Luft zu geben, heißt es in dem Bericht. Die dadurch freiwerdenden Gelder sollten vor allem zur Ermäßigung der Unternehmensbesteuerung und zur Förderung der produktiven Investitionen verwendet werden. Nur dann könne Holland mit einer Wiederbelebung seiner wirtschaftlichen Aktivität rechnen.

Ebenso notwendig, wenn auch nur längerfristig zu erreichen, sei die Begrenzung des aufgeblähten öffentlichen Wirtschaftssektors, der mit seinen hohen Defiziten die Staatskasse stark belastet. Die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben würde dazu beitragen, daß die Zinsen gesenkt und so eine der Voraussetzungen für die strukturelle Verbesserung der privaten Investitionen geschaffen werden könne. Einbezogen werden muß nach Auffassung der OECD auch der Erdgassektor, dessen bedeutende Einnahmen dafür verwendet werden sollten, der übrigen Industrie neue Impulse zu geben.

UDSSR

Rückschlag aufgeholt

AP, Moskau
Die sowjetische Wirtschaft hat nach einem Bericht der Wochenzeitschrift „Ekonomitscheskaja Gasjeta“ offenbar wieder Tritt gefaßt und den starken Rückschlag in der Produktionsleistung zu Beginn des letzten Jahres aufgeholt. Wie die Zeitschrift berichtet, stieg die Produktion der sowjetischen Industrie zwischen Januar 1982 und Januar 1983 um 6,3 Prozent. Die Arbeitsproduktivität nahm um 5,5 Prozent zu. Bei der Bewertung der Zuwächse ist jedoch zu beachten, daß die Warenerzeugung zu Beginn des vergangenen Jahres stark zurückgegangen war und in vielen Bereichen unter dem Wert des Vorjahres lag. So wurden trotz der erreichten Leistungssteigerung die Pläneziele für die Konsumgüterproduktion auch im Januar 1983 nicht erreicht.

Die sowjetische Stahlproduktion stieg der Zeitung zufolge in den zwölf Monaten bis Januar 1983 von 12,4 auf 13 Millionen Tonnen und erreichte damit wieder den Wert von Januar 1981. Bei der Fleischerzeugung wurde dagegen trotz einer Zunahme um 45 000 auf 803 000 Tonnen der Wert von Januar 1981 noch nicht wieder erreicht. Auch die Automobilproduktion blieb im abgelaufenen Jahr hinter dem Wert von vor zwei Jahren zurück.

Besonders mangelhaft war laut „Ekonomitscheskaja Gasjeta“ die Verteilung der erzeugten Waren. So hätten zahlreiche Betriebe ihre Lieferverträge nicht eingehalten, obwohl sie ihre Produktionspläne erfüllt hätten.

ÖSTERREICH / Leistungsbilanz stark verbessert

Erster Überschuß seit 1972

WOLFG. FREISLEBEN, Wien
Einen Rekordüberschuß von über einer Milliarde Mark weist die österreichische Leistungsbilanz für das Jahr 1982 aus. Dies bedeutet eine Verbesserung binnen Jahresfrist um rund 4,3 Milliarden Mark. Zusätzlich sind noch etwa 700 Millionen Mark der statistischen Differenz (1,6 Milliarden Mark) dem Leistungsbilanzüberschuß zuzurechnen, womit sich der höchste Überschuß seit 1972 und das erste Aktivum seit 1972 ergibt.

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, verbesserte sich der Leistungsbilanzsaldo von minus zwei Prozent auf plus ein Prozent. Mehr als die Hälfte der Leistungsbilanzbilanz zurück auf die Handelsbilanz zurück, die teils aus konjunkturellen und teils aus strukturellen Gründen mit einem Defizit von 8,8 Milliarden Mark ein um 21,2 Prozent günstigeres Ergebnis ausweist als 1981. Dabei stiegen die Exporte um 5,2 Prozent auf 42,6 Milliarden Mark, während die Importe um 0,5 Prozent auf 51,4 Milliarden Mark zurückgingen. Besonders stark (um 1,3 Milliarden Mark) stieg das Aktivum der Position „nicht in Waren und Dienste unterteilte Leistungen“, was auf eine erhebliche Zunahme höherwertiger Exporte schließen läßt.

Ebenfalls von Bedeutung war der Anstieg der Exportpreise um 4,5 Prozent bei annähernd stagnierenden Importpreisen, womit sich die Terms of Trade um 4,2 Prozent verbesserten. Auf der Importseite schlug sich zu einem wesentlichen

Teil eine Verringerung der Energieimporte von zuvor 8,9 auf 7,7 Milliarden Mark nieder, wobei sich das entsprechende Defizit der Energiebilanz um 1,2 Milliarden Mark verringerte.

Trotz eines Rückgangs der Übernachtungszahlen um 3,8 Prozent auf 90 Millionen entwickelte sich die Devisenbilanz im österreichischen Fremdenverkehr durchaus günstig, weil die Devisenbruttoeinnahmen um 514 Millionen Mark auf 12,2 Milliarden Mark anstiegen und die Österreicher umgekehrt kaum mehr im Ausland Ausgaben als 1981. Dadurch konnte das Handelsbilanzdefizit zu 80 Prozent abgedeckt werden - das beste Ergebnis seit 1975.

Bedingt durch die günstige außenwirtschaftliche Position und eine verhältnismäßig hohe Inlandsliquidität trat Österreich 1982 auf den internationalen Kreditmärkten als Netto-Kreditgeber auf. Die Banken erhöhten ihre langfristigen Auslandsforderungen um 3,86 Milliarden Mark bei gleichzeitigem Abbau der langfristigen Auslandsverpflichtungen um 0,3 Milliarden Mark. Der Netto-Kapitalexport betrug 2,2 Milliarden Mark, wovon 1,4 Milliarden Mark auf den langfristigen Bereich entfielen.

Der Kapitalimport der öffentlichen Hand stieg von 1,7 auf 2,4 Milliarden Mark. Galten im Laufe der siebziger Jahre die österreichischen Devisenreserven zu einem guten Teil als „geborgt“, so war dies 1982 nicht mehr der Fall. Auslandschulden wurden sogar zum Teil zurückgezahlt.

EINKOMMEN

Bundesrepublik auf Rang drei

J. SCH., Paris
Das Bruttosozialprodukt der OECD-Zone ist 1981 im internationalen Kaufkraftvergleich um 1,5 Prozent gestiegen. Es hat sich damit aber nur noch halb so stark erhöht wie im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1981. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte Untersuchung des OECD-Sekretariats, bei der nicht nur der Preisanstieg, sondern auch die Wechselkurschwankungen eliminiert worden sind. Nach der traditionellen lediglich inflationsbereinigten Berechnung hatte das Sekretariat in seinem letzten Outlook (Dezember 1982) den Zuwachs des Sozialprodukts für die Zone mit 1,2 Prozent angegeben und ihn für 1982 auf 0,5 Prozent veranschlagt.

An der „Kaufkraftparität“ gemessen, hat sich das Pro-Kopf-Einkommen im OECD-Durchschnitt 1981 (1980) auf 8788 (8883) Dollar erhöht. Die Kaufkraftparität trägt, wie das Sekretariat mitteilt, dem Wert der in den einzelnen Ländern neben Waren produzierten Dienstleistungen besser Rechnung als die allgemein übliche Methode der Einkommenserfassung.

Das größte Einkommen je Kopf der Bevölkerung erzielten die USA mit 12 647 (11 416) Dollar. Es folgt Luxemburg mit 11 097 (9916), die Bundesrepublik mit 10 340 (9475), Dänemark mit 10 031 (9167), Frankreich mit 9961 (9150), Japan mit 9868 (8550), Belgien mit 9498 (8848), Island mit 9414 (8773) und Österreich mit 9289 (8303) Dollar.

Ernst Henniges

* 17. 6. 1911 † 16. 2. 1983

Güte und fürsorgliche Liebe für seine Familie und unermüdliches Schaffen beim Aufbau seines Unternehmens bestimmten sein Leben.

Marga Henniges geb. Loeser
Axel Henniges
und Frau Hedda geb. Mehle
Christel Pietsch geb. Henniges
Karl-Heinz Pietsch
Emma Winter
und Enkelkinder Kai und Stephanie
sowie alle Angehörigen

3000 Hannover 81, Waldheimstraße 28

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle zugedachter Blumen- und Kranzspenden bitten wir um eine Spende an die Deutsche Krebshilfe e. V. - Bonn, Konto Deutsche Bank 909 090 (BLZ 380 700 59).

In tiefer Trauer geben wir davon Kenntnis, daß unser Seniorchef

Ernst Henniges

am 16. Februar 1983 im Alter von 71 Jahren gestorben ist.

Seine unternehmerische Persönlichkeit und das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und seinen Mitarbeitern prägten das von ihm gegründete Unternehmen während der mehr als drei Jahrzehnte seines Wirkens.

Seine Verdienste um das Unternehmen werden uns Verpflichtung sein.

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter

GUMMI-HENNIGES GMBH & CO. KG
Hannover und Rehburg-Loccum

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Die Landsmannschaft Schlesien gibt in tiefer Trauer den Tod ihres Ehrenvorsitzenden bekannt.

Erich Schellhaus

* 4. 11. 1901 in Bösdorf Kreis Neide

† 19. 2. 1983 in Hannover

Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien 1955-1968

Ausgezeichnet mit dem Schlesierring

Ein tapferer und treuer Kämpfer, der für das Recht gekämpft, sich in Liebe zur Heimat bekannt und zum Wohle seiner vertriebenen Schicksalsgefährten selbstlos gewirkt hat, ist von uns gegangen.

Erich Schellhaus hat sich um Schlesien verdient gemacht.

Hans Schlesien, 5330 Königswinter 41

Dr. Herbert Hupka MdB, Bundesvorsitzender
Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien

Dr. med. dent. Max Wittenberg

* 13. 3. 1912 † 19. 2. 1983

Margot Wittenberg
geb. Köpcke
Reinhard und Sabine Gregor
geb. Wittenberg
Michael und Christian
Friedemann und Brigitte Wendt
geb. Wittenberg
Fabian und Ilka

Tannenweg 22
2110 Buchholz/NordheideBeisetzung am Donnerstag, dem 24. Februar 1983, um 12 Uhr
auf dem Waldfriedhof in Buchholz, Parkstraße.

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre
Anzeige über Fernschreiber 8 579 104
abgeben

FINANZANZEIGEN

STADT KOBE

6% Deutsche Mark-Anleihe von 1972
- WKN 461 641/50 -

Für die am 1. Mai 1983 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 785.000,- für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Restante: Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 4 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kobe, Japan, im Februar 1983

STADT KOBE

STADT KOPENHAGEN

(Königreich Dänemark)

7% Deutsche Mark-Anleihe von 1968

mit Tilgungsfonds

- WKN 452 885 -

Resteinlösung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate von nom DM 9375.000,- Teilschuldverschreibungen am 2. Mai 1983 fällig. Zur Rückzahlung gelangen die noch im Umlauf befindlichen Stücke der Nummernreihe

1341 - 16792

26105 - 32755 zu je DM 1000,-

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Mai 1983 an gegen Einreichung der Mängel eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank - Girozentrale -
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhart
Vergiss- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg, Brückmann, Witz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen genannten Bank nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 30. April 1983. Die am 2. Mai 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernreihen 1 - 1340, 16793 - 26104, 32756 - 35002, 45394 - 56499 und 59715 - 73000 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Kopenhagen, im Februar 1983

STADT KOPENHAGEN



MANNESMANN

Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Bekanntmachung

über die neunte Anleihe von Teilschuldverschreibungen der 5% - Anleihe von 1959

- Wertpapier-Kenn-Nummer 374 502 -

Die neunte Anleihe von Teilschuldverschreibungen der 5% - Anleihe von 1959 ist gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 17. Februar 1983 unter Aufsicht eines Notars vorgenommen worden.

Gezogen wurden die Serien 2, 5, 11 und 47 über je DM 3 000 000,-, bestehend aus:

Serie 2	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 5 000,-	500,-
		(Nummern 144 701 - 144 900)	
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 1 000,-	1 000,-
		(Nummern 085 701 - 085 900)	
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM 500,-	500,-
Serie 5	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 5 000,-	500,-
		(Nummern 009 041 - 010 380)	
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 1 000,-	1 000,-
		(Nummern 088 301 - 088 500)	
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM 500,-	500,-
Serie 11	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 5 000,-	500,-
		(Nummern 019 041 - 019 380)	
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 1 000,-	1 000,-
		(Nummern 089 501 - 089 700)	
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM 500,-	500,-
Serie 47	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 5 000,-	500,-
		(Nummern 023 801 - 024 400)	
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 1 000,-	1 000,-
		(Nummern 001 501 - 001 600)	
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM 500,-	500,-
Serie 153	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 5 000,-	500,-
		(Nummern 153 701 - 153 900)	
	1 200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 1 000,-	1 000,-
		(Nummern 133 701 - 140 900)	
	1 540	Teilschuldverschreibungen zu je DM 500,-	500,-
Serie 154	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 5 000,-	500,-
		(Nummern 078 341 - 078 890)	
Serie 158	200	Teilschuldverschreibungen zu je DM 5 000,-	500,-
		(Nummern 008 901 - 007 050)	

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom

1. Juni 1983

an zum Nennwert zurückgezahlt. Die Stücke sind zu diesem Zweck mit den

Zinsscheinen per 1. Dezember 1983 aufzureichen. Einzahlungsstellen sind die

nachstehenden Kreditinstitute und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhart
Westfälische Landesbank Aktiengesellschaft

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen. Der am 1. Juni 1983 fällige Zinsschein wird in der üblichen Weise bezahlt.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen sind einige

Stücke der Serien 1, 3, 4, 8, 14, 17, 19, 22, 25, 29, 33, 38, 40, 42, 43, 44 und 48 bisher

nicht eingelöst worden.

Düsseldorf, im Februar 1983

Der Vorstand

HÖRZU
Das Programm
für Fernsehen und Funk,
Familie und Freizeit.

سكيا مانيه

WIBAU / Positives Ergebnis - Höhere Dividende?

Mohr & Federhaff erworben

DANKWARD SEITZ, Gröndau, einer der weltweit führenden Hersteller von Asphaltmischanlagen, hat aus den Beständen der im Vergleich eifolgreichen Korf-Stahl AG die fohr & Federhaff AG, Neustadt/Feinstraße, übernommen. Der Kaufvertrag wurde nach Wibu-angaben am 18. Februar mit Billigung des Korf-Vergleichsverwalters unterzeichnet; über die Höhe des Kaufpreises werden keine Angaben gemacht.

Der Wibu steht für den Fall, daß eine beantragte Landesbürgschaft über 30 Mill. DM des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht gewährt wird und ein Bankkredit zur Finanzierung notwendiger Betriebsmittelkredite bei Mohr & Federhaff nicht zustande kommt, ein Rücktrittsrecht zu. Wibu-Vorstandsvorsitzender Roland Spicka ist jedoch davon aus, daß sowohl an Land als auch die Banken in den nächsten Tagen ihre Zustimmung signalisieren.

Die Mohr & Federhaff-Gruppe,

deren Produktionsprogramm aus Gesteinsbrech- und siebanlagen, Naßbaggen sowie Materialprüfmaschinen besteht, setzte 1982 etwa 100 Mill. DM um und beschäftigte in Deutschland rund 550 Mitarbeiter. Mit der Übernahme werden nach Angaben der Wibu alle geplanten Arbeitsplatz-Abbaumaßnahmen sofort gestoppt.

Damit hat die Wibu, so Spicka, einen weiteren konsequenten Schritt in Richtung der Abrundung ihrer Produktpalette getan. Das zu 44 Prozent zur Mainzer IBH Holding AG gehörende Unternehmen hatte erst im Juli 1982 die Baumaschinenfabrik der britischen Babcock-Gruppe erworben. Der Umsatz sprang damit 1982 auf rund 386 Mill. DM, ohne Babcock wären es 275 (235) Mill. DM gewesen. Die Ertragslage der Wibu bezeichnete Spicka als gut. „Mit Sicherheit“ werde ein positives Ergebnis ausgewiesen, das vielleicht sogar eine Dividendenausschüttung (1981: 4 DM) auf 30 (20) Mill. DM Grundkapital ermögliche.

BRUNDKREDITBANK / Kontinuität gewahrt

Wieder mehr Spareinlagen

PETER WEERTZ, Berlin. Die Grundkreditbank eG, Berlin, hat 1982 ihre kontinuierliche Entwicklung in Wachstum und Ertragskraft bestätigt. Ihre Bilanzsumme wuchs dabei um 14,7 Prozent auf 34 Mrd. DM. In dieser Entwicklung sieht Vorstandsvorsitzender Ulrich C. Jancke das Ergebnis einer modernen und kundenorientierten Geschäftspolitik.

Bei den Einlagen, die insgesamt um 10,5 Prozent auf 1,94 Mrd. DM wuchsen, hat sich nach den Angaben des Kreditinstituts der Trend zu den Termineinlagen fortgesetzt. Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß bei den Spareinlagen die Stagnation der Vorjahre durchbrochen wurde. Die Spareinlagen stiegen um 8,6 Prozent, die in längeren Kündigungsfristen gar um 13,3 Prozent. Erfolgreich ist die Grundkreditbank außerdem mit ihren emittierten Sparzertifikaten mit einer Laufzeit von 4 bis

5 Jahren, denn hier wuchs der Absatz um 22,8 Prozent.

Stütze des Kreditgeschäfts, das sich um 5,7 Prozent auf 756,6 Mill. DM erhöhte, blieb das traditionelle Bankkreditgeschäft. Der Liquiditätsüberschuss der Einlagen, der nicht im Kreditgeschäft eingesetzt wurde, führte zu einer höheren Liquiditätsreserve und zur Aufstockung des Wertpapierbestandes um 48,4 Prozent.

Mit dem Wachstum der Bank haben auch die Erträge Schritt gehalten. Im Jahresdurchschnitt 1982 blieb die Zinsmarge mit 3,2 Prozent nahezu unverändert. Der Jahresüberschuss erhöhte sich auf 7,58 (6,58) Mill. DM, nachdem vorher die Rücklagen mit 6 (5) Mill. DM verstärkt wurden. Der Vorstand schlägt für 1982 vor, auf die Geschäftsergebnisse von 26,17 Mill. DM wieder eine Dividende von 7,88 Prozent auszuschütten.

Josef Welle, Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der Welle GmbH & Co. KG, Paderborn, wird am 23. Februar 80 Jahre.

Rechtsanwalt Eberhard Gläser, Vizepräsident des Automobilclubs Kraftfahrer-Schutz (KS), München, vollendet am 23. Februar das 80. Lebensjahr.

NAMEN

Kurt Lindgens, langjähriger Geschäftsführer der Gesellschaft für Lederfabrik Ludw. Lindgens, 3. Mülheim/Ruhr, feiert heute den Geburtstag.

DEUTSCHE HANDELSFLOTTE / 70 Prozent jünger als zehn Jahre

Abbau trotz leistungsfähiger Schiffe

JAN BRECH, Hamburg. Die deutsche Handelsflotte ist im vergangenen Jahr nach Zahl der Schiffe und Tonnage weiter geschrumpft. Zugleich hat sich der Anteil von Schiffen unter fremden Flaggen von hohem Niveau stabilisiert. Wie aus einer Statistik des Verbands Deutscher Reederei hervorgeht, bestand die in deutsche Register eingetragene Flotte Anfang dieses Jahres aus 550 Schiffen mit einer Tonnage von zusammen 7,725 Bruttoregistertonnen (BRT). Darin enthalten sind 114 Schiffe, die zwar in deutsche Schiffsregister eingetragen sind, jedoch auf befristeter Zeit eine ausländische Flagge führen, in ausländische Register eingetragen, aber unter deutsches Management gestellt, waren darüber hinaus 210 Einheiten mit 2,3 Mill. BRT.

Die Gesamtzahl der Handelsflotte unter deutscher sowie fremder Flagge und unter deutschem Management beträgt somit 760 (761) Schiffe mit 10,0 Mill. BRT. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Tonnage um knapp 5 Prozent zurückgegangen. Trennt man die unter deutschem Einfluß fahrende Flotte

nicht nach Registereintragungen, sondern nach Flaggenführung, so sind 436 Schiffe unter deutscher Flagge und 324 unter fremden Flaggen im Einsatz. Die Quote der Ausflagung beträgt gemessen an der Zahl der Schiffe 42,6 Prozent und nach der Tonnage 39 Prozent.

Je nach Schiffstyp variieren die Anteile der unter ausländischen Flaggen fahrenden Schiffe jedoch beträchtlich. In der Küstfahrt sind sämtliche 21 Einheiten ausgeflaggt. In der Trampfahrt liegt der Anteil gemessen an Bruttoregistertonnen bei 52 Prozent, in der Bulkcarrierfahrt bei 60 Prozent, in der Linienfahrt bei 21 Prozent, in der Tankerfahrt bei 25 Prozent und der Passagierfahrt bei 9 Prozent.

Bei der in deutsche Register eingetragenen Flotte dominiert nach wie vor die Tankfahrt, deren Anteil an der Gesamttonnage jedoch aufgrund des Abbaus von 5 Großtankern auf 38,1 (38,7) Prozent gesunken ist. In der Massengutfahrt sind 20,8 Prozent der Tonnage, in der Trampfahrt 19,6 und in der Linienfahrt 17,3 Prozent beschäftigt.

Trotz seit Jahren abnehmender Neubaufträge zählt die deutsche Handelsflotte unverändert zu den leistungsfähigsten Handelsflotten der Welt. Fast 70 Prozent der deutschen Flotte ist jünger als 10 Jahre, von der Welttonnage sind es nur knapp 55 Prozent. Alter als 20 Jahre ist nur 0,3 Prozent der deutschen Tonnage, während diese Quote weltweit 11,2 Mill. Prozent beträgt. Im Durchschnitt ist jedes deutsche Handelsschiff 8,4 Jahre alt.

Dieses Durchschnittsalter hat sich allerdings seit Mitte der siebziger Jahre um insgesamt mehr als 2,5 Jahre erhöht. Angesichts des merklichen Investitionsrückgangs in der Schiffahrt wird sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren nicht umkehren. Im Vorjahr haben deutsche Reederei 43 Neubauten neu ins Register eintragen lassen. Bis auf zwei dieser Schiffe wurden alle auf inländischen Werften gebaut.

Für 63,3 Prozent der in deutschen Registern eingetragenen Schiffe ist Hamburg Heimathafen. 18,6 Prozent sind in Bremerhaven, 13,6 in Schleswig-Holsteinischen und 4,5 Prozent in niedersächsischen Häfen zu Hause.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Herbert Stapelfeldt, Bauunternehmer, Großhansdorf; Bensheim: Delta-Bau GmbH & Co. KG, Betriebs- u. Baubetriebsung, Heppenheim; Calw: Cipl Mode GmbH & Co. KG, Nagold; Duisburg: Lenze GmbH, Oberhausen; Herford: Willy Polstermöbel GmbH, Künz; Willy Langohr, Spielwaren, Lidinghausen; Angelkott GmbH, Nordkirchen; Ortstest Südkirchen; Angelkott GmbH & Co. KG, Südkirchen; Neu-Ulm: Dipl.-Ing. Adolf Stapf, Inh. d. Ziegelwerk u. Baugeschäft Stapf, Biberthal-Kissendorf; Nürnberg: WTT Metallwarenfabrik GmbH, Siegburg; Momi-Massivhaus GmbH, Neunkirchen-Seelscheid; Uim (Donau): Gebr. Braun GmbH & Co., Braun Verwaltungsges. mbH.

Vergleich eröffnet: Wuppertal: August Knapp oHG, Velbert 1.

Vergleich beantragt: Albstadt: Zwiirnt Lorch & Zech GmbH & Co. KG, Winterlingen; Alsfeld: Georg Dietz, Büdingen; Herstellung u. Vertrieb v. Bekleidung aller Art; Burgwedel: Merkur Industrie-Service GmbH i. L.; Wellheim: Beko-Warenverwertung GmbH, Gillingen.

Umsatz sinkt, aber weiter mit Gewinn

dpa/VWD, Schweinfurt. Trotz eines real um mehr als fünf Prozent geschrumpften Umsatzes der deutschen Firmengruppe hat die FAG Kugelfischer Georg Schäfer und Co. Schweinfurt, wiederum Gewinn gearbeitet. Nach Angaben von Otto Schäfer, einem der geschäftsführenden Gesellschafter, beläuft sich der Überschuss voraussichtlich auf zwei Drittel des Vorjahreswertes von rund 22 Mill. DM. Geht man von dem, so Schäfer, vor allem durch den Abbau von zu hohen Beständen und „dosierten Einsatz von Kurzarbeit“.

In der deutschen Firmengruppe wurde der Personalbestand durchschnittlich um 4,9 Prozent auf 23 300 Mitarbeiter reduziert. Darüber hinaus habe man bei einer Reihe von freiwilligen Sozialleistungen Einsparungen vorgenommen. Weltweit setzte das Unternehmen - nach vorläufigen Angaben - mit 2,4 Mrd. DM 1,4 Prozent weniger um als im Vorjahr. Der Auftragsbestand hatte zum Jahresende 1982 eine Reichweite von 5,4 Monaten nach 7,3 Monaten zum Jahresende 1981. Weltweit beschäftigt Kugelfischer 28 300 (29 000) Mitarbeiter.

Atlas Copco erhöht die Marktanteile

J.G. Düsseldorf. Mit einem Sprozentigen Rückgang des realen Geschäftsvolumens hat 1982 auch die von der Stockholmer Atlas Copco AG geführte internationale Druckluft- und Hydraulikgruppe die weltweite Konjunkturschwäche drastisch gespürt. Nominal stiegen der Umsatz noch um 6 Prozent auf 7,92 Mrd. skr (2,6 Mrd. DM) und der Auftragseingang um 3 Prozent auf 7,88 Mrd. skr. Aus dem vor Rückstellungen und Steuern vor 353 (370) Mill. skr gesunkenen Gruppengewinn sollen 141 (124) Mill. skr für abwärts 6 skr Dividende je Aktie auf das durch die Volvobeteiligung erhöhte Aktienkapital ausgeschüttet werden.

In Westeuropa, wo die Hälfte des Gruppenumsatzes erzielt wird, habe man trotz der Konjunkturschwäche in vielen Ländern die Marktanteile erhöht. So auch auf dem deutschen Markt, wo der Umsatz bei „befriedigendem“ Gewinn um etwa 7 Prozent auf rund 140 Mill. DM gestiegen ist.

Generell erwartet die Gruppe ein Anhalten der Rezession in den großen Industriestaaten ohne entscheidende Verbesserungen vor Ende 1983.

COLIBRI / Fotolabors kämpfen um Heinze-Umsätze

Bilderpreise unter Druck

DOMINIK SCHMIDT, Lingen. Einen eher noch verstärkten Preiswettbewerb verzeichnet die Colibri Fotolabor GmbH, Lingen. Seit dem Zusammenbruch der Heinze-Gruppe in Gelsenkirchen. Unter den führenden deutschen Fotogroßlabors-Betrieben, so ein Firmensprecher, habe ein heftiger Kampf um die zur Disposition stehenden Marktanteile eingesetzt, der ausschließlich über den Preis geführt werde. Colibri rechnet ebenfalls damit, Anteile hinzugewinnen zu können. Die Auswirkungen auf die Ertragslage indes seien derzeit nicht abzuschätzen.

Zufrieden ist Colibri mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 1982. Der Gruppenumsatz nahm um 4 Prozent auf rund 55 Mill. DM zu, wobei der Farbbildabsatz um etwa 10 Prozent auf weit über 100 Millionen anwuchs. Die Differenz zwischen Absatz und Umsatz maggen deutlich, welche Preissteigerungsstände auch im Berichtsjahr erforderlich waren. Dies sei an dem Unternehmen nicht spurlos vorübergegangen. Gegenüber dem Vorjahr habe sich die Ertragsentwicklung abgeschwächt, wenn gleich noch immer ein positives Ergebnis erwirtschaftet wurde.

Zur Gruppe gehören drei Laborbetriebe: „colibri“ in Lingen, „colorfix“ in Dortmund und „izett“ in Regensburg. Hinzu kommt als Dienstleistungsgesellschaft die Colibri Verwaltung- und Beteiligungs-GmbH und seit Anfang 1982 die Vertriebsgesellschaft „colicolor“ in Hengelo/Niederlande. Insgesamt werden gut 600 Mitarbeiter beschäftigt.

Bearbeitet werden jährlich rund 7 Millionen Aufträge von Fotoamateuren und Porträt-Fotografen. Sie werden über 3500 Verkaufsstellen - Fotofachgeschäfte, Fotodroggerien, Warenhäuser und Filialen mit Fotoabteilungen - im gesamten Bundesgebiet vertrieben. Eine besonders starke Position besitzt das Unternehmen im Bereich der Profifotografie.

Firmengründer Axel Wisniewski zeigt sich trotz der rückläufigen Entwicklung der Branche im vergangenen Jahr - in der Bundesrepublik wurden 6 Prozent weniger Bilder fotografiert und abgesetzt - zuversichtlich. Colibri sei ständig bemüht, der Fotografie neue Impulse zu geben und aktiv zu agieren. Vorrangig gehe es darum, „die F&E an der Fotografie wach zu halten und zu fördern“.

HANSE-MERKUR / Tendenzwende bei Tarifen

Kostendämpfung kam voran

HARALD POSNY, Hamburg. Trotz allgemein wirtschaftlicher Schwierigkeiten hat die Hamburger Hanse-Merkur Versicherungsgruppe 1982 „im wesentlichen positive Ergebnisse“ erreicht. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden der Gruppe, Gerd-Winand Imeyer, galt das für die Geschäftsentwicklung ebenso wie für den Ertrag.

Die Gruppe erzielte ein Beitragsplus von 9,3 Prozent auf 354 Mill. DM, von denen 298 Mill. DM (plus 8,9 Prozent) auf die Krankenversicherung, knapp 57 Mill. DM (plus 7,8 Prozent) auf die Lebensversicherung und 18 Mill. DM (plus 19,3 Prozent) auf die Sachversicherung entfielen.

In der Krankenversicherung wertete Imeyer die Halbierung der Steigerung an gezahlten Leistungen auf 2,6 Prozent (191 Mill. DM) als besonderen Erfolg. Während im ambulanten Bereich ein deutlicher Rückgang der Kosten (minus 1,8 nach plus 3,4 Prozent) zu verzeichnen war, macht die Entwicklung im stationären Bereich (plus 6,3

nach plus 10,1 Prozent) immer noch Sorgen. Vom Beitragszuwachs (ohne Einmalbeiträge) von 6,8 (5,8) Prozent war 1982 jeweils die Hälfte auf Tarifierhöhungen bzw. Neugeschäft zurückzuführen.

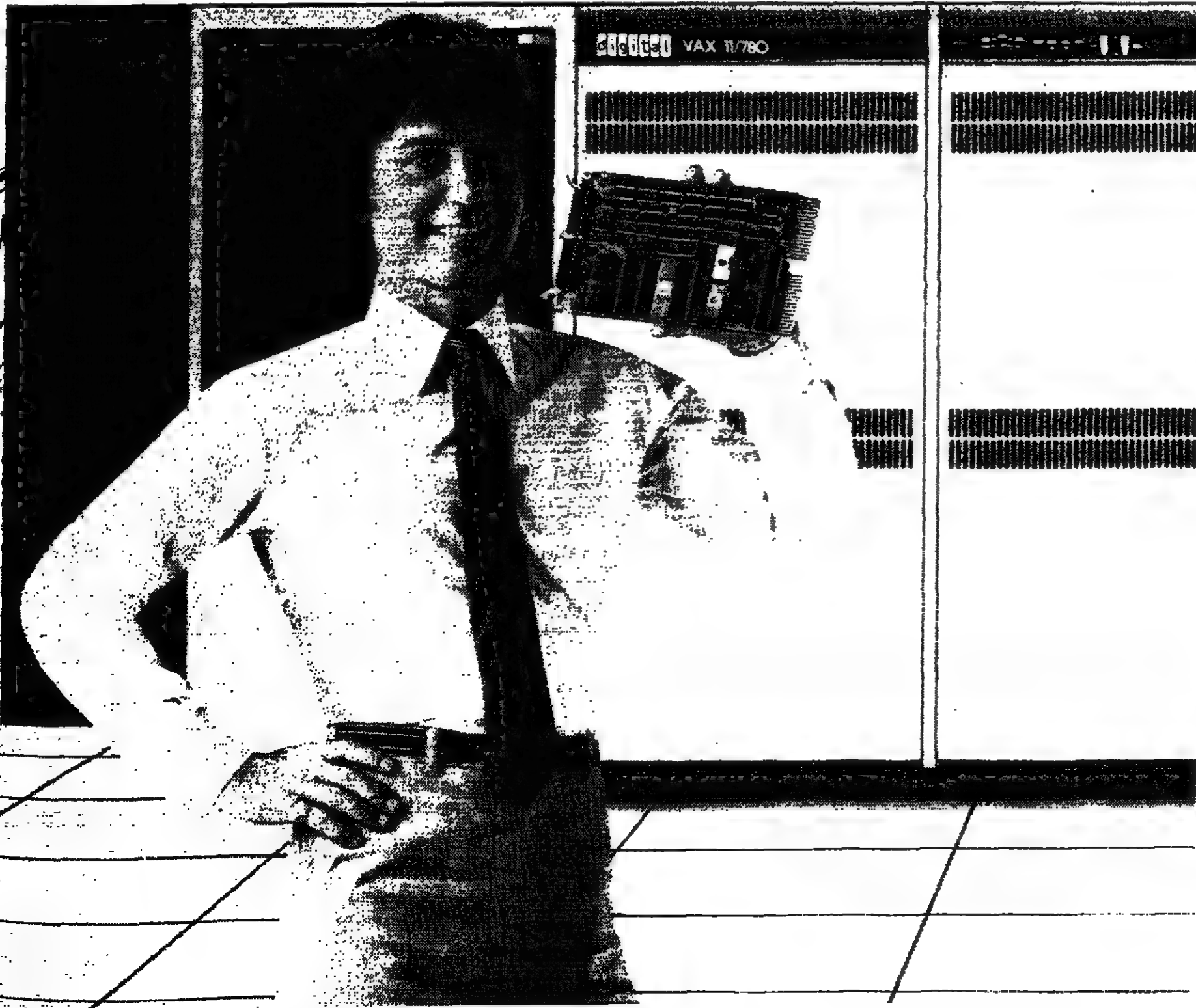
Bis Mitte dieses Jahres werden für 50 bis 60 Prozent der Tarife wiederum Anpassungen um etwa 5 Prozent erfolgen. Gegenüber früheren Steigerungen zwischen 5 und 25 Prozent wertete Imeyer dies als „Tendenzwende“.

Die Hanse-Merkur hatte bei der Beitragsanpassung festgestellt, daß sich die Versicherten - vor die Alternative Beitragssteigerung oder Vereinbarung eines Selbstbehaltungs - gestell - für die Zahlung einer höheren Prämie entschieden.

Für leistungsfähige Vollversicherungen wird bereits für 1983 eine verbesserte Rückvergütung von 3 Monatsbeiträgen für ambulante und stationäre Tarife zugesagt.

Bei der Lebensversicherung stieg der Neuzugang um 16,8 Prozent auf 164, der Bestand um 7,5 Prozent auf 954 Mill. DM.

Wie arbeiten unsere großen und kleinen Systeme? Zusammen.



Wenn Gemeinsamkeit stark macht, gilt das ganz besonders für Computer. Dabei ist jedoch gar nicht so entscheidend, wie viele Computersysteme gleichzeitig einsetzen, sondern wie gut diese Rechner zusammenarbeiten. Warum?

Kein Unternehmen kann es sich leisten, bereits heute in EDV-Anforderungen von übermorgen zu investieren, oder gar alle paar Jahre Computer für viel Geld umzurüsten. Allein der Aufwand, immer wieder neue Software für neue Systeme zu entwickeln, wäre unwirtschaftlich.

Deshalb sind Computersysteme von Digital Equipment so konzipiert, daß große und kleine, alte und neue Rechner auf einfache Art zusammenarbeiten können.

Das bedeutet „Kompatibilität“. Kompatibilität bedeutet auch, daß die riesige Zahl von Software-Programmen, die auf und für unsere Systeme in über zwei Jahrzehnten entwickelt wurden, auch auf DEC-Rechnern heutiger und zukünftiger Generationen genutzt werden können.

Sie können also mit Computersystemen von Digital Equipment jederzeit wirtschaftlich und sinnvoll starten. Sie setzen nur ein, was Sie wirklich brauchen. Wächst Ihr Bedarf, wächst Ihre Anlage mit. Ein Rechner von Digital Equipment läßt sich mühelos in den Informationsfluß Ihres Unternehmens einbinden. Die Kommunikationsfähigkeit mit Systemen anderer Hersteller ist selbstverständlich.

Aber der Computer allein macht's noch nicht. Der Partner und sein Service, der dahinter steht, ist mindestens genauso wichtig. Zum Service gehört z.B. Schulung und Systemwartung. Allein 35 Fachdozenten sorgen dafür, daß Ihre Mitarbeiter in Topform bleiben und die Leistung Ihrer Computer voll ausschöpfen.

Systemwartung, weil vorbeugen billiger ist als reparieren. Selbst im Notfall sind Sie sicher. Per Ferndiagnose stellen wir den Systemfehler schnell fest und informieren einen unserer 450 Service-Techniker. Einer ist immer in Ihrer Nähe.

Das alles und mehr hat uns zum leistungsfähigen Partner für Computeranwendungen gemacht. Heute sind wir bereits der zweitgrößte Computerhersteller der Welt.

Digital Equipment. Wir wünschen gute Zusammenarbeit.

*Umsatz 1982: 3,9 Mrd. \$

Wir möchten mehr über Ihre Computersysteme wissen. Besonders interessieren uns folgende Anwendungsgebiete:

Firma Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

An Digital Equipment GmbH, Frieschützstr. 91, 8000 München 1 Tel. 089-25010 WED

digital
Computersysteme

Was ist eine Muttergenesungswerk?



ennig
va eine angebrannte Christbaumkerze;
fefferkuchenplätzchen; zwei Nüsse;
ein Stück Apfel – spendete jeder Bundesbürger im
itt pro Jahr (!) für das Müttergenesungswerk
wenig mehr, und wir hätten einige Tausend Kunden
tztlich bewilligen können. Ist das Opfer zu groß?
gens: Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Müttergenesungswerk



Stein bei Nürnberg

denkonten:

scheck Nürnberg (BLZ 76010085) Kto.Nr. 8000

drner Bank Nürnberg (BLZ 76080040) Kto.Nr. 123-8000

Tennis: Wie Eltern verhaltensgestörte Kinder heranziehen

Wenn Jugendliche im frühen Alter Sport betreiben, kann das durchaus sehr sinnvoll sein. Weg von der Straße, im Verein unter Gleichgesinnten, das Verkräften von Sieg und Niederlage – so kann der Sport zur Schule für das ganze Leben werden. Wenn aber, wie jetzt bei den deutschen Tennis-Jugendmeisterschaften in Köln, der pädagogische Aspekt und das Spielerische im Sport verlorengehen, kann er auch zur Brutstätte verhaltensgestörter Kinder werden.

Schuld daran sind, man kann es kaum glauben, meistens die Eltern, die ihre Kinder schon frühzeitig unter Erfolgsdruck stellen. Die Vorstellung von den Millionen-Einkünften der Tennis-Stars scheinen ihre Blicke und Sinne getrübt zu haben.

Welche unmöglichen Formen das Verhalten der sogenannten Tennis-Eltern mittlerweile angenommen hat, war in Köln erschreckend deutlich zu erkennen. Über 100 Eltern teilten aus ganz Deutschland an, obwohl die Jugendlichen von Verbandstrainern und Jugendwarten betreut wurden.

den. Rücksichtslos und mit einer beispiellosen Arroganz drängen sie sich in den Vordergrund, ob bei der Hotelreservation oder beim Essen in der Tennis-Halle. Bundestrainer Günther Bosch, neuerdings mit Jugendlichen recht erfolgreich, sagt dazu: „Die Erfolgslust der Eltern ist größer als die der Kinder. Egal mit welchen Mitteln, sie sind süchtig und gierig nach dem Erfolg.“

Verständlich, daß die Kinder diesem Erfolgsdruck der Eltern nicht gewachsen sind und mittlerweile Auswüchse auf dem Platz zu beobachten sind, die schon einen Psychiater erfordern. Das drastische Beispiel hierfür demonstrierten die beiden besten zwölfjährigen Jungen, Sascha Nensel aus Peine und Daniel Richter aus Celle. Als Sascha Nensel in seiner ersten Runde gegen einen bayerischen Jungen antrat, wurden die Zuschauer mit einem derartigen Schwall von Ausdrücken zugedeckt, der sogar John McEnroe wie ein zahmes Lamm erscheinen läßt. Mensch, bin ich blind, Kacke, Fuck, Leck mich am Arsch, Scheiß mich doch an – das ist eine Auslese aus der Endphase im zweiten

Satz. Nach einer kurzen Pause, in der Nensel von seinem Jugendwart und seinem Trainer Jürgen Hakeff ermahnt wurde, während sein Vater in aller Ruhe seine Pfeife stopfte, als gehe ihn dies alles überhaupt nichts an, dauerte es im dritten Satz genau ein Spiel, bis der zwölfjährige wieder loslegte. „Lach mich an, halt's Maul“, in Richtung Vater, „Ich spiele wie einer, der gerade aus der Irrenanstalt geflohen ist, spiel doch lieber Minigolf, es ist nicht mehr zum Anhalten wie ich spiele, es ist zum Kotzen.“

Normalerweise erfordert ein solches Auftreten eine sofortige Sperre. Aber die haben Nensel und Richter schon etliche Male vom DTB und dem Verband hinter sich gebracht, als sie jeweils zum Training und für Turniere gesperrt wurden.

Ein besonderes Schauspiel war dann die erste Doppelrunde, nachdem das erste Doppel, von seiner Bekleidungsform selbstverständlich vom Herdgraben bis zu den Socken, in der Farbe bestens abgestimmt, wie ein Zirkuspaar über den Platz stolzierte und lustlos verloren hatte. Während sich die Kinder auf dem Platz gegenseitig

mit Ausdrücken wie „Halt's Maul, du Arschloch“ oder „Du bist ein Wichser“ beschimpften, versuchten die Eltern Richter dem Verbandstrainer die Vorstellung ihres Sohnes zu erläutern. Da sprach Mutter und Vater, beide noch nicht einmal Hobbyspieler, von „zu großer Kälte in der Halle, der Ballabsprung wäre so ungewohnt hoch“ und daß sie ihren Sohn „frisch und munter am Montag ins Trainingslager abgeliefert hätten“ und in Chorwelle „auf einmal ausbrannt ist“.

Gewiß sind diese Szenen nicht symptomatisch für alle Jugendlichen und Eltern, aber auch der DTB-Jugendwart Dr. Wolfgang Kassing hat in dieser Richtung einen wichtigen Schritt unternommen. „Bei offiziellen DTB-Cup-Wettbewerben dürfen in Zukunft keine Eltern mehr mitreisen.“

Eine andere durchaus passable Lösung sprachen die beiden zwölfjährigen Jungen in ihrem Doppel selbst aus. Nensel: „Ich höre auf mit dem Tennis“, was sein Doppelpartner nur kurz kommentierte: „Das wäre auch das Beste.“

H. J. FOHMANN

IM BLICKPUNKT / Halbfinalspiele im Eishockey – Fußball-Nationalteam vor dem Länderspiel

„Hätte am liebsten das Handtuch geworfen“



Das ging ins Auge: Landschuts Trainer Karel Gut. FOTO: WERX

Am liebsten hätte ich das Handtuch geworfen.“ So reagierte der Trainer Karel Gut auf die in dieser Höhe völlig unerwartete 3:13-Niederlage des EV Landshut im zweiten Halbfinalspiel um die deutsche Eishockey-Meisterschaft beim Kölner EC. Ein ähnliches Debakel hatte der Tschechoslowake zuvor nur einmal erlebt. Bei der Weltmeisterschaft 1970 in Moskau unterlag er mit der CSSR, mit der er 1976 und 1977 Weltmeister geworden war, der UdSSR mit 1:11.

Doch vor den dritten Halbfinalbegegnungen heute Abend zwischen Landshut und Köln sowie dem Mannheimer ERC und dem SB Rosenheim lief der Landschuter schon wieder optimistisch. „Auch damals ist die Welt nicht untergegangen. Wir werden uns wieder auf unsere Stärken besinnen, schließlich können wir das Eishockeyspielen nicht in zwei Tagen erlernen“, machte Karel Gut sich und der Mannschaft nach der ersten zweistelligen Niederlage unter seiner Führung Mut.

Mut mußte nach dem Spiel vor allem dem Landschuter Torwart Engelbrecht zugesprochen werden. Der Nationaltorhüter hatte mit seinen Fehlgriffen im ersten Drittel einen gewichtigen Anteil an der Niederlage. An vier der sechs Kölner Treffer im ersten Abschnitt war Engelbrecht zumindest nicht schuldig. Beim Stande von 0:6 ließ sich der Torwart völlig entnervt auswechseln.

Im zweiten Halbfinalspiel verließ ebenfalls der Gewinner der ersten Runde geschlagen das Eis. Der Mannheimer ERC, 5:3-Sieger beim ersten Treffen, mußte beim 1:6 in Rosenheim vor allem die physische Überlegenheit des Titelverteidigers anerkennen. Unter den Augen von Bundestrainer Xaver Unsinn fielen bei Rosenheim die Ausgeglichenheit der Sturmreihen und die Torgefährlichkeit der Abwehrspieler auf. Vier der sechs Tore erzielten die Verteidiger Klaus und Scharf.

Bei den Mannheimern machten sich dagegen erste Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Bereits nach 35 Minuten, als Rosenheim das vorentscheidende 5:1 gelang,

„Das Team gibt es nicht noch mal“



Beim ersten Mal gleich zum Einsatz: Wolfgang Roff. FOTO: BONGARS

Wird das die erhoffte Generalprobe für die Europameisterschaft oder ein Muster ohne Wert? Karl-Heinz Rummenigge glaubt vor dem Länderspielauftakt des Jahres 1983 gegen Portugal am Mittwoch (22 Uhr MEZ, live im ZDF) in Lissabon eher an die zweite Möglichkeit. „Das Mannschaftsfoto wird Selbsteinschätzung sein, denn ich weiß, daß wir nie mehr in dieser Besetzung spielen“, sagt Rummenigge. Aber er fügt hinzu: „Wir stehen vor der gleichen Situation wie vor vier Jahren, als wir 0:0 auf Malta und in der Türkei verloren und ebenfalls keine richtige Mannschaft besaßen.“

Ein kritische Standortbestimmung also und aus ihr ist abzuleiten, daß in Lissabon, egal, was das Ergebnis gegen die international nur zweitklassigen Portugiesen auch lauten wird, kaum ein wichtiger Meilenstein für kommende Aufgaben gesetzt werden kann. Wir sind auf der Suche nach einer neuen Elf. Und bei dieser Suche muß man etwas ausprobieren, selbst auf die Gefahr hin, daß man einmal verliert“, glaubt auch Jupp Derwall. Umtriebe aber spricht er von „sechs Fixpunkten“, an denen sich international unerfahrene Leute wie die Debütanten Jonny Otten und Wolfgang Roff, aber auch Rudi Völler orientieren sollen.

Derwall nennt Harald Schumacher, Karl-Heinz Rummenigge und Pierre Littbarski offen. Feste Größen dürften für ihn außerdem Karl-Heinz Förster, Hans-Peter Briegel und der zuletzt oft enttäuschte Manfred Kaltz sein. „Rudi Völler ist vielleicht der siebte Mann“, Derwall traut dem Bremer bei seinem ersten Einsatz über 90 Minuten eine große Leistung zu. Dazu kämen die diesmal unabkömmlichen Uli Stielike und Bernd Schuster, der noch verletzte Gerd Strack und wohl auch der reifer gewordene Mönchengladbacher Lothar Matthäus. „Ja“, sagt Derwall, „so könnte die Mannschaft aussehen, die am 30. März in Albanien das zweite Qualifikationsspiel für die EM bestreitet.“

Ein Kardinalproblem aber brennt ihm unter den Nägeln, selbst wenn Bernd Schuster nach dem ersten Spiel in Lissabon zurückkehren sollte. „Wir haben miteinander gesprochen und werden noch vor dem nächsten Länderspiel in Albanien wieder miteinander reden. Die Entscheidung, ob er zurückkehrt, ist noch offen“, sagt Derwall. Ob aber der bald 30 Jahre alte Hamburger, der große Regisseur für die EM 1984 werden kann, muß zumindest bezweifelt werden, denn er überzeuge im DFB-Trikot doch nur sporadisch.

Nach dem heutigen Training will Derwall die endgültige Mannschaftsaufstellung bekanntgeben. Die voraussichtliche Formation: Schumacher – B. Förster – Kaltz, K.H. Förster, Otten – Matthäus, Roff, Briegel – Rummenigge, Völler, Littbarski. In Reserve: Imnel, Hieronymus, K. Alofs, Meier, Dremmler.

Bayerin mit Widersprüchen: Veronika Fitz

Ihr Hausgott heißt Noelte

Sie ist eine echte Bayerin und Seine gut aussehende Person, wirkt „geflügelt“, wie man in München sagt: Veronika Fitz. Aber wenn der Ausdruck „Volkschauspieler“ fällt, stemmt sie sich dagegen, vehement, um am Schluß resignierend festzustellen: „Komme ich denn nie davon los?“ Sie will nun mal auf keinen Typ festgelegt werden, verweist auf die Regisseure Rudolf Noelte und Dieter Dorn, unter deren Regie sie erfolgreich spielte, und mit kraftvollem Talent bewies, daß sie Klischees trotzten kann.

Veronika Fitz entstammt einer Künstlerfamilie: Der Vater Schauspieler, dann Autor bayerischer Volkstücke und ein Lautensänger mit gewaltigem Liederrepertoire.

Der Garten – ZDF, 19.30 Uhr

Die Mutter leitete die Münchner Mütterbühne. Wen wundert's, daß alle fünf Kinder einen künstlerischen Beruf ergriffen haben. Auch die nächste Generation ist bereits aktiv: Lisa Fitz, ihre Nichte, hat sich als Sängerin und Schauspielerin einen Namen gemacht.

Veronika Fitz ging mit 18 Jahren auf die Felsenberg-Schule, später arbeitete sie viele Jahre an den Münchner Kammerspielen. Dann kamen Fernsehrollen, die Fitz wollte flexibler sein, ging fort aus dem festen Ensemble. Sie spielte am Burgtheater in Wien, in Ham-

burg und Berlin; unter Noelte in der „Wildente“ und im „Arzt am Scheideweg“. Dieser Regisseur ist seitdem ihr „Hausgott“. Da stimmt alles, jeder Schritt, jede Geste, die Haltung, alles verwandelt sich unter Noeltes Regie zur Einheit, zur vollendeten Harmonie. Hier, unter ihm, hatte ich das Gefühl der Weiterentwicklung.

In den vergangenen Jahren war Veronika Fitz vor allem im Fernsehen zu sehen: Ob im „Tatort“, oder in „Mensch Meier“ von Kroetz, in Abendserien und natürlich vor allem in Dialektstücken. „Doch nur in Volksstücken zu spielen, macht Komplexen“, erläutert sie nochmals ihren Vorbehalt gegen den Begriff Volkschauspieler. „Obwohl es“, so fährt sie fort, „leichter fällt, in Volksstücken aufzutreten. Denn die gleiche Natürlichkeit und Direktheit im Hochdeutschen zu erreichen, das bedarf es viel Mühe und Arbeit.“

Heute Abend sehen wir sie in der Komödie „Der Garten“ mit Elisabeth Bergner und Gert Fröbe in der Regie von Wolfgang Liebeneiner. Begeistert spricht sie von der fabelhaften Zusammenarbeit mit diesen „Alt-Stars“.

Über ihr Verhältnis zum elektronischen Medium, sagt sie, habe sie gerade von der Kamera, denn hier kommen auch die feinen Reaktionen zutage, nämlich die, die man im Theater schon überhört haben muß. Über Fernsehregisseure: „Geführt wird man von ihnen



Wehrt sich gegen das Etikett „Volkschauspielerin“: Veronika Fitz. FOTO: SCHULZE-BERGER

nicht. Hier dreht man routiniert die einzelnen Partien ab, und die haben zu sitzen.“

Veronika Fitz lebt in der Nähe von München. „Theaterspielen kann ich sicher auch woanders. Aber leben nur hier: denn hier sind meine Wurzeln.“ In Bezug auf ihre Arbeit hingegen schwärmt sie noch immer: Einerseits würde sie gern wieder in ein festes Ensemble, andererseits das Fernsehen auch nicht ganz missen. Und während sie so über ihre Zukunft räsoniert, taucht der Plan einer „One-Woman-Show“ auf. „Ich möchte meine Nebenbühnenrollen der Literatur spielerisch darbieten. Texte Skizzen von Andersen, Gellert, Hebel und Heine. Noch ist dieser Plan ein zartes Pflänzchen, reift erst langsam.“

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Ein Paradies namens Harvard

Wer heutzutage durch die Universitäten der Bundesrepublik Deutschland streift, findet wenig von der alten Humboldtschen Herrlichkeit, die einst die deutschen Geisteswissenschaften zu Vorbildern für – fast – alle Welt machte. Der Wanderer sieht beschmierte Wände, hört frustrierte Studenten, die „Null Block“ haben, findet selten eine fördernde Atmosphäre vor, in der eine amorphe Masse zukünftiger Akademiker zum Examen transportiert wird.

Und zu diesem äußeren Bild paßt auch die innere Verfassung: Niemand wird bestreitet, daß deutsche Universitäten immer noch leistungsfähig sind, aber dies entlockt dem Betrachter Staunen und muß mit dem Wörtchen „trotzdem“ versehen werden.

Was für eine Welt tut sich auf, wenn man über den Atlantik blickt? Alexander Schuller entführt in ein Paradies, genannt Harvard-Universität. „Last an der Leistung – Die amerikanische Uni-

versität heute“ (ARD), schon der Titel des Beitrags verdeutlicht den Unterschied zur universitären Wirklichkeit in unserer Republik.

Wer hätte in den vergangenen Jahren schon einmal im deutschen Fernsehen einen Studenten aus Heidelberg oder München, Berlin oder Hamburg – und den ganzen Studenten kamen wahrhaft reichlich zu Worte – sicher und dennoch bescheiden sagen hören: „Ich arbeite viel, oft bis abends um 11 Uhr – aber mir bringt Lernen Spaß.“ Oder einen Satz wie: „Ich studiere, um später etwas für mein Land tun zu können?“

Bejahung des Leistungsprinzips, Streben nach einem humanistischen Ideal, mitmenschliche Wärme und hervorragende Leistungen: Harvard, wir haben viel zu lernen.

Gediegen und hinterzinnig

Wenn es nicht mündertlich fehl am Platz wäre, müßte man sagen, es war eine Riesengaudi, was die „Nordlichter“ (ZDF) uns da eine gute Stunde lang aufge-

tischt haben. Sie zeigten uns nämlich, wie sie wirklich sind: so bieder und gediegen, so nordseetierisch ernst und hölzern, daß, wer sie nicht kennt, erst einmal reitappt, bevor er kapiert, daß er arg veräppelt wurde. Das gelang beispielsweise Heinz Reinecke als hinterlistigen Obstdieb aus dem Alten Lande vortrefflich mit einer Berliner Großschauze. Überzeugend von Jörg Pleva gemimt.

In anderen Episoden war man so richtig betuttelt und pöblicher: Beinahe unwirksam als Ostfriesen Uwe Dallmeier mit vergnügtem Gesicht und Hans-Albers-Gemüt. Ida Ehre gab eine köstliche alte Dame zwar „von Stand“, aber bei- leibe nicht steif.

Natürlich gibt es im Norden zwischen Watt und Weidstied nicht nur ruhige Schönen aus goldener Herrenszeit. Das bewies der von Ferienfreunden heimgesuchte Gert Haucke als man ihm – unangemeldet – auf die Pelle rückte und darob seiner komödiantischen Humorlosigkeit freien Lauf ließ. Auch das alibi, nur eins nicht, was man unweismachen wollte: so viel blauen Himmel und so wenig Regenschirme. KNUT TESKE

SPORT-NACHRICHTEN

Fans in Lebensgefahr

Turin (dpa) – Zwei Schwer- und 21 Leichtverletzte forderten Zuschauererschreitungen bei den italienischen Fußball-Meisterschaften in Turin und Mailand. Zwei Fans schweben noch immer in Lebensgefahr.

Zweimal gegen Kanada

München (sid) – Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft wird als Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft (16. April bis 3. Mai)

Großauftrag für energiesparende Antriebe

In Australien fährt die Straßenbahn mit AEG

Die AEG erhielt aus Australien einen Auftrag in Höhe von 12 Mio. DM zur Lieferung der elektrischen Antriebssysteme für 30 Straßenbahnen. Sie sind für Melbourne bestimmt, wo schon seit 1980 einhundert Straßenbahnen mit energiesparenden Antriebssystemen von AEG fahren. Damit kann bis zu 30 Prozent der elektrischen Energie eingespart werden. Über 1000 Straßen-, Stadt- und U-Bahnen fahren bereits in allen Teilen der Welt mit diesen energieökonomischen Antrieben von AEG.

zwei Spiele gegen Kanada bestreiten. Am 9. April in Dortmund und einen Tag später in Frankfurt trifft die Mannschaft von Xaver Unsinn auf den Rekord-Weltmeister.

Nagel-Tornau gewinnt

Neumünster (sid) – Peter Nagel-Tornau (Attendorf) gewann beim Hallenreitturnier von Neumünster den Großen Preis. Auf Schwerin siegte er nach zwei Umläufen im Stechen mit null Fehlerpunkten in 26 Sekunden vor Michael Rüping (Itzehoe) auf Caletto (0:28,6).

WM in Deutschland?

Düsseldorf (sid) – Möglicherweise wird die Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), schloß eine Kandidatur Brasiliens, Mexikos, USA und Kanada vorläufig aus, falls die vier Kandidaten Brasilien, Mexiko, USA und Kanada verzichten sollten oder die geforderten Auflagen nicht erfüllen könnten.

Entscheidung am Samstag

Frankfurt (sid) – Die endgültige Entscheidung über den Wechsel von Horst Köppel, Trainer beim Bundesligaklub Arminia Bielefeld, zum Deutschen Fußball-Bund (DFB) als Jugendtrainer und Assistent von Bundestrainer Jupp Derwall soll am Samstag fallen: „Es fehlt nur noch das gegenseitige Ja-Wort.“

Kunze lief Weltrekord

Seufzenberg (sid) – Bei den Hallen-Leichtathletik-Meisterschaften der DDR in Seufzenberg lief Jörg Kunze in 13:13,3 Minuten einen neuen 5000-Meter-Weltrekord. Eine neue Bestzeit stellte auch Marlies Göhr über die 100-Yards-Strecke in 10,29 Sekunden auf.

ZAHLEN

SKI NORDISCH
Skiflug-Weltcup in Vikersund/Norwegen: 1. Nylken (Finland) 354,5 Punkte (140+145+147), 2. Hansson (Norwegen) 354,0 (147+131+140), 3. Ploc (Südtirol) 351,0 (145+147). Endergebnis: 1. Nylken 1024,5 Punkte, 2. Ploc 1024,0, 3. Bulu (Kanada) 1023,5, 4. Bauer 998,0, 5. Klausner (beide Deutschland) 951,0.

BOB**Zweierbob-Weltmeisterschaft in Lake Placid:** 1. Fiechter/Leuthold (Schweiz) 4:01,42, 2. Schärer/Rüegg (Schweiz) 4:02,73, 3. Hoppe/Schauerhammer (DDR*) 4:04,21, 4. Welkenhorst/Hartmann 4:05,51, 7. Kopp/Schumacher (alle Deutschland) 4:06,88.

TENNIS**Masters-Turnier der deutschen Winter-Serie in Münster, Herres-Kinzel, Endspiel:** Edberg (Schweden) – Zipp (Deutschland) 6:7, 6:3, 7:5.

US-Hallenmeisterschaften in Memphis, Einzel: Connors – G. May – (beide USA) 7:5, 6:8 – Doppel, Finales: McNamee/McNamee (Australien) – G. Gullikson/Tom Gullikson (USA) 6:3, 5:7, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Vina del Mar, Einzel: Fiechter (Paraguay) – Filoli (Chile) 7:6, 5:6, 6:4.

Damenturnier in Chicago, Einzel: Finales: Navratilova – Jaeger (beide USA) 6:3, 6:2.

FECHTEN**Sieben-Nationen-Turnier der Florett-Fechterinnen in Frankfurt, Endstand:** 1. Deutschland 6 Punkte, 2. China 5, 3. Ungarn 5, Einzelergebnisse der deutschen Mannschaft: Deutschland – UdSSR 8:6 (aufgrund der besseren Trefferdifferenz gewonnen), Ungarn 6:8, Italien 9:5, Frankreich 9:4, Deutschland II 8:1, China 9:6, Polen 9:4.

GEWINNZAHLEN
Auswahlwette „6 aus 45“: 5, 6, 30, 32, 40, 42, Zusatzspiel: 28. (Ohne Gewähr).

STAND PUNKT

Inzell nicht im Absbeits

Kein Zweifel, abgesehen von Monika Holzer stehen die deutschen Eisschnellläufer im Absbeits. Warum, weiß kein Fachmann, denn die Konkurrenz trainiert schließlich häufig dort, wo auch die Deutschen meist vergebens üben: in Inzell. Und die Großen der Eisschnelllauf-Zunft testen im kaltesten Winkel Bayerns auch ihre Form vor Weltmeisterschaften – erfolgreich. Am Wochenende verbesserte zum Beispiel der Japaner Akira Kuroiwa mit fantastischen 37,32 Sekunden den Bahnrekord über 500 Meter. Der Japaner ist freilich auch der Top-Favorit für die Sprint-Weltmeisterschaften am Wochenende in Helsinki.

Kuroiwas Rekord war kein Zufallstreffer, denn drei sowjetische Sprinter blieben in Inzell ebenfalls unter der 38-Sekunden-Grenze. Das alles läßt Träume reifen. Die Japaner wollen in zehn Tagen nach Bayern zurückkehren, um beim alljährlichen „Goldenen Schlittschuh“-Weltrekord aufzustellen – über 500 Meter unter 37 Sekunden.

Als „Nabel der Eisschnelllauf-Welt“ hat Stadion-Direktor Gerd Zimmermann, der frühere Weltklasse-Läufer, Inzell einmal bezeichnet. 80 Weltrekorde wurden bisher auf dem Kunsteis-Oval im Chiemgau gelaufen. Trotz der Konkurrenz der sowjetischen Hochgebirgsläufer Medeo – Inzell gerät nicht ins Absbeits.

K. Bl.



Elisabeth Bergner und Gert Fröbe in der englischen Komödie „Der Garten“, ZDF, 19.30 Uhr. FOTO: TELEBUNK

III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen	12.15 Kontraste
10.25 Loco und Réjane	12.55 Prosechos
11.55 Unesco	13.00 Tagesschau
14.10 Tagesschau	14.00 heute
14.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
14.25 Film von Peter Bernbeck	14.00 heute
14.30 Tagesschau	14.00 heute
14.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
14.40 Tagesschau	14.00 heute
14.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
14.50 Tagesschau	14.00 heute
14.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
15.00 Tagesschau	14.00 heute
15.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
15.10 Tagesschau	14.00 heute
15.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
15.20 Tagesschau	14.00 heute
15.25 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
15.30 Tagesschau	14.00 heute
15.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
15.40 Tagesschau	14.00 heute
15.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
15.50 Tagesschau	14.00 heute
15.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
16.00 Tagesschau	14.00 heute
16.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
16.10 Tagesschau	14.00 heute
16.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
16.20 Tagesschau	14.00 heute
16.25 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
16.30 Tagesschau	14.00 heute
16.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
16.40 Tagesschau	14.00 heute
16.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
16.50 Tagesschau	14.00 heute
16.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
17.00 Tagesschau	14.00 heute
17.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
17.10 Tagesschau	14.00 heute
17.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
17.20 Tagesschau	14.00 heute
17.25 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
17.30 Tagesschau	14.00 heute
17.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
17.40 Tagesschau	14.00 heute
17.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
17.50 Tagesschau	14.00 heute
17.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
18.00 Tagesschau	14.00 heute
18.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
18.10 Tagesschau	14.00 heute
18.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
18.20 Tagesschau	14.00 heute
18.25 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
18.30 Tagesschau	14.00 heute
18.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
18.40 Tagesschau	14.00 heute
18.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
18.50 Tagesschau	14.00 heute
18.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
19.00 Tagesschau	14.00 heute
19.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
19.10 Tagesschau	14.00 heute
19.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
19.20 Tagesschau	14.00 heute
19.25 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
19.30 Tagesschau	14.00 heute
19.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
19.40 Tagesschau	14.00 heute
19.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
19.50 Tagesschau	14.00 heute
19.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
20.00 Tagesschau	14.00 heute
20.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
20.10 Tagesschau	14.00 heute
20.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
20.20 Tagesschau	14.00 heute
20.25 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
20.30 Tagesschau	14.00 heute
20.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
20.40 Tagesschau	14.00 heute
20.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
20.50 Tagesschau	14.00 heute
20.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
21.00 Tagesschau	14.00 heute
21.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
21.10 Tagesschau	14.00 heute
21.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
21.20 Tagesschau	14.00 heute
21.25 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
21.30 Tagesschau	14.00 heute
21.35 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
21.40 Tagesschau	14.00 heute
21.45 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
21.50 Tagesschau	14.00 heute
21.55 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
22.00 Tagesschau	14.00 heute
22.05 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
22.10 Tagesschau	14.00 heute
22.15 Die Schlösser an der Loire	14.00 heute
22.20 Tagesschau	14.

Unehrenvoll gescheitert

Der Film ist eine Katastrophe. Sein Titel lautet „Krieg und Frieden“, aber eigentlich müßte es „Das Nichts können“ heißen. Seine Macher dürften, wenn alles mit rechten Dingen zuging, in der nächsten Zeit zur Strafe für einen solchen Flop kein bißchen Bein mehr auf den Boden bekommen.

Alexander Kluge, Volker Schlöndorff und Stefan Aust heißen die Macher. Sie wollten mit ihrem Film einen Beitrag zum Wahlkampf leisten, „gegen den Krieg protestieren“, und einige Kritiker schrieben denn auch begütigend, angesichts dieses „gewaltigen Themas“ sei es ehrenvoll, zu scheitern. Doch das ist nichts als anbieterischer Schwulst. Man kann – siehe etwa „Im Westen nichts Neues“ – durchaus eindrucksvolle pazifistische Filme drehen, die die Massen ergreifen und politische Wirkung entfalten. „Krieg und Frieden“ hat die Kluge & Co. jedoch entfallen. Nicht der Krieg wird hier entlarvt, sondern die Gleichgültigkeit der Regisseure gegenüber ihrem Publikum.

Hamburger Staatsoper: Rossinis „Semiramide“

Horror über alle Berge

Der Schauplatz galt als Weltwunder, als ein Locus amoenus der Antike, doch was in Rossinis Opera seria „Semiramide“ die Handlung in die Hängenden Gärten von Babylon verlegt, ist verkehrt das Wahre in abstruse Schrecken. Aus riesiger Sophokleischer Odipus, Iphigeneia und babilonischer Scharade wird zusammengeknüttelt, läßt das Libretto auf Voltaire'schen Spuren weder Gatten-Gift noch den Sohn als Liebhaber, er Mütter Semiramis noch Mordmörder aus.

Wie Rossini, der behende Komponist des „Barbiers“, der „Italinin in Algier“, die krude Story musikalisch veredelte, hat das Publikum nach der Uraufführung 1793 in Venedig eine lange Zeit nicht heftig, dann Jahrzehntelang überhaupt nicht mehr interessiert. Erst nach den kraftvollen Wiederholungen in den sechziger Jahren mit den Koloraturgiganten Sutherland, Simionato, Orme unter Bonynges harmlos-nachlässigem Engagement ist dieses „melodramma tragico“ wieder in unser Bewußtsein gelangt. Und nach der Bühnen-Präsentation in Aix-les-Bains 1980 konnte man nun in Hamburg am konzertanten Modell prüfen, ob sich das Werk überhaupt über die achtzigjährige Lebensdauer hinaus retten läßt.

Nun, was das Horror-Sujet betrifft, so kann man es – grob gesagt – vergessen. Es war kaum mehr als ein Anlaß für Rossinis überbordende musikalische Inspirationen. Und wenn die „Semiramis“ auch nicht so geschossen ist wie er später „Guillaume Tell“, so läßt sie aber kompositorisch auf sehr weite Strecken groben Denunziationen von „leeren Ohren“ und „Leierkastenmusik“.

Sensationelle Entdeckung der Krebsforscher

Ist das der Durchbruch?

Die menschlichen Erbanlagen, die Gene, stehen schon seit langem unter dem dringenden Verdacht, an der bösartigen Zellteilung, die man Krebs nennt, zumindest mitschuldig zu sein, wenn nicht sogar die Hauptverantwortung dafür zu tragen. Befunde aus Experimenten ließen die Wissenschaftler daran glauben, auch die Beobachtung der Klinik, daß bestimmte Krebsformen familiär häufig vorkommen. Der naturwissenschaftliche Beweis an Menschen war jedoch noch nicht zu bringen. Experimente mit dem Mäuschen sind in den letzten Jahren durch revolutionäre neue Verfahren erleichtert worden, allen voran die Gentechnologie, mit der verschiedene Erbanlagen miteinander kombiniert werden können. Für Molekularbiologen eine temeräre neue Dimension ist schier unerschöpflichen neuen Forschungsimpulsen.

Dank dieser neuen Methode ist es nun Experten des amerikanischen Krebsforschungszentrums in Bethesda gelungen, den Unterschied zwischen den Erbanlagen einer normalen Blaszelle und einer entarteten „Schwester“ exakt aufzuweisen. Lediglich ein einziges Basenpaar der Kernsäure in der entarteten Zelle war ausgefallen, aber das hatte zur Folge, daß nicht wie vorgesehen, die unmissbare Glyzin produziert wurde, sondern Valin. Eine veränderte Aminosäure, die wiederum noch gar nicht zuhause sein sollte, hatte das Rätsel der Krebsentstehung so einfach zu lösen sei! Ein Produktionsriß im Gen, der zu einem von Hunderten von Eiweißstoffen, die im Körper pausenlos auf und abgebaut werden?

Daß eine kleine Unregelmäßigkeit in den Genen bereits ausreicht, um Zellen zum ziellosen Wachstum anzuregen, legen auch die Befunde aus der Universitätskinderklinik in Los Angeles nahe, die soeben in der amerikanischen Wissenschaftszeitung „Science“ publiziert wurden. Die Schlussfolgerungen aus den beiden Forschungsberichten unterstützen eine inzwischen zehn Jahre alte These: Krebs entsteht entweder durch die Mobilisierung spezieller Krebsgene oder durch den Ver-

wird mit Erbsen aus Spielzeugkanonen geschossen, die zudem noch alle nach hinten losgehen. Ein bombastischer Montage-Salat, von räumlichen Zitate begleitet, verleiht dem Krieg, statt ihn zu „entlarven“, eher metaphysischen Tiefgang und eine Art von höherer Bedeutung. Die Sequenzen gegen den Kanzler Kohl sind derart naiv-demagogisch zusammengeschneitten, daß jeder Klippfehler die hetzerische Absicht sofort durchschaut. Zwei von Heinrich Böll beigezeichnete Zeichnungen, die den Krieg völlig willkürlich in infantile Inszenierung wurden, werden in der Spielgruppe würde sich solcher „Regieleistungen“ schämen.

Von einem ehrenvollen Scheitern kann überhaupt nicht die Rede sein. Dazu hätte man sich wenigstens ein Minimum an Mühe geben müssen, statt dessen reitet hier jeder der Regisseure sein kleines Privathobby, und der Betrachter wird den Verdacht nicht los, als habe jeder von ihnen während der Dreharbeiten an einer ganz anderen Arbeit gearbeitet, als sei „Krieg und Frieden“ nur so nebenbei mit der linken Hand gemacht worden. Nicht der Krieg wird hier entlarvt, sondern die Gleichgültigkeit der Regisseure gegenüber ihrem Publikum.

Die Freude an dieser Rossini-Semiramis, ihrer soghaft sprudelnden Bewegung ist natürlich nichts ohne die halbbrüchlichen Koloratur-Künste, die Rossini seinen Sängerinnen der Semiramis und des für Contralto geschriebenen Arsace abverlangt, die wirklich alle Feinheiten des „canto fiorito“ beherrschen müssen. Daß man die beiden Protagonisten der Aix-les-Bains-Produktion für Hamburg gewinnen konnte, gab deshalb der Aufführung sogleich einen sensationellen Anstrich. Unvergleichlich, mit welcher Geschmeidigkeit, Delikatessen und Koloratur-Bravour, ohne es an Gefühl und Dramatik fehlen zu lassen, Marilyn Horne den Arsace sang, Montserrat Caballé als Semiramis vollbrachte belcantistische Wunderwerke und ließ ihre berühmten Piano-Künste voll entfalten, wenn auch die Hängenden Gärten, den vollen Genuß trübten. Mit großer Souveränität und glänzend vokalem Niveau formten auch Samuel Ramey als Thronfolger Assur und Francisco Araiza als Prinz Idreno ihre sängerischen heiligen Partien aus. Die Ovationen hatten Rossini-Temperaturen und schlossen den beweglichen, aber mühsamer etwas knallig dirigierenden Michel Plasson und die Philharmoniker euphorisch mit ein.

KLARE WARNECKE

Deutsche Erstaufführung: Luc Bondy inszeniert in München Edward Bonds neues Stück „Sommer“

Alte Geschichte von Leben und Tod

Die Wahrheit, so behauptet der englische Dramatiker Edward Bond, liegt immer an der Oberfläche. Sein jüngstes Stück mit dem ebenso lapidaren wie ironischen Titel „Sommer“, das Luc Bondy an den Münchner Kammerspielen inszeniert hat, folgt diesem Bekenntnis. Es ist eine alte Geschichte: von Leben und Tod, von reich und arm, von fremd und vertraut, von Schuld und Gerechtigkeit. Aber Bond erzählt diese Geschichte neu, indem er sie banal erzählt, banal bis zur Kitschigkeit, oberflächlich bis zur Abzärtlichkeit.

Ein Touristenort, wahrscheinlich am Mittelmeer, vielleicht Jugoslawien. Jahr für Jahr kommt eine Engländerin namens Xenia mit ihrer Tochter Ann hierher. Das Haus ist der Ort, an dem sie aufgewachsen ist. Es hat ihren Vater gehört, und die neue Herrin des Hauses ist ihre ehemalige Dienstinne Martha. Xenia sucht hier alljährlich das, was man heutzutage so gerne sucht – sich selbst, ihre Vergangenheit, ihre Identität.

Aber in diesem Jahr ist es anders. Martha hat Lymphdrüsenkrebs, ihr Tod ist jeden Augenblick zu erwarten. Xenias Suche wird sich also nicht wie bisher lassen: was sie diesmal nicht findet, wird sie nie mehr finden. Und auch für Martha ist es die letzte Chance, Gerechtigkeit zu erlangen. Denn da gab es noch dieses Ereignis in der Vergangenheit: Xenia hat Martha vor der Hinrichtung durch ein deutsches Erschießungskommando bewahrt. Aber daraus folgt nun nicht etwa Dankbarkeit, wie man vermuten sollte, sondern Haß, weil Martha sich vor ihr, von Xenia zum Solidaritätsbruch mit ihren Leidensgenossen verführt worden zu sein.

Was in diesem „Sommer“ geschieht, ist eine Art Generalabrechnung mit den Fragen des Daseins. Was ist Tod, was ist Leben? Was ist Subjektivität, was historisch-sozialer Determinismus? Gibt es überhaupt so etwas wie eine mögliche Vermittlung zwischen den Widersprüchen der Existenz?

Edward Bond will keine Psychologie. Der Zuschauer, der dieses Stück auftritt als Zeuge des bösen Vergangenen, verkörpert eben einfach das Böse. Er versteht nichts und ist selbst nicht zu verstehen. Er ist grotesk bis zur Verleugung. Er ist, wie er ist. Da gibt es nichts zu erklären. Bond möchte gern antiken Vorbildern folgen. Seine Gestalten sind Archetypen. Darüber braucht man dann kaum noch nachzudenken.

„Das Publikum soll wieder eine Chance haben“ – Porträt des Münchener Filmemachers Percy Adlon

Den Steuermann nicht in den Maschinenraum!

Er geht in seinen Filmen ungeachtet der persönlichen Neigungen nach, pflegt ohne Rücksicht seine privaten Vorlieben. Und gerade damit ist er unter den Filmkünstlern unserer Tage zur unverwechselbaren Figur geworden. Zwei Filme reichen, um ihn in die vorderste Reihe zu bringen. Percy Adlon, 48, gehört zu unseren besten Regisseuren.

Er ist ein ruhiger, freundlicher Mann, aber mit Energie unter der Haut. Das spürt man gleich, wenn man mit ihm ins Gespräch kommt. Seine Filme „Celeste“ (die Geschichte der langjährigen Verlobten von Marcel Proust) und „Fünf letzte Tage“ (die Begegnung Sophie Scholls mit einer älteren Frau im Münchener Gestapo-Gefängnis vor ihrer Hinrichtung) fordern heraus, lassen eine federnde Eleganz erkennen, die selten ist hierzulande. Es sind keine spontanen Publikumserfolge, sie tragen auch keine eingängigen Verkündigungen vor sich her. Percy Adlons Themen sind subtil, zuweilen launig, für den Betrachter. Dennoch (oder eben deshalb) läßt sich dieser Regisseur ganz auf den Menschen ein, nie auf Programme, und steht damit im Gegensatz zur Mehrheit seiner filmischen Kollegen.

Das Publikum soll wieder die Chance haben, zu atmen“, sagt er. „Bei den meisten heutigen Filmen habe ich das Gefühl, man will auf die Menschen einhämmern mit Lärm, mit Technik, mit Fiktion. Es ist, als wolle man sie an die Schultertackeln und schütteln.“



Deutsche Vergangenheitsbewältigung auf britisch: Irene Claris, Doris Schade und Cornelia Froboess (von links) in der Bond-Produktion der Münchener Kammerspiele

FOTO: WINFRED RABANUS

Am deutlichsten wird das in Bonds polternder Auseinandersetzung mit dem Liberalismus, der sich in Xenias Familie verkörpert. Das Verständnis, die Toleranz werden, wie am Beispiel von Marthes Rettung vor den Nazis demonstriert, zu Verstellungen der Wirklichkeit, zu Versuchen des Selbstbetrugs, zum geistigen Selbstmord. Martha spuckt ihrer einstigen Retterin dafür ins Gesicht: Rettung ist tödlicher als das Sterben, weil es die Getretenen zu lebenden Leichnamen macht.

Dieses merkwürdige Zurückfallen Bonds hinter die Instrumentarien modernen Weltverständnisses setzt sich auch für die jüngere Generation fort. Die Kinder, Xenias Tochter Ann und Marthes Sohn David, schlafen schon beinahe gewohnheitsmäßig miteinander. Sie wollen ein Kind haben und schließlich doch beinahe im gleichen Augenblick sich zu trennen. Auslaufen von Paradoxien nennt Bond das. Und um die Vor-Moralität auf die Spitze zu treiben, erklärt David im Angesicht ihrer Mutter, an der einst die Erschießungen stattfanden, die Nähe des Todes befördere seine sexuelle Lust.

Ist schon dieser Ansatz fragwür-

dig, weil er jede humane Kulturleistung leugnet, so wird seine Ausführung vollends unakzeptabel. Bonds intellektuelles Vermögen reicht über einen schwachen Versuch in Sachen Aufklärung der Wirklichkeit, zu Versuchen des Selbstbetrugs, zum geistigen Selbstmord. Martha spuckt ihrer einstigen Retterin dafür ins Gesicht: Rettung ist tödlicher als das Sterben, weil es die Getretenen zu lebenden Leichnamen macht.

Das muß wohl auch Luc Bondy empfunden haben. Von seiner Inszenierung geht eine große Irritation aus, weil man immer das Gefühl hat, da bringe jemand ein Stück auf die Bühne, das es gar nicht gibt. Schon das Bühnenbild Erich Wonders schafft einen Raum, in dem sich jedenfalls kein Bond ereignen kann. Wunderbar perspektivisch geöffnete Landschaften, am Horizont verschwimmende Silhouetten – die Menschen gehen darin herum wie in Gemälden. Und Bond inszeniert darin

ergreifende Szenen vom Leben und Sterben.

Die Figuren haben (mit Ausnahme des Deutschen, der aus der Inszenierung völlig herausfällt) Würde und Maß. Martha zum Beispiel tanzt ganz und gar einsam im schwarzen Unterkleid einen Tanz, der noch einmal ihr Leben zusammenfaßt: mit Glück an sich selbst, mit der Feier der Landschaft, mit der Ahnung von Erfüllung. Doris Schade gibt dieser Figur eine Tiefe, eine Verwurzelung, die sie befähigt, im Haß auch noch einen Anflug von Liebender Anerkennung zu vermitteln.

Und Cornelia Froboess entwickelt ihre Engländerin von der neuartigen, launhaften, kapriziösen Schreckschraube zu einer Frau mit Kraft, mit Würde. Sie hat am Schluß die Fähigkeit, sich zu erniedrigen, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Das aber ist nicht Bondscher Provenienz: Wer verzehrt, wer opfern kann, hat auch die Fähigkeit, mit anderen umzugehen. Vielleicht bekam Luc Bondy dafür ein paar Buh-Rufe zu hören. Verdient hatte er sie nicht, denn er versteht etwas vom Leben und Sterben.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Jugoslawische Künstler attackieren Regierung

AFF, Belgrad

Das jugoslawische „Komitee zum Schutz der künstlerischen Freiheit“ hat die Regierung in Belgrad des „Machtmisbrauchs“ gegenüber Intellektuellen bezichtigt und die Behörden aufgefordert, dem Feldzug gegen die Intelligenz ein Ende zu machen. In der Literaturzeitung „Knjizevo Novine“ wurde „täglich“ Mißbrauch der Funktionen in Ämtern und Instanzen angeprangert, um Intellektuellen den Zutritt zum öffentlichen Leben zu verwehren. Opfer der Übergriffe sei beispielsweise der 1968 aus der Partei ausgeschlossene serbische Schriftsteller Dobrica Cosic. Das Komitee verurteilte auch die „Beleidigungen“ von Presseorganen oder Redaktionen, die kritische Bücher „verteidigen oder veröffentlichen“.

Karajan über Musik in der Zukunft

dpa, Berlin

Herbert von Karajan macht sich „Gedanken über die Musik in der Zukunft“ und arbeitet zur Zeit an einem Buch über das ihm besonders am Herzen liegende Thema. Das teilte der Chefdirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters im Internationalen Congress Centrum Berlin bei einem unter diesem Motto stehenden Gespräch mit. Karajans Gespräch reichte von den Troubadouren mit ihren „gesungenen Zeitungen“ bis zur „Explosion von Musik und des Musikverständnisses“ in der Gegenwart. Dabei legte der Dirigent ein uneingeschränktes Plädoyer für die neuen Medien und deren Entwicklung ab, die dazu beitragen können, das Musikverständnis zu fördern.

Kieler Uni: Institut für Sicherheitspolitik

rnc, Kiel

Dem neugegründeten Institut für Sicherheitspolitik in Kiel ist vom Kultusministerium Schleswig-Holsteins die Rechtsstellung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Christian-Albrechts-Universität verliehen worden. Minister Peter Bendixen folgte damit einem Antrag der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle e.V., die das Institut trägt und finanziert. Auch der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft hilft die Finanzierung sichern. Aufgabe des Instituts soll sein, das Gebiet der Sicherheitspolitik und der Abrüstung in die wissenschaftliche Forschung einzubeziehen. Institutsdirektor ist Professor Werner Kaltefleiter.

„Küstermeier-Preis“ für israelische Künstler

AP Tel Aviv

Der israelische Schauspieler Shmuel Rodensky und der Pianist Daniel Hoxter sind in Tel Aviv in Anerkennung ihrer Verdienste um die Vermittlung israelischer Kultur in der Bundesrepublik mit dem „Küstermeier-Preis“ ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung, benannt nach dem ersten Korrespondenten der Deutschen Presseagentur in Israel, Rudolf Küstermeier, ist mit 1500 Mark dotiert und wird diesem israelisch-deutschen Gesellschaft verwaltet. Die Mittel wurden im Jahre 1976 vom Verleger Axel Springer zur Verfügung gestellt.

Konzepionslosigkeit auf „DDR“-Bühnen

AFF, Berlin

Konzepionslosigkeit in der Repertoireplanung hat sich als vordringende Aufgabe der Kulturminister Martin Meyer den „DDR“-Bühnen vorgeworfen. Viele Theater hätten offensichtlich Schwierigkeiten, eine Konzeption für einen längeren Zeitraum vorzulegen, obwohl es fast überall Festlegungen zur Profilbestimmung des Theaters gebe.

Unbekanntes Drama von Milosz gefunden

JGG, Warschau

Die polnische Zeitschrift „Teatr“ (Pamietnik Teatralny) veröffentlichte ein unlängst gefundenes und bisher unbekanntes Drama des polnischen Literatur-Nobelpreisträgers Czeslaw Milosz (USA). Das Drama schrieb Milosz im Zweiten Weltkrieg im Auftrag des illegalen polnischen „Geheim Theaters“. Teile des Dramas sind selbständige Gedichte. Der Text hat für Polens Literaturhistoriker, wie es heißt, hohen „historisch-literarischen Wert“.

Der Obelisk von Luxor wird endlich blau

AFF, Paris

Zu Ehren des 1962 gestorbenen „Neuen Realisten“ Yves Klein wird der Obelisk von Luxor auf dem Pariser Place de la Concorde blau. Das Happening für Yves Klein, der vor allem für seine blauen Monochromen und seine Theorien über den leeren Raum berühmt wurde, findet am 1. März um 20 Uhr statt. Die Schwenker, mit denen der Obelisk nachts angedreht wird, wurden zu diesem Zweck mit einem Speziallack überzogen, der den Monolithen in leuchtendes Königsblau taucht. Die Idee des blauen Obelisks stammt von Yves Klein selbst, der zur Eröffnung seiner Ausstellung „Yves le Monochrome“ im Jahr 1957 einen ersten Versuch unternommen hat. Der farbige Verwandelung des Monuments hat sich damals jedoch der Polizeipräsident von Paris widersetzt.



Liebt die Treue und andere „altmodische Tugenden“. Der Filmregisseur Percy Adlon

FOTO: FELICITAS TIMPE

Warum die Puppen-Theater in der „DDR“ nach dreißig Jahren immer noch im Abseits stehen

Elefanten lieben es nicht, gegängelt zu werden

Es ist schon ein Geschäft für sich, die Puppen zum Tanzen zu bringen. Nach der Premiere des Puppenspiels „Der kleine Elefant“ von G. Wladyslawina am Staatlichen Puppentheater Ost-Berlin notierte der Kritiker E.-P. Kratochwil in der „DDR“-Zeitschrift „Theater der Zeit“: „Nach dreifacher Bearbeitung allerdings hat das Stück keine logische Fabel mehr und auch keine Dialoge. Insofern ist dieser Text Beleg für die unguten Folgen einer Puppentheaterpraxis, die seit 30 Jahren ohne die kritische Partnerschaft eines Bühnenverlages auskommen muß, der die literarische Integrität der Spielvorlagen verteidigt.“

Während der Aufführung fühlte sich Kratochwil „an die lieblos und mit links gemachten Weihnachtsmärchen des Stadttheaters meiner Kindheit erinnert“. Hier wurde ohne überflüssige Blicke ins Leben der Kinder vom „Blut geschrien“ und das auch noch oberflächlich! Zwei Monate vorher hatte Silvia Brendalen an gleicher Stelle vorge-

schlagen, ausländische und vor allem bundesdeutsche Puppentheater in die „DDR“ einzuladen, um die Entwicklung der einheimischen Puppentheater „zu stimulieren“. Dies wäre auch eine Möglichkeit, in der „DDR“ „intensiver auf diese Kunstgattung aufmerksam zu machen“.

Beide Aussagen sind typisch für die Unzufriedenheit der Kritiker hinsichtlich der Situation der 17 Staatlichen „DDR“-Puppentheater, wobei die Ursachen der Misere verschwiegen werden: In der Regel ist es nämlich so, daß die SED-Kulturfunktionäre der Kunst des Puppenspiels mit Desinteresse, Unverständnis und sogar offener Ablehnung begegnen. Die Folgen beschrieb Peter Waschinsky, künstlerischer Leiter des Puppentheaters Neubrandenburg, mit den Worten, das „DDR“-Puppentheater zeichne sich durch eine „ungenügend entwickelte handschriftliche Reife“ aus, während sein Kollege Stephan Hellmann, Mitglied des Staatlichen Puppentheaters Frankfurt/Oder, von der „allgemein schlechten Qualität in

den Puppentheatern der DDR“ spricht. Der Dresdener Puppentheater-Regisseur Peter Beckert vermißt eine eigene nationale Leistung. Die „DDR“-Puppentheater seien „nicht kontinuierlich gewachsen“. „Kaum ein Theater, ein Ensemble hat ein eigenes Profil entwickelt, zu vieles blieb und bleibt dem Zufall überlassen.“

Eine weitere Ursache für die schlechte Qualität der „DDR“-Puppentheater sieht Stephan Hellmann in der Tatsache einer nach wie vor unbefriedigenden Ausbildungssituation innerhalb der Fachrichtung Puppenspiel an der Staatlichen Schauspielschule in Ost-Berlin. „Wir“ – so schrieb Hellmann in „Theater der Zeit“ – „die wir in Puppentheatern der DDR arbeiten, sind nach dreißig Jahren immer noch Pioniere desselben, weil wir noch nicht unsere Handschrift beibringen, aber besetzt davon sind, es möglichst schnell zu einem akzeptablen Charakterzug geheißen zu lassen.“

Die Mängel im Bereich des „DDR“-Puppentheaters können

nicht den Künstlern angelastet werden, sie gehen eindeutig auf das Konto der SED, die eine freie Entwicklung der Künste verlinkert; ganz zu schweigen davon, daß die verantwortlichen Funktionäre erst vor etwa zehn Jahren eine kontinuierliche Ausbildung von Puppenspielern gestatteten. Trotzdem könne er „auf Anbieten... ein gutes Dutzend Puppenspieler“ nennen, „die ihren Beruf durchaus beherrschen“. „Die der Puppenspieler Dietmar Müller in einem an „Theater der Zeit“ gerichteten Leserbrief fest. Die „Erfahrungen und Kenntnisse dieser Kollegen“ seien jedoch „für die Ausbildung der Studenten weitgehend ungenutzt“ geblieben.

Politische Gängelung, Unfreiheit und ideologischer Dogmatismus haben zu der allgemein schlechten Qualität der „DDR“-Puppentheater geführt, deren Mitglieder sich außerdem mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen (z.B. Raumnot, Materialmangel, fehlende Aufführungsmöglichkeiten) herumschlagen müssen.

HARALD BUDDÉ

Blutiges Ende der Mär vom Frieden in China-Town

HANS STÜCK, Seattle
Der 61jährige Chinese Wai Chin, der einzige Überlebende des blutigen Massakers in der Geschichte des amerikanischen Nordwestens, ist derzeit einer der bestbewachten Männer der USA. Soeben dem Tod entronnen, nach Entfernung einer Kugel im Hals, liegt er in einem Krankenhaus in Seattle, das rund um die Uhr von Dutzenden Polizisten und Zivilfahndern beobachtet wird.

Die Sorge der Polizei, daß Chin weiteres Unheil zustoßen könnte, ist nur zu verständlich. Schließlich haben seine Aussagen, wegen der schweren Verletzung mehr gehäuft als geflüstert, schon zwei der Verbrecher entlarvt, die vergangenen Freitag, gegen Mitternacht, aus bislang ungeklärten Motiven ein Blutbad in einer chinesischen Spielhölle anrichteten, dem zwölf Männer und eine Frau zum Opfer fielen.

Nach Mafia-Vorbild
Die Bluttat im Wah-Mee-Klub in Seattle, das kleine Chinesenviertel zerstörte nun auch in dieser Stadt am Pazifik die sorgsam gewebte Legende vom friedlichen Chinesenviertel. In der Stadt, die als "Märchenstadt" im großen Maßstab bekannt ist, haben die Mörder in der Nacht vom Freitag zum Samstag ein Blutbad in der "China-Town" drei Tote und mehrere Verletzte, wie in Seattle alles Chinesen, forderte.

Den Polizisten, die gegen ein Uhr morgens die Tür zum Privatkлуб Wah-Mee (schönes China) aufbrachen, bot sich ein gräßlicher Anblick. Auf dem Boden der fensterlosen Spielhölle lagen 12 tote Chinesen in riesigen Blutlachen. Alle waren an Händen und Füßen mit Nylonseilen gefesselt und wiesen gebläute Kopfschläge auf. Die Polizei sprach von einer regelrechten Hinrichtung nach Mafia-Vorbild. Die Leiche eines dreizehnten Chinesen lag ungeschützt im Büro des Klubs.

Der verletzte Chin, ein Mann fragwürdigen Hintergrundes, vermutlich ein Dealer, hatte kurz vor Eintreffen der Polizisten noch unter den Leichen gelegen. Dann war es ihm jedoch trotz seines Halsgeschusses und der Nylonseile gelungen, auf die Straße zu kriechen, wo er blutüberströmt von Passanten entdeckt wurde. Seine Aussage noch auf dem Operationstisch führte unmittelbar darauf zur Verhaftung zweier junger Chinesen, 20 und 22 Jahre alt, die beide aus Hongkong stammten, aber schon seit einigen Jahren in Seattle leben. Sie gehören einer Schutz-Gang an, die gegen Bargeld Bar- und Restaurantbesitzer Schutz vor sich selbst anbieten.

Viele Neuzuwanderer
Im Wah-Mee-Klub wurde immer nur um höchste Beträge gespielt. Als Spieler zugelassen waren ausschließlich Chinesen. Das beliebteste Glücksspiel ist "Paykio", eine Art Domino-Spiel. Die Mörder müssen im Klub eingeführt gewesen sein, denn sonst wären sie kaum in das Gebäude gelangt, das mit ausgeklügelten Alarmanlagen und Schlössern gesichert ist.

Seattles China-Town ist ein kleines Areal mit zweisprachigen Straßenschildern, chinesischen Restaurants und chinesischen Geschäften. Der Wah-Mee-Klub ist einer der ältesten Klubs in dem Viertel, dessen Bevölkerung traditionell eng zusammenhängt. "Anzeigen aus China-Town", so ein Polizist, "kriegen wir selten."

In Seattles Chinesenviertel wie im viel größeren China-Town New Yorks sieht man den plötzlichen Ausbruch der Gewaltkriminalität als eine Folge einer sich radikal ändernden Bevölkerungsstruktur, seitdem immer mehr Neuzuwanderer aus Asien in die organisch gewachsenen Viertel einströmen. So gab es 1940 nur 1200 alleinlebende Chinesen in Seattle, während es 1980 schon 4000 waren. Bis 1980 stieg die Zahl auf knapp 10 000 an. (SAD)



Eher an einen Geisterflughafen erinnert der Airport in Wahn, der bei seiner Eröffnung als das „Bonner Tor zur Welt“ gefeiert wurde.

FOTO: DANKERT

Dunkle Wolken über dem Flughafen auf der Wahner Heide

WILM HERLYN, Köln
„Defätismus“, grollte Reinhold Jochimsen und drohte in Richtung Köln. „Versteckspiel“ ärgerte er sich und drohte in Richtung Bonn: Der nordrhein-westfälische Wirtschafts- und Verkehrsminister hat allen Grund, mit sich und der Welt unzufrieden zu sein. Denn – aufgeschreckt durch die Forderung seines Amtsvorgängers, Horst Ludwig Riemer, heute verkehrspolitisch Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Düsseldorf sollte den Flughafen Köln übernehmen, und die Meldung, die Stadt hätte die Domstadt würden am liebsten ihre Anteile am maroden Flughafen Köln/Bonn verkaufen und zuletzt der – so Jochimsen – „starren Haltung“ von Verkehrsminister Werner Dollinger (CSU) – sieht der SPD-Landesminister seine Zusage und Versprechen in ein Nichts zerrinnen.

Die Ausgangslage ist bedrückend genug: Der „Regierungs-Flughafen“ in der Wahner Heide – vor knapp 13 Jahren mit viel Pomp eröffnet, verzeichnet inzwischen mehr Neugierige, wie zum Beispiel

kleinlich die Besucher einer Tourismus-Messe im Abfertigungsgebäude, denn Reisende. Bundespräsident Gustav Heinemann nannte den Flughafen enthusiastisch das „Bonner Tor zur Welt“ doch ist der Terminal eher ein Nostalgie-Objekt, die Luftansa vor zwei Jahren auch ihren letzten interkontinentalen Flug nach Düsseldorf verlegt hatte.

In der Statistik liegt Köln mit zwei Millionen Fluggästen weit abgeschlagen hinter Frankfurt (17 Millionen) und der unmittelbaren Konkurrenz in Düsseldorf (8 Millionen). Dazu kommt zum Ärger der Kölner, daß die Lufthansa seit März 1982 den „Airport-Express“ zwischen Frankfurt und Düsseldorf (über Köln) einsetzt, der die beachtliche Fluggastkapazität aus Nordrhein-Westfalen insgesamt, aber vor allem aus dem Raum Köln abzieht.

Die Flughafen Köln-Bonn GmbH erhält von der Gesellschaft allerdings keine Betriebszuschüsse. Die Kölner Aufwendungen von jährlich rund sechs Millionen Mark betreffen den Zinsen- und Tilgungsdienst für Darlehen in

Höhe von 58,7 Millionen Mark, mit denen sich die Domstadt als einer der drei Hauptgesellschafter von 1986 bis 1973 am Ausbau der Wahner Anlage beteiligt hat.

Seit 1959 wurden in Köln/Bonn 390 Millionen Mark investiert, davon 112,6 Millionen durch die Fluggesellschaft und 277,4 Millionen zu gleichen Teilen von Bund, Land und Stadt Köln. Die Domstadt hat nicht, wie Bund und Land, das gesamte Geld für die Investitionen aus dem Haushalt entnommen, sondern die Fluggesellschaft mußte für die Stadt die Mittel zum Teil auf dem freien Kapitalmarkt erwerben. Inzwischen sind gerade 11,4 Millionen Mark getilgt, so daß noch eine Restschuld von 47,3 Millionen Mark besteht.

Kein Wunder, daß diese Schulden angesichts der sich verschärfenden Finanzlage als immer drückender empfunden werden. Als nun Oberbürgermeister Norbert Burger und Oberstadtdirektor Kurt Rösser in der vergangenen Woche Werner Dollinger den Rat beschloß, präsentierten der den Verkauf der städtischen Flughafen-

teile vorsieht, stießen sie auf wenig Gegenliebe. Rösser: „Dollinger ließ durchblicken, daß er doch nicht positiv für die Übernahme der Anteile entscheiden werde.“

Jochimsen sieht das Verkaufsgeschehen der Kölner Stadtviertel als Mißmacherei von Leuten, die nicht an den Erfolg glauben. Denn er hatte mit dem früheren SPD-Bundesminister für Verkehr, Volker Hauff, Gespräche vereinbart, die auf eine Stärkung des Kölner Flughafens hinauslaufen sollten: ein Konzept ließ engere Zusammenarbeit der Gesellschafter in Düsseldorf und Köln. Der Bund will neue Landrechte vorzugsweise für Wahn und nicht für Lohausen vergeben, der Charterverkehr müsse nach Köln umgelenkt und vor allem sollen im S-Bahn-Nahverkehr direkte Anschlüsse geschaffen werden.

Dollinger nun scheint das Heil des Flughafens auch in einer engeren Kooperation zwischen Düsseldorf und Köln zu sehen. Er kündigte an, eine Kommission einzusetzen, die die Wahn- und Lohausen-Verhältnisse untersuchen soll. Das ist doch nur wieder Aktionismus, der

vortäuscht, es geschehe etwas. Auf Granit bissen die Kölner aber bei ihren Forderungen, den Nahverkehr und damit den direkten Anschluss auszubauen ebenso wie der Wunsch nach Einstellen des Airport-Expresses der Lufthansa.

Auch die Lufthansa zeigt sich hartherzig. Als Bürger Luftnahverkehrsgesellschaft, die Lufthansa, von der sich die „Alitalia“ zurückziehen will, übernehmen, erhielt er die Antwort: Von Köln nach Hamburg wolle Lufthansa gern fliegen, nach Mailand jedoch nicht.

Die Forderung Riemers, Düsseldorf solle Köln ganz übernehmen, stößt in der Landeshauptstadt auf wenig Gegenliebe. Allerdings sprach sich Jochimsen dafür aus, den gesamten Flugverkehr zum Flughafen der Kölner Flughäfen zu konzentrieren. Verschreckt reagierten schon die Düsseldorfler auf die Idee, etwa Chartergesellschaften und Reiseunternehmen – gegen ihren Willen – nach Köln-Bonn zu dirigieren. So ist das Konkurrenzdenken nun doch stärker als der Wunsch, die Nachbarn aus der Patsche zu helfen.

„Die Siegreiche“ versinkt in einer Flut von Menschen und Abwässern

In Ägypten hat die Landflucht katastrophale Folgen / Kairos Probleme sind unlösbar

PETER M. RANKE, Kairo
Vor den Büros der saudischen und irakischen Fluggesellschaften in Kairo stehen lange Menschen-schlangen. Es sind Studenten, Regierungsangestellte und viele Flüchtlinge (Landbewohner) in ihren langen Galabiyen und mit einem wärmenden Wollschal um den Kopf. Sie warten geduldig auf ihr Ticket, denn alle haben nur einen Wunsch: fort aus Kairo, weg aus Ägypten.

Im Ausland werden die nun schon mehr als zwei Millionen Ägypter als Handlanger und Billig-arbeiter meist schlecht bezahlt, über immerhin können sie ein paar Dollar sparen oder nach Hause schicken. Hunderttausende von Familien im Nildelta sind auf diesen „Verdienst“ der Väter und Söhne angewiesen, denn das Land kann längst nicht mehr die 45 Millionen Ägypter ernähren.

Zugstopp erwogen

Die Überbevölkerung allein in der Hauptstadt Kairo ist so katastrophal, daß ein Zugstopp erwogen wird. Denn al-Kahira (die Siegreiche) verkommt, die Probleme sind unlösbar. Die riesige Stadt wird immer mehr zum Sumpf und droht unter der Menschenflut von zehn bis zwölf Millionen „Einwohnern“ zu ertrinken. Schon in 17 Jahren, im Jahr 2000, sollen es zwanzig Millionen sein.

Die Masse der Stadtbevölkerung kommt wegen der steigenden Preise kaum mehr zurecht. Die Mieten sind zwar billig, aber bei einem Durchschnittseinkommen von 30 bis 100 Pfund (ein Pfund = drei

Marok) im Monat reicht es nur zu Fladenbrot und „foul“, gekochten Gemüse und mit Tomaten. Kein Fleisch. Viele Stadtviertel mit ihren engen und dreckigen Gassen, mit ihren zwei- oder dreistöckigen braunen Lehmziegel-Häusern verdrängen sich auf nur noch die Bezeichnung Elendsviertel.

Zum Glück gibt es die „Ga-zeyya“, die Staatsläden mit subventionierten Preisen. Aber Orangen und Gemüse sind mangelnd, Fleisch rar. Würde die Regierung die Grundnahrungsmittel nicht subventionieren – Tee, Zucker, Brot, Speisöl, aber auch Medikamente und Benzin – könnte es jeden Tag einen Aufstand geben. Wegen der Bevölkerungszunahme steigen aber auch die Staatsfinanzen – dieses Jahr schon auf 4,5 Milliarden Pfund, ein Drittel der Gesamtausgaben.

Doppelarbeit ist nicht nur gesucht, sondern lebensnotwendig. Der Taxi-Fahrer Foad ist Ingenieur bei den Wasserwerken, doch in der freien Zeit teilt er sich den gemeinsamen angeschafften Fiat 131 mit zwei Brüdern, die auch nur so ihre Familien durchbringen können. Er erklärt das System, durch das Millionen Ägypter bei hohen Preisen und geringen Einnahmen noch überleben. Es hat viel mit „Bakschisch“ zu tun, das aber in Wirklichkeit Zaubert ist.

Wenn, wie jetzt, die Butangas-Flaschen zum Kochen und Heizen knapp sind, zahlt man eben nicht die offiziellen 60 Pfaster, sondern ein Pfund, um lebensgefährliche Rationen an den Ausgabe-Steilen zu vermeiden. In der „Ga-meyya“ drückt man dem Verkäufer

zehn oder zwanzig Piaster in die Hand, um ein paar frisches Gemüse oder ein besseres Stück Kamelfleisch zu bekommen. Die Fellachen mit ihren Gemüsekörben müssen schon vor der Stadt ihre Zwischenhändler „bestechen“, und Foad zahlt als Taxifahrer auch dem Polizisten vor dem Hotel wöchentlich ein Pfund, damit er Touristen fahren darf. Der Polizist muß das Geld aber mit seinen Kollegen teilen, sonst erhält er einen anderen Posten. So machen es alle.

Die Altstadt verrottet

Die Presse versucht, mit Erfolgsberichten die Stimmung zu heben. Etwa mit der Meldung, daß in einem Viertel vier Millionen Ratten, also überflüssige Esser, vernichtet werden konnten. Oder mit dem Bericht, daß der Westen nun eine Milliarde Dollar für eine U-Bahn und für ein neues Abwasser-System vorschießen werde. Die Wasser- und Abwasserleitungen in Kairo wurden 1914 für eine Millionen Bewohner gebaut, manche Wasserleitungen stammen noch aus dem Jahr 1865.

In der Altstadt gehen die Schächten, Karawanen, Brunnen und Koran-Schulen aus einem Jahrtausend längs in die Millionen. Ihre Fundamente werden langsam und sicher vom Abwasser und salzigem Grundwasser zerstört. Das alte Kairo verrottet, wenn kündigt es schon? Die Regierung hat gerade wieder für 400 Millionen Dollar modernes Militärmaterial in Washington und Paris gekauft. (SAD)

Ein Däne bietet Väter aus dem Katalog

Künstliche Befruchtung ohne medizinische Kontrolle

REINER GATERMANN, Stockholm

Eine Adresse und eine Telefonnummer in dem Kopenhagener Stadtteil Nørrebro beschäftigen in Dänemark und Schweden Politiker, Ärzte und Juristen. Hinter ihnen verbirgt sich der „Sperma-Hilfsfonds“ des Bo Warming (37). Seit dreieinhalb Jahren vermittelt er ohne größere medizinische Kontrollen und auf recht unkonventionellem Weg Kontakte zwischen Frauen, die ein Kind bekommen wollen, und Samenspendern. Bisherige Versuche der dänischen Behörden, ihn zu stoppen, scheiterten an der fehlenden rechtlichen Grundlage.

An Bo Warming wenden sich viele alleinstehende Frauen, darunter nicht wenige, die lesbisch sind. Denn in Dänemark und Schweden werden an öffentlichen Krankenhäusern künstliche Befruchtungen nur verheirateten Frauen zugestanden. Bo Warming jedoch fragt nicht nach Familienstand oder Gründen. Die Frau kann in einem Album unter etwa hundert Männern wählen, meistens Dänen; in der Liste findet man aber auch einen Schweden, einen Deutschen und einen Norweger. „Hat sich die Frau entschieden, stelle ich die Kontakte zwischen den beiden her, alles andere ist deren Sache“, schreibt der Vermittler seine Aufgabe.

„Nur zehn Prozent bevorzugen bei der Befruchtung den natürlichen Weg, ich selbst halte die Partnermethode für die beste“, erklärte Bo Warming. Er fordert von den Spendern lediglich ein Foto von

sich selbst und ihren Kindern. In der Werbung für seinen Fonds – die dänischen Zeitungen weigern sich inzwischen, seine Anzeigen zu veröffentlichen – heißt es über die Spender: „Sie sind Familienväter, haben mehrere gesunde Kinder und in ihren Familien keine erblichen Geisteskrankheiten oder Veranlagung zur Fehlgeburt.“ Bisher will er rund 300 Kontakte hergestellt haben, etwa siebzig Frauen seien schwanger geworden. Ist der erste Versuch erfolgreich, garantiert der Vermittler: „Dann muß der Spender noch mal kommen.“

Bo Warming sieht sich und die Männer, die sich auf seine Liste setzen lassen, als Idealisten. „Ich will den Menschen helfen, so einfach ist das. Dies ist genauso, als ob man Blutspende gibt.“ Er gibt jedoch zu: „Ich will auch den Behörden ein Dorn im Auge sein. Ich will beweisen, daß wir ohne die Bevormundung der Ärzte und der Bürokratie klarkommen.“ Die Frau müsse die Unkosten des Spenders bezahlen, er selbst rechne lediglich mit einer Spende für den Fonds.

Die dänische Gesundheitsbehörde kritisiert hauptsächlich die nach ihrer Ansicht unzureichende genetische und hygienische Kontrolle. In Schweden wird inzwischen nach einem Gesetz gerufen, das die „Kopenhagener Methode“ untersagt und überhaupt die künstliche Befruchtung regelt. Dabei denkt man in erster Linie an die rechtliche und soziale Stellung des auf diesem Weg gezeugten Kindes, vor allem, wenn es eine alleinstehende Mutter hat.

Verhandlung in Valetta mit Luftpiraten

API/APP, Valetta
Den ganzen Tag über verhandelt gestern die maltesische Regierung mit Luftpiraten, die am Sonntagabend eine Boeing 727 mit 161 Passagieren an Bord von Lybrien nach La Valetta entführt hatten. Die Regierung wollte den Weiterflug nur zulassen, wenn alle Geiseln freigelassen werden. Die Luftpiraten drohten damit, auch ohne neuen Treibstoff zu starten. Die Maschine der Luftfahrtgesellschaft „Libyan“ wurde auf einem Inlandsflug zu der Kursänderung gezwungen. In Valetta forderten die Entführer, die Maime aufzutanken, um zu einem nicht genannten Ziel können. 50 Minuten nach der Landung jedoch durch Feuerwehreinrichtungen blockieren lassen. Später wurde die Maschine.

Über Zahl und Identität der Luftpiraten war auch bei Redaktionsschluss nichts Näheres bekannt.

Hotelbrand: Neun Tote
Bei dem Brand einer Hotelanlage in dem nordjapanischen Winter-sportort Zao sind gestern mindestens neun Menschen ums Leben gekommen. Drei weitere Hotelgäste werden noch vermisst. Die Brandursache ist bislang nicht bekannt.

Kind erschossen
Ein zweijähriger Junge ist vor spanischen Zivilgardisten bei einer Verkehrskontrolle nahe Toledo erschossen worden. Zivilgardisten hatten auf einen Landstroläher ein Fahrzeug mit einem Ehepaar und drei Kindern stoppen wollen. Als der Mann am Steuer nicht anhielt, eröffneten die Militärs das Feuer aus den Wagen. Der Vater erklärte später vor der Polizei, er habe geglaubt, es sei ein „zwei-Gangster“, sozusagen ein Dieb.

Predigt nach Eiern
Die Gläubigen in der katholischen Kirche St. Philip nahmen die Ankündigung ihres Pfarrers mit Erleichterung auf. Dieser hatte ihnen soeben mitgeteilt, er habe in seiner Kanzel eine Eieruhr installiert. Die Eier solle ihn daran erinnern, sein Predigt nach zehn Minuten zu beenden.

Brems-Urteil
dpd, München
Autofahrer, die überholen, müssen anschließend auf einen ausreichenden Abstand zum Hintermann achten. Der ADAC wies gestern auf ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf (Aktenzeichen: 24 u 8/82) hin, das einem Autofahrer, der ein Überholmanöver ausführt, eine Verurteilung wegen Verstoßes gegen die Verkehrsregeln ausspricht. Ein Unfall, der durch ein Überholmanöver entsteht, ist demnach strafbar.

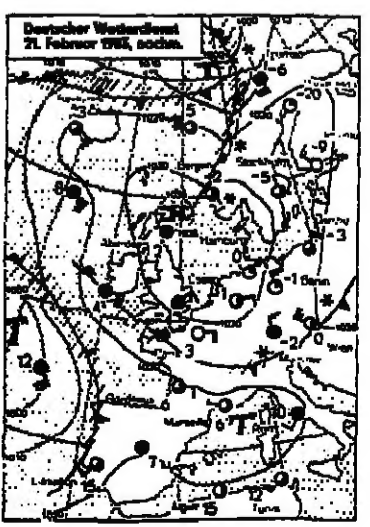
Lotsendienst gerettet
dpd, Bonn
Mit einer Finanzspritze von zehn Millionen Mark hat ein Köln-Automobilunternehmen den Lotendienst der Deutschen Verkehrswacht (DVW) unter die Arme gegriffen. Damit, so die DVW, sei sichergestellt, daß die 60 000 Schülerlotsen sich auch in diesem Jahr für mehr Verkehrssicherheit ihrer Schulmutter einsetzen können.

Ferienwohnungen
Tel. 0611-670814
Kinder gratis in Port Barcarès (Südfrankreich) ab 19. - 30. 4. 83 pro Erwachsenen/Woche DM 97 - 2 Zimmer, 2 Erw. + 2 Kinder - 3 Zimmer, 3 Erw. + 3 Kinder Wir sind täglich von 8 - 18 Uhr telefonisch erreichbar!

INTERHOME
ZU GUTER LETZT
Wahrheit: Tod in Venedig Überschrift in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Ein kräftiges Hoch über der Nordsee verlagert seinen Schwerpunkt nach Deutschland und bestimmt mit trockener Kahlheit das Wetter.



Vorhersage für Dienstag:
Ganz Deutschland: Nach Aufhebung von Dunst oder örtlichem Nebel heiter bis wolkig, zum Teil auch sonnig und durchweg niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen zwischen 1 und 4 Grad, in den Mittelgebirgen leichter Dauerfrost. Nachts meist klar und Frost um minus 3 Grad. Über Schneeflächen zum Teil bis minus 10 Grad. Schwachwindig.

Temperatur am Montag, 13. Uhr:

Berlin	-1°	Kairo	15°
Bonn	2°	Köpenh.	-1°
Dresden	-3°	Las Palmas	20°
Essen	-1°	London	5°
Frankfurt	1°	Madrid	7°
Hamburg	0°	Mailand	6°
Lissabon	0°	Mallorca	12°
München	-2°	Moskau	-5°
Stuttgart	-1°	Nizza	11°
Wien	1°	Oslo	-4°
Amsterdam	0°	Paris	3°
Brüssel	0°	Prag	3°
Barcelona	0°	Rom	10°
Brüssel	3°	Stockholm	-5°
Budapest	2°	Tel Aviv	10°
Bukarest	1°	Tunis	12°
Helsinki	-7°	Wien	0°
Istanbul	3°	Zürich	-1°

Sonnenlaufgang am Mittwoch: 7:21 Uhr. Untergang: 17:50 Uhr, Mondaufgang: 12:44 Uhr, Untergang: 4:47 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Piratensender meldete eine Katastrophe

Frequenzen des SWF für Falschmeldung über Trinkwasserverseuchung mißbraucht

XING-HU KUO, Baden-Baden/Köln
Das Ministerium für Arbeit und Soziales gibt hiermit bekannt: Großflächige Wald- und Trinkwassergebiete sind im Kölner Raum verseucht. Eine junge Frau stirbt. Die Ermittlungen gegen die noch unbekannten Betreiber des Senders aufgenommen. Ein Sprecher zur WELT: „Bisher haben wir noch keine heiße Spur.“ Die Polizei bestätigte, daß vor einigen Monaten ein Sender namens „Radio Wahnsinn“ in jenem Raum ausgehoben worden sei. Inhalt der Sendungen indes illegalen Sendern waren jedoch politische Themen wie Abstrahlung und ähnliches mehr.

Katastrophenmeldungen der jetzigen Art seien seinerzeit nicht festgestellt worden. Ob ein Zusammenhang zwischen „Radio Wahnsinn“ – hier sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen – und dem Betreiber noch nicht verurteilt – und dem neuen Fall besteht, muß noch geklärt werden.

Sowohl die Kölner Wasserwerke als auch der Südwestfunk werden gegen die unbekannten „Piraten“ Strafanzeige erstatten. Ein Sprecher der Wasserwerke: „Hier handelt es sich um eine kriminelle Aktion.“ Ein SWF-Sprecher unterstrich: „Bisher hätte Amateursender lediglich „Juxxmeldungen“ ver-

breitet. Der jetzt anstehende Fall sei jedoch „zynisch und unverfroren, da der Piratensender die Ängste der Menschen verantwortungslos mißbraucht hat.“

Darüber hinaus sei der Vorfall für den Sender eine „ausgesprochen peinliche Angelegenheit“, denn man könne nicht mehr sicher sein, daß künftig erneut mit Hilfe etwa der Erkennungsmelodie Mitteilungen von Schwarzsendern ein „offizieller Charakter“ bekommen könnten. „Hoffentlich macht das keine Schule“, so der SWF-Sprecher.

Die Wasserwerke in Köln haben nach Bekanntwerden der ersten „Alarmmeldungen“ auch die Bundespost eingeschaltet. Es war den Post-Experten allerdings nicht möglich, den Standort des „Piratensenders“ ausfindig zu machen. Denn die Angasener des „Piratensenders“ meldete sich nur jeweils 30 bis 45 Sekunden.

Im übrigen bewahrheitete sich die Ankündigung des Senders nicht, von 11 Uhr vormittags an auf einer anderen Frequenz (101 Megahertz) „weitere Informationen“ zu der Trinkwasservergiftung zu bekommen. Womit das diebstahlähnliche Klappert zu haben“ bemerkte ein Sprecher der Stadtwerke.

Erfolgs-Rezept

„Ich bin nicht in der Lage, etwas auf Dauer zu tun, ich habe keine Leidenschaft. Ich habe kein bevorzugtes



Genre, fühle mich zu nichts berufen. Ich biedere mich nie bei Regisseuren an, ergebe nie die Initiative, verkaufe mich nicht wie einen Luxusartikel – man muß mich holen kommen.“ Was sich liest, wie aus dem Leben eines Taugenichts, ist das Erfolgsrezept des derzeit höchstbezahlten französischen Filmstars: Catherine Deneuve. Sie verliert es jetzt zur Premiere ihres jüngsten Streifens, „Der Afrikaner“.

LEUTE HEUTE

rend die Fernsehkameras die Operation live übertragen. Der Herzspezialist, der Senator Barry Goldwater und viele andere Prominenten operiert hat, verpflanzte einen Fingerring in die Vene aus dem Bein in Herz.

Blitztraumung
In der Heimlichkeit, die eine unglaubliche Schauspielerei Catherine Deneuve, unvergessen sei dem Film „Die Rückkehr der rosaroten Panther“, den Fernsehregisseur Bi Hays geleitet hat. Die beiden hätten sich bei der Zusammenarbeit liebgelebt und waren seit sechs Jahren eng befreundet. Die Idee soll ihm ebenso plötzlich gekommen sein wie sie in die Tat umzusetzen.

Rache für Mesrine
Die Polizei auf Korsika ist im erhöhten Wachsamkeit aufgefördert worden, um den französischen Kommissar Robert Broussard vor einem Anschlag des in Spanien aufgebrochenen Verbrechers François Besse zu schützen. Bei der Polizei, Nizza ist ein anonymes Anruf eingegangen, wonach der „Ausbrecherkönig“ den französischen „Super-Flic“ Broussard aus Rache für seinen früheren Komplizen, den von der Polizei getöteten Jacques Mesrine, umbringen wollte.

Herz-Operation „live“

Zum erstenmal operierte gestern Chef-Chirurg Edward B. Dietrich vom Arizona Heart Institute einen Patienten am offenen Herzen, wäh-

هكذا من الراحل